Kontakt gesucht mit Psychologen, die über Berufsperspektiven von Psychologen arbeiten. BG Psych. Ursula Harsch, 852 Erlangen-Frauenaurach, Gaisbühlstr. 28

Praktikumsstelle gesucht Sozialarbeiterin sucht Praktikumsstelle in einem Wohnkollektiv im nord/nordwestdeutschen Raum. Traude Mittag, 7 Stuttgart 1, Arminstr. 25

Stadtteilarbeit 4 Sozialarbeiter im Anerkennungsjahr suchen Praxisfeld im Stadtteil (Kinder-, Jugend- und Elternarbeit). Hannelore Warmers, 5 Köln 30, Vogelsangstr. 173

Billige Paper Jugendheim-Praxisbericht, Arbeiterbezirk Wedding, 1972, Kritik, Analyse und Dokumentation; ca. 50 S., 3.-- DM (+ -.70 Pf.Porto). Kritik der Zeltlagerpädagogik - Berichte, Analysen, Konzeptionsfindung; ca. 80 S., 5.-- DM (+ 1.- DM Porto). Angebotsliste gegen frankierten Umschlag. Lieferung nach Vorauszahlung an: Rainer Steffen, 1 Berlin 51, Ragazer Str. 47; Konto: PschA BlnW 171299-107

Erfahrungsberichte gesucht Sozialpädagogiestudenten möchten Kontaktgruppe im Jugendgefängnis aufbauen; gesucht werden Erfahrungsberichte. Georg Dreesmann, 443 Burgsteinfurt, Eichendorffstr. 39a

INFO SOZIALARBEIT
Heft 3/4

Sozialarbeit zwischen Selbstorganisation und Bürokratie



Einzelpreis fünf Mark

Dieser Informationsdienst SOZIALARBEIT wird im Sozialistischen Büro von Gruppen, die im Sozialisationsbereich arbeiten, herausgegeben. Der Info dient der Kommunikation und Kooperation von Genossen, die mit sozialistischem Anspruch im Feld der sozialen Arbeit tätig sind. Der Info erscheint viermal jährlich und kostet im Abonnement DM 1o.--.

Preis: Einzelexemplar DM 5.--; Gruppen bei Abnahme von mindestens 1o Exemplaren 2o % Rabatt; Weiterverkäufer (Buchläden, Buchhandel) 4o % Rabatt; jeweils zuzüglich Versandkosten

Herausgeber: Sozialistisches Büro
6o5 Offenbach 4, Postfach 591

Verleger: Verlag 2ooo GmbH Offenbach

Erste Auflage, Oktober 1973, 5ooo Exemplare

Vertrieb: Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4,
Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain)
Postscheckkonto Frankfurt Nr. 61041-604

Presserechtlich verantwortlich: Uli Single, Offenbach

Druck: hbo-druck, Bensheim

K

INFO SOZIALARBEIT Heft 3/4

I N H A L T

INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT

Dieser Info dient der Information und Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Gruppen und einzelnen, die im Sozialisationsbereich arbeiten und wendet sich an Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Heimerzieher, Kindergärtnerinnen, Sozialplaner, Psychologen, Erziehungsberatungsstellen, Kriminologen, Pfarrer, Berufsschullehrer, Dozenten und Studenten an Fachausbildungsstätten etc.

Im Mittelpunkt des ersten Heftes (November 1972) steht die Fürsorgeerziehung mit schwerpunktmäßiger Orientierung auf das Thema "Wohngemeinschaft mit Jugendlichen in der öffentlichen Erziehung". Folgende Themen wurden behandelt: Editorial zur Herausgabe des Info - Sozialarbeit im Kapitalismus - Der Sozialarbeiter - Soziopsychische Situation der Sozialarbeiter - Schlaglichter zur Herkunft der "Fürsorge"jugendlichen - Konkretionen zum Aufbau eines Jugendkollektivs - Verein soziale Jugendhilfe: Konzeption für die Einrichtung einer Wohngemeinschaft mit Minderjährigen in öffentlicher Erziehung - Verdeutlichung der Klassenlage der Sozialarbeiter anhand der im Kollektiv gemachten Erfahrungen - "Die Kollektiv-Zeitung" - Solidarität mit dem Georg von Rauch-Haus - Zunehmender Druck der Sozialbürokratie auf Jugendgemeinschaften - Buchbesprechungen (Gefesselte Jugend, Zur Sozialisation proletarischer Kinder; Materialien zur Lage der Arbeiterjugend in Westberlin; Geschichte und Funktion der Sozialarbeit) - Nachrichten.

Im Info Sozialarbeit 2 (Juni 1973) wurde schwerpunktmäßig das Thema "Sozialarbeit in Institutionen" behandelt. Die einzelnen Themen: Geschichte des AKS (Arbeitskreis Kritischer Sozialarbeiter) Frankfurt - Probleme der Sozialarbeit bei freien Trägern am Beispiel der evangelischen Familienberatung Frankfurt - Kollektivpraktikum im Heim - Bericht über die Institutionalisierung der Gemeinwesenarbeit mit Obdachlosen in Frankfurt (Lehrbeispiel und seine Konsequenzen) - Diskussionsergebnis der 4. Redaktionssitzung zum Info 2 - Leserzuschriften - Materialien zum Thema "Jugendkollektive" - Hinweise und Materialien aus der Sozialarbeit - Solidaritätserklärung - Kleinanzeigen.

Vorbemerkungen zu dieser Ausgabe

Ursprünglich sollte das dieses Heft die Arbeit mit psychisch Kranken thematisieren. Terminschwierigkeiten der Arbeitsgruppe verzögern dieses Vorhaben. Aus diesem Grunde haben wir uns in der letzten Redaktionssitzung am 7.7.73 in Bochum auf folgende Strukturierung geeinigt:

- Drei Aufsätze aus der revolutionären Sozialarbeiterzeitschrift "Case-Con" schließen an das Info Heft Nr. 2 "Sozialarbeit in Institutionen" an. Sie schildern Konfliktverlauf und Konfliktverarbeitung aus der Sicht der Betroffenen, der Vertrauensleute und der Case-Con-Herausgeber. Die Auswahl und Übersetzung dieser Berichte erschien uns nicht nur wichtig für einen beginnenden Erfahrungsaustausch mit ausländischen Sozialarbeitergruppen, sondern auch im Hinblick auf taktische und organisatorische Probleme von Sozialarbeitergruppen wenn es gilt, Kampfmaßnahmen für von Disziplinierung betroffene Kollegen durchzuführen. Der geschilderte Konflikt zeigt deutliche Parallelen zu den geschilderten Auseinandersetzungen im Info Heft Nr. 2.Die Berichte verweisen nicht nur darauf, was man erreichen kann, wenn man sich gemeinsam wehrt, sondern auch auf die notwendige Basisarbeit in Dienststellen und Gewerkschaft (Aufbau von Vertrauensleutekörper) und die kritische Auseinandersetzung über bestehende Personal- und Dienstanweisungen.

- Drei weitere Berichte, zusammengestellt von einzelnen Sozialarbeitergruppen, geben die Erfahrungen wider, die im Kampf der Betroffenen, die ihre Interessen jeweils selbst in die Hand genommen haben, mit den freien/staatlichen Trägern der Sozialarbeit gemacht wurden:

"Fürsorgezöglinge nehmen ihre Sache selbst in die Hand", ein Erfahrungsbericht des AKSp Düsseldorf über den Kampf der Jugendlichen um das von ihnen besetzte Jugendwohnheim Markushaus.

Konnten bisher alle Versuche, das Wohnkollektiv von Seiten des Evangelischen Gemeindedienstes Düsseldorf und Jugendamtes zu zerschlagen, abgewehrt werden, so zeigt das "Lehrstück Brackwede" (KKS Bielefeld) in welcher Weise die Allianz von Polizeiapparat und Jugendamt die ersten Versuche, ein selbstverwaltetes Arbeiterjugendzentrum aufzubauen, brutal zerstörten. An diesem Beispiel sollen die objektiven Grenzen einer 'progressiven Jugendamtspolitik' herausgearbeitet werden. Das Lehrstück zeigt, welche Widersprüche zwischen den offiziellen Aussagen des Jugendamtsleiters, der in der Sozialarbeiteröffentlichkeit über ein progressives Image verfügt, und seinen tatsächlichen Handlungsvollzügen liegen.

In welcher Weise die Interessen von Eltern und Kindern in einer Obdach-

losensiedlung vom Ortsverband Ffm. der Arbeiterwohlfahrt wahrgenommen werden, zeigt der Bericht der studentischen Initiativgruppe Wegscheidestr./ FHS Frankfurt.

Daß Frankfurt kein Einzelfall ist, zeigen andere Beispiele, so z.B. die Kündigung des Mitarbeiters der AWO in Berlin zum 31. Mai 1973 wegen einer Personalanzeige im Berliner Extra-Dienst (siehe Heimerzieher-Zeitschrift Nr. 9/10 1973). Immer dann, wenn Mitarbeiter sich nicht für die Verwaltung engagieren und deren Selbsthilfe fördern, wird versucht, durch Diffamierungen und Entlassungen diese Prozesse zu verhindern. Entscheidend für die Einschätzung von Jugendamt und freien Verbänden sind eben nicht die in Fachzeitschriften und auf Tagungen sich progressiv gebenden Jugendamts- und Verbandsvertreter, sondern deren Verhalten in konkreten Situationen. Aber noch ein anderes Moment taucht in diesen Konflikten auf. Sie sind nicht isoliert zu sehen als Konflikte im Sozialbereich, deren Ursachen im unterschiedlichen Arbeits- und Methodenverständnis liegen. Diese Konflikte sind einzuordnen in die bundesweiten Versuche der Arbeitgeber, fortschrittliche Jugendsprecher, Vertrauensleute, Lehrer, Juristen und Sozialarbeiter etc. in ihren Tätigkeitsfeldern zu disziplinieren bzw. hinauszuwerfen. Die Ablehnungen von Bewerbungen, Nichteinstellung nach der Probezeit, befristete Arbeitsverträge, Kündigungen, Versetzungen, politische Diffamierungen, Disziplinierungen durch Rede- und Publizitätsverbot etc. sind zwar oft durch herrschaftssichernde Arbeitsrechts- und Dienstvorschriften gedeckt, verfolgen aber nur das Ziel, solche Arbeiter und Angestellte, die versuchen, ihre eigenen Interessen und die der Kollegen sowie des Klientels zu vertreten und sich gegen miserable Arbeitsbedingungen wehren, politisch zu disziplinieren, um die Selbstorganisation der Betroffenen im Keim zu ersticken. Der Klassencharakter der Arbeits- und Dienstvorschriften wird somit offenkundig.

Der Info enthält ausserdem eine Stellungnahme des Wohnkollektiv Wittenerstr. in Bochum auf einen Brief des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, einen Bericht von Peter van Spall über das Tommy Weissbecker Haus Berlin, eine Zeitschriftenbibliographie zum Thema Heimerziehung, einen Aufruf zur Knast-Arbeit, sowie Kleinanzeigen, Nachrichten und Redaktionsmitteilungen.

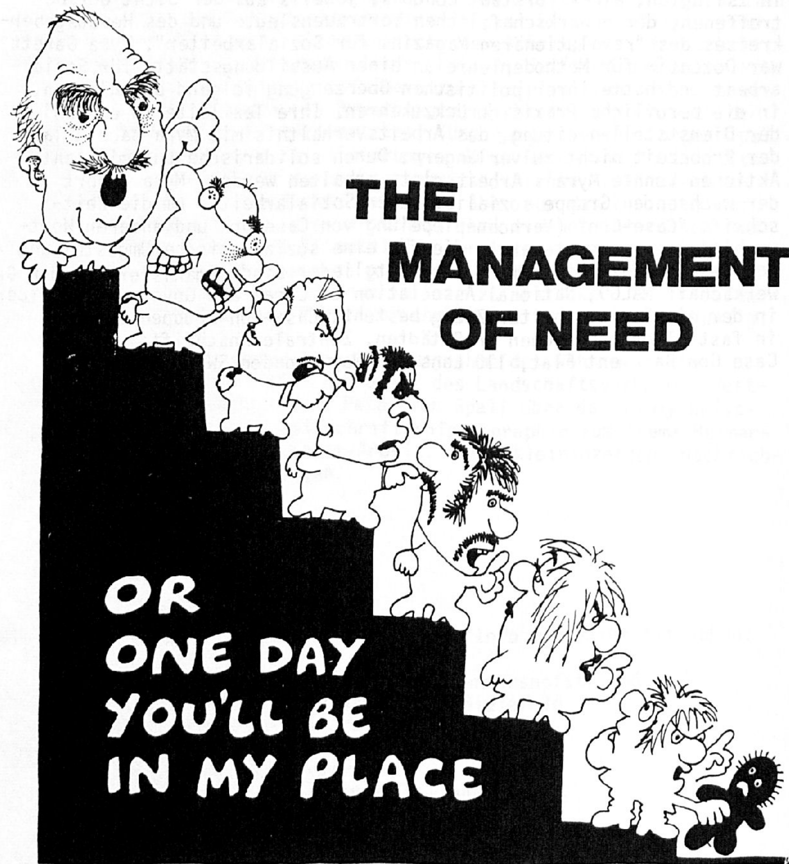
Kontaktadressen der Gruppen, die an diesem Info mitgearbeitet haben:

Verein Soziale Jugendarbeit, 463 Bochum, Lennershofstr. 66
Kontaktzentrum Kritische Sozialarbeit, 48 Bielefeld
c/o Friedhelm Peters, Karl-Eilers-Str. 8
Arbeitskreis Sozialpädagogik, Düsseldorf
c/o Gerd Rieger, Oberkasselerstr. 7
Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit, 6 Frankfurt
c/o Günter Pabst, Hamburger Allee 47
Initiativgruppe Wegscheidestr./FHS Frankfurt
6 Frankfurt, Limescorso 5

Berichte aus der Sozialarbeiterzeitschrift "Case-Con"

Vorbemerkung:

Der Info 2 beschäftigte sich mit Konflikten am Arbeitsplatz. Die folgenden 3 Artikel dokumentieren die Auseinandersetzung um die beabsichtigte Entlassung einer Sozialarbeiterin aus der Sozialverwaltung in Islington, einer Vorstadt Londons, jeweils aus der Sicht der Betroffenen, der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und des Herausgeberkreises des "revolutionären Magazins für Sozialarbeiter". Myra Garett war Dozentin für Methodenlehre an einer Ausbildungsstätte für Sozialarbeit und hatte ihrer politischen Überzeugung folgend beschlossen, in die berufliche Praxis zurückzukehren. Ihre Teamleiterin empfahl der Dienststellenleitung, das Arbeitsverhältnis mit Myra nach Ablauf der Probezeit nicht zu verlängern. Durch solidarische und militante Aktionen konnte Myra's Arbeitsplatz erhalten werden. Myra gehört zu der wachsenden Gruppe sozialistischer Sozialarbeiter um die Zeitschrift "Case-Con" (Verhohnepiepelung von Casework und anderen Wortverbindungen; con=steuern), die für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft eintreten. Ihre Mitglieder sind organisiert in der Gewerkschaft NALGO, National Association of Local and Government Officers, in der ein Sozialarbeiter-Zweig besteht. Case-Con-Gruppen bestehen in fast allen englischen Großstädten. Zentrale Anschrift:
Case Con Basement Flat, 110 Lansdown Way, London SW 8.



Myra Garrett
Sozialarbeit - in wessen Auftrag?

Meine jüngsten Schwierigkeiten mit meinem Arbeitgeber entstanden, weil ich Dinge tat, die als unerwünschte, schlechte sozialarbeiterische Praxis angesehen wurden. Ich wurde nicht kritisiert wegen meiner Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung, wegen meiner "Case Con" oder anderen politischen Aktivitäten, sondern wegen der Art und Weise, wie ich meine Arbeit erledigte. War es das wirklich, was den Konflikt ausmachte? Ja, denn die Art und Weise, in der ich meinen Sozialarbeiterjob ausfülle, ist mehr und mehr eine Widerspiegelung meiner politischen Überzeugungen. Deshalb hat das, was ich auf meiner Arbeit tue, meine Einstellungen, meine Beziehungen zum Klientel, mein Auftreten allgemein, politischen Charakter. So wie sich meine politische Perspektive klarer herausbildete, wuchs meine Fähigkeit, meine Arbeitssituation zu analysieren und stand meine Praxis der Sozialarbeit zunehmend im politischen Zusammenhang. Für mich persönlich ist es wichtig, daß meine politische Tätigkeit,meine Arbeit und somit mein Leben soweit wie möglich übereinstimmt. Wir sind uns alle der Zwänge bewußt. Wir selbst bezeichnen uns nicht als revolutionäre Sozialarbeiter. Wie können wir uns denn einem totalen Wandel der sozialen Ordnung verpflichten und zur gleichen Zeit unseren Lebensunterhalt damit verdienen, indem wir die gegenwärtige Ordnung stabilisieren? Das ist die Frage, die sich jeder von uns stellen muß! Es ist völlig unzureichend, einer Antwort darauf auszuweichen dadurch, daß wir unsere revolutionären politischen Aktivitäten in den Freizeitbereich verlagern. Worin besteht denn dann der Unterschied zwischen meiner Arbeitsweise und der meines konservativen oder "a-politischen" Mitarbeiters? Es scheint hier eine Hilfe zu sein, sich die Kritik meiner Vorgesetzten an meiner Arbeit anzusehen. Hier liegt der Schlüssel für die Streitigkeiten. Es sind Kritiken, die ihr sicher schon vorher gehört habt oder von denen sich einige auch gegen euch gerichtet haben mögen. Es ist dringend notwendig, bei der Überprüfung dieser Kritikpunkte sie aus dem Kontext eines persönlichen Konflikts herauszulösen und als das zu sehen, was sie darstellen - nämlich einen ideologischen Konflikt. Zugrundeliegende Annahmen werden bezogen auf Verhalten und Einstellungen und diese sind letztlich ideologischer Natur. Die Kritik basiert natürlich auf einer Ideologie, die Sozialarbeiter und Klient in die gleiche Position zwingt, für Versagen und Unfähigkeit individuell verantwortlich zu sein. Fallbericht (Einschätzung des Klienten) und Bewertung des Arbeitsvollzugs (Einschätzung des Sozialarbeiters) können unter dem gleichen Aspekt betrachtet werden, unter dem individuelle Unzulänglichkeit und institutionelle Unzulänglichkeit verwechselt werden. Ich wurde bewertet wie Sozialarbeit traditionell ihr Klientel einschätzt ohne Blick auf den institutionellen Kontext oder eine kritische Einschätzung derjenigen, die meine Arbeit zu würdigen hatten.

Principels before people

Der 1. Kritikpunkt hat mit meinem "klar ausgearbeiteten politischen Standpunkt" zu tun, demzufolge die Individuen unter einer entfremdeten, höchst ungleichen Gesellschaftsordnung leiden. Deswegen bin ich, nach der Meinung meines Teamleiters, nicht in der Lage, Leuten, die ihre Probleme vorbringen, im genügenden Maße zuzuhören oder ihnen individuell volle Aufmerksamkeit zu schenken, die sie gerade im Stress so dringend brauchen. Folglich fehlt mir die Sensibilität für die "wirklichen" Probleme der Klienten. Was nützt eine weiterreichende Perspektive einem Individuum, das sich in der Krise befindet? Ich würde antworten, daß diese Perspektive von nichts anderem herrührt, als von einer großen Anteilnahme am Leiden der Individuen. Ich wurde als "gefühllose Person" bezeichnet und dies scheint mir eine nette Verwechslung von Stärke i.S.v. konsequentem Handeln mit Mangel an Gefühl zu sein. Meine Kälte (konsequentes Handeln) wurde wieder meinen politischen Anschauungen zugeschrieben.

Potential before Pathology

Weil ich auf der Meinung bestand, jeder Klient sei ein gleichwertiger Partner in einem gemeinsamen Unternehmen oder in einem Arbeitszusammenhang mit mir, warf mir mein Teamleiter vor, daß ich die Nöte und Probleme des Individuums übersehen würde. Mein Grundsatz "jeder Klient ist ein potentieller 'Sozialarbeiter'" wurde, obwohl es sich bestimmt nicht um ein revolutionäres Postulat handelt, hingestellt als unrealistische Forderung an Leute, die Unterstützung und Beistand benötigen. Meine Erwartungen wurden von meinen Vorgesetzten als Naivität angesehen, in Bezug auf die potentielle Destruktivität der Menschen im allgemeinen und der Klienten im besonderen. Ich bezog häufig Stellung zu der Art und Weise, in der wir ernsthaft die Fähigkeit, das Potential und die Stärke jener unterschätzten, die wir unsere Klienten nennen. Ich leistete offen Widerstand gegen Versuche, mich hinter verschlossenen Türen in ein Gemauschel über Interpretationen des Verhaltens von Klienten (oder Kollegen) hineinzuziehen; ich bin überzeugt, daß es weniger richtig ist, Vermutungen anzustellen als die aktuell Betroffenen zu fragen.

People before social workers

Mir wurde ein Mangel an Fähigkeit vorgeworfen, vernünftige Beziehungen zu Klienten aufzubauen. Meine Meinung, daß Nachbarn, Freunde und Familienmitglieder (für die Klienten) wahrscheinlich wichtiger sind als Sozialarbeiter, wurde als ein Versuch hingestellt, mich vor dem Engagement und der Verantwortung für die Klienten zu drücken. Es war für mich niemals schwer, Beziehungen zu Klienten herzustellen. Rückblickend scheint es, daß diese Beziehungen zumindest ebensoviel mit meinen Bedürfnissen zu tun hatten, wie mit den Bedürfnissen der Klienten. Mein in gewisser Weise respektloses Verhalten in Bezug auf das Unvermögen der Sozialarbeiter, Menschen, die von einem System unterdrückt werden, als dessen Agenten wir fungieren, eine vernünftige Alternative anzubieten, wurde als Verneinung meiner moralischen Pflicht

angesehen, Menschen in Not zu helfen, und wurde natürlich auch als Verunglimpfung des Berufstandes (Sozialarbeit) ausgelegt. Ich behaupte, daß meine Fertigkeit, Pläne auszuarbeiten, weitaus größer ist als meine Fähigkeit, sie in die Tat umzusetzen. Ich bin vielleicht in der Lage genau vorherzusagen, was unter bestimmten Umständen geschehen wird, aber ich weiß keinen Weg, jene als vorteilhaft erkannten Umstände herbeizuführen. Geben wir uns nicht einer Illusion hin, wenn wir glauben, daß eine Beziehung zwischen Klient und Sozialarbeiter bedeutungsvoll sein kann, weil wir nichts anderes anzubieten haben?

Workers before Structures

Sicherlich habe ich Autoritätsprobleme. Ich wurde kritisiert, weil ich die in der Berufsrolle des Sozialarbeiters eingeschlossene Autorität verneinte und nicht bereit war, die Autorität meiner Vorgesetzten hinsichtlich ihrer Verantwortlichkeit für meine Arbeit zu akzeptieren. Meine Erklärungsversuche, daß meine Autorität und die Autorität meiner Vorgesetzten ungefähr das gleiche bedeuten - nämlich soziale Kontrolle - wurden als das Resultat ungelöster Autoritätskonflikte gesehen. Städtische Sozialarbeiter, wurde mir gesagt, müssen die durch Strukturen gesetzten Grenzen (deren gibt es sicher mehr als Sozialarbeiter) erkennen und akzeptieren. Die Schwierigkeit mit mir ist die, daß ich keine Lust habe, demütig auf ein Wohlwollen von oben zu warten. Ich glaube nicht, daß Leute, die Macht haben, diese freiwillig ohne jeden Kampf aus der Hand geben, und ich beteilige mich am Kampf um eine Arbeiterkontrolle in den Seebohmwerken, sowie an anderen Orten, wo Arbeitskraft zu Markte getragen wird.

Es gibt eine Menge interessanter Aspekte zu der Kritik an meiner Arbeit. Einer davon ist, daß Kritik mir nicht direkt bekanntgegeben wurde, wenn die "schlechte Arbeit" gerade getan war. Mein Chef, der in unseren Anleitungsbesprechungen keine Kritik äußerte, schien mit meiner Tätigkeit zufrieden zu sein. Nachdem sich der "special anessment" (Spezialeinschätzungsausschuss) mehrere Stunden damit beschäftigte, nachdem er mehrere Stunden mit dem Sonderausschuß verbracht hatte, der gebildet worden war, um meine Arbeit zu beobachten, wurden die Kritiken genauer. Daraus können mehrere Lehren gezogen werden:
- Nimm nicht an, daß Nichtäußerung von Kritik Zustimmung bedeutet.
- Versuche,definitive Äußerungen deiner Vorgesetzten über deine "Fortschritte" und "Eignung" zu bekommen, damit du weißt,wie du dran bist. Auf diese Weise kannst du vielleicht die Erfahrung vermeiden, die ich machte, als ich nach einer dreiwöchigen Abwesenheit zurückkam und feststellen mußte, daß mein Teamleiter meine Entlassung aus dem Team empfohlen hatte. Das Dokument, welches von der Teamleiterin für die Verwaltung vorbereitet war, zählte einige "Fakten" auf über die Art und Weise, wie ich 3 Fälle behandelt (bzw. falsch behandelt) hatte. Es lag auf der Hand, daß das angegebene Beweismaterial völlig unzureichend war für meine Entlassung. Aber wo lagen die anderen Beweise und Gründe für ihre Handlungsweise? Verschiedene Leute sagten mir, es gäbe einen "geheimen Beweis" für meine Inkompetenz. Generell also sahen die Leute in der Dienststelle (im Gegensatz zu meinen Teamkameraden) die Entscheidung der Teamleiterin, auf Grund ihres konsequent-demokratischen Rufs, ohne jeden Beweis als gerechtfertigt an. Für die meisten Leute

der Dienststelle blieb der Konflikt eine Auseinandersetzung zwischen Persönlichkeiten, obwohl in dem Maße, in dem ich mit mehr von ihnen direkten Kontakt bekam, es immer schwieriger wurde, diese Ansicht aufrecht zu erhalten. Dies ist ein konkretes Beispiel für die extreme Gefahr einer individualistischen Ideologie. Die Teamgenossen haben mich sofort und beharrlich unterstützt. Aber die Beliebtheit der Teamleiterin verunsicherte ihre Position und ermöglichte es in der Tat, daß ihre Überzeugung als "jugendlicher Überschwang" eines "jungen, unerfahrenen und leicht beeinflußbaren Teams" interpretiert wurde. Ich möchte behaupten, daß dieses Beispiel klar das herablassende, überhebliche Verhalten aufzeigt, welches das Management gegenüber dem Sozialarbeiter und der Sozialarbeiter gegenüber dem Klienten an den Tag legt.

Die gesamte Ideologie der Sozialarbeit hat mit individuellen Unzulänglichkeiten, Stress, Bedürfnissen, Konflikten usw. beider, des Sozialarbeiters und des Klienten, zu tun. Um dem entgegenzuwirken, muß man eine kollektive Perspektive anstreben, um aus dem Sumpf persönlicher Pathologien und Gratifikationen herauszukommen. Radikale Individuen, als Klienten oder Sozialarbeiter, sind möglicherweise gefangen in ihrer eigenen Individualität, die in einem Bemühen um Selbstverwirklichung gründet. Wäre ich ohne eine solche Perspektive gewesen, hätte ich leicht in ein Gefühl verfallen können, persönlich betroffen, verantwortlich, unzureichend zu sein, oder - was vielleicht noch schlimmer wäre - persönliche Macht auszuüben. Während ich meine eigene Autorität als Individuum nicht verleugne, gehe ich davon aus, daß es meine Überzeugung ist, die in dem Maße stark und widerstandsfähig ist, wie sie eine Analyse der Situation ermöglicht, in der wir als Individuen uns selbst finden. Um diese Ansichten in die Tat umzusetzen, stellte ich öffentlich Fragen: Was ist das Ziel der Bezirksfürsorge ("area social services team")? In welchem Zusammenhang stehen unsere Aktivitäten mit diesem Ziel? Wo liegen unsere Aktivitäten mit diesem Ziel? Wo liegen unsere genau statuierten Pflichten? Wie und von wem werden Entscheidungen getroffen über Prioritäten, Mittel etc.? Wie können wir Eingriffe rechtfertigen, wenn wir über keine Möglichkeiten verfügen, den wirklichen Nöten abzuhelfen? Warum sollten wir Schuldgefühle haben, wenn wir etwas nicht erreichen, wozu wir nicht ausgerüstet sind? Ist jeder von uns verantwortlich für die Arbeit des anderen? Was hat das Konzept der Verantwortlichkeit zu bedeuten? Sind einige von uns verantwortlicher als andere? Wenn ja, warum? Warum werden unsere Meinungen und Fragen von der Verwaltung mißachtet? Wie bekommen wir die Mittel, die wir brauchen? Wie teilen wir das, was wir haben,mit unseren Klienten? Brauchen wir unsere Klienten mehr als sie uns? Dies sind vertraute Fragen, die wir uns ohne Zweifel alle schon selbst gestellt haben. Wir müssen sie oft und öffentlich wiederholen.

Es waren genau diese Fragen, die meine "Schwierigkeiten" auslösten und die Zweifel an meiner "Eignung" aufkommen ließen. Von dem Zeitpunkt an, als diese Zweifel in den Köpfen meiner Vorgesetzten herumzuspuken begannen, wurde meine Arbeit genauestens geprüft, um einen Beweis für meine Inkompetenz zu erhalten. Meine Mit-Arbeiter, die wohl am ehesten unter meiner "Inkompetenz" gelitten hätten, hielten ständig daran fest,daß mein Verhalten, meine Arbeit und mein Benehmen konstruktiv, anregend und produktiv wären. (Tatsächlich hatten sie von mir

noch erwartet, daß ich noch viel "militanter" auftrat). Unterstellungen, lange bezweifelt von den Teammitgliedern, wurden öffentlich entlarvt. Widersprüchliche Mitteilungen mit der Tendenz uns zu vereinzeln, wurden als das gesehen, was sie waren. Was vielleicht das wichtigste war: Man begann die Funktion dieser Erfindungen und Verwirrungen dem Gemeinwesen gegenüber zu erkennen.

Autorität ist das zentrale Thema!

Ich bin überzeugt, Erfahrungen als Sozialarbeiter mit Autorität spiegeln sich in unserem Umgang mit dem Klienten wider. Jeder Fall unbegründeter Anerkennung höherer Autorität, jede Konfliktvermeidung zum persönlichen Vorteil korrumpiert uns und vergrößert die Möglichkeit, daß wir dasselbe von unseren Klienten erwarten. Wenn wir in unserer Arbeitssituation entfremdet sind, unterdrückt durch eine mächtige Bürokratie, können wir uns dann anders verhalten? Selber kontrolliert, kontrollieren wir der Reihe nach unsere Klienten im Interesse unserer Bosse. Wir sind dann den kulturellen Mustern angepasst, die die derzeitige Gesellschaftsordnung stützen.

Fast alle Ideologien über Sozialarbeit sind eine Verschleierung dessen, daß wir Agenten der herrschenden Klasse sind. Der Mythos der Demokratie in dem Team, in dem ich arbeitete, war eine Bemäntelung der Kontrolle durch eine bürokratische Machtstruktur, deren Teil der Teamleiter ist. Ich glaube nicht, daß wir als Sozialisten in diesem Beruf eine Wahl haben. Wir entlarven Autorität als die unterdrückende, entfremdete Macht, wie sie für uns selbst erfahrbar ist und arbeiten dann auf eine Autorität hin, die die Macht, Stärke und Würde aller Individuen respektiert. Unsere Erfahrung und auch unsere Ausbildung als Sozialarbeiter liefern uns die Munition. Wir müssen sie nur noch in die Praxis umsetzen.



Marie McNay, Colin Stroud
ISLINGTON: Die Vertrauensleute legen ihren Fall dar

Ich glaube es mußte sich einfach ereignen. Nach all den Darstellungen in den letzten Ausgaben des "Case Con" (rev. Sozialarbeiter Zeitung) mußte die Leitung der Sozialarbeiterabteilung von Islington eingreifen. Schlimm dabei war vielleicht, daß sich die meisten Boshaftigkeiten gegen die kleine Gruppe treuer NALGO-Leute richtete, die noch im Komitee der Vertrauensleute verblieben waren. Klar wurden Fehler gemacht, und die Vertrauensleute können zu einem gewissen Grad für viele der taktischen Fehler verantwortlich gemacht werden: doch Myra Garratt arbeitet weiter in unserer Abteilung. Dieses Ergebnis, meinen wir, geht in großem Maße auf die Bemühungen der NALGO und des Vertrauensleutekomitees zurück!

Im folgenden wollen wir die Vorfälle kurz skizzieren:

1. Der stellvertretende Direktor empfahl, Myras Anstellung nicht zu verlängern.
2. Die Gewerkschaft erhob Einspruch und forderte die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die sich mit der Frage der Probezeit befassen und Kriterien für die Beurteilung beruflicher Qualifikation ausarbeiten sollte.
3. Der Direktor ignorierte dies und hielt dagegen, daß er einen unabhängigen Ausschuß zur Beurteilung einsetzen würde.
4. Die Gewerkschaft akzeptierte den Ausschuss und setzte durch, daß die Kriterien der Arbeitsgruppe zur Grundlage gemacht wurden. Dem Ausschuss sollte außerdem ein Vertreter der Gewerkschaft angehören.
5. Den Forderungen wurde durch Androhung eines eintägigen Streiks Nachdruck verliehen. Daraufhin stimmte der Direktor zu.
6. Myra wurde beurteilt und auf 3 monatige Probe in ein anderes Team versetzt.

Diese Auseinandersetzung war sicher eine der schwierigsten, mit denen sich das Vertrauensleutekommitee jemals beschäftigen mußte.
Wir glauben, daß es wert ist, näher auf einige taktische Schritte einzugehen, um anderen Gruppen vielleicht Nutzen aus unseren Erfahrungen zu vermitteln. Doch zuerst wollen wir einen Mythos zerstören, der in letzter Zeit in "Case Con" viel Verbreitung fand. NALGO ist keine revolutionäre Organisation, sie ist reformistisch,und so ist ihre Stärke so mächtig (stark) wie die Solidarität und das politische Bewußtsein ihrer Mitglieder. Die Gruppe in Islington bildet keine Ausnahme. Die Kämpfe, die in der Vergangenheit gewonnen wurden, sind nicht leicht erfochten worden, doch glücklicherweise haben die intensiven Bemühungen, die von den radikalen Sozialarbeitern in die Hand genommen und vorangetrieben wurden, den Konservatismus und die Apathie, wahrscheinlich der Mehrheit, unserer Kollegen überwunden. Aber wir wollen nicht behaupten,

daß die Mitarbeiter der Abteilung immer solidarisch hinter dem Vertrauensleutekomitee stehen, noch die Vertrauensleute die Sozialstation managen. Wir haben viel erreicht in Islington. Das Vertrauensleutekomitee ist der einzig wirkliche Repräsentant der Abteilung und in diesem Sinne hat es dem Management die Initiative aus der Hand genommen. Seit der Arbeitsaufnahme des Komitees hat das Management keine "Mitarbeiterversammlung" mehr einberufen. Aber dennoch muß sich die Gewerkschaft zum Nutzen des Komitees einsetzen und für Unterstützung werben.

Während unseres Kampfes um Myras Job wurden wir konfrontiert mit Mitgliedern, die hin-und hergerissen waren zwischen ihrer Loyalität zu einer populären Teamleiterin, die auf Grund ihrer demokratischen Ideen sehr respektiert wurde, und ihrer Verpflichtung einer Gewerkschaftsgenossin gegenüber, deren Anstellung ganz offensichtlich unfairerweise bedroht war. Vervollständigt wurde das Dilemma durch die völlig absurde Tatsache, daß NALGO die Mitgliedschaft erweiterte und deshalb auch die Interessen für beide - Angestellte und Vorgesetzte - wahrzunehmen hat. Obwohl die Vertrauensleute im Anfangsstadium der Auseinandersetzung entschieden (und zwar zu Recht), daß in diesem besonderen Fall die Teamleiterin klar die Rolle des Managements einnahm, waren wir uns nichtsdestotrotz bewußt, daß es sich im wesentlichen um eine Auseinandersetzung zwischen zwei Mitgliedern handelte. Am Ende führte diese außergewöhnliche Situation zu einer fast völligen Polarisierung innerhalb der Mitgliedschaft in punkto Loyalität. Folglich mußten die Vertrauensleute, die gewiß die Pflicht haben, die Ansichten der Mitglieder ihrer Sektion zu vertreten, immer die Unterstützung im Hinblick auf Aktionen, welche sie befürworten, überprüfen. Unnötig zu sagen, daß dieses Verfahren oft bedeutete, daß militante Aktionen zurückgestellt wurden um eines Kompromisses willen, der für die Mitgliedschaft akzeptabel war. Außerdem war es sehr schwer abzusehen, was eine befriedigende Lösung hätte sein können. Es sah so aus als ob ein nützliches Mitglied der Abteilung und der Gewerkschaft auf der Strecke bleiben würde. Folglich würde, obwohl es offensichtlich unser Ziel war, Myras Arbeitsplatz zu erhalten, der Preis dafür in der Tat sehr hoch sein. Einer der entscheidenden Faktoren in diesem Meinungsstreit war das Recht des Arbeitgebers, Arbeiter zu entlassen und im Besonderen eine zur Probe Eingestellte, die kein Recht hat, dagegen Beschwerde einzulegen, oder auch nur zu erfahren, weshalb ihre Arbeit nicht zufriedenstellend war. Seit der Zeit, da diese Verfahrensweise als "Recht" des Management eingeführt und auch praktiziert wurde,ging der Kampf nicht darum, daß das Vertrauensleutekomitee verlorenen Boden zurückgewinnt, sondern darum, daß das Management bestehende Rechte verliert. Der Direktor war zwar in einer Ausgabe der Market Road in ein schlechtes Licht gesetzt worden und nun eifrig bemüht zu beweisen, daß er befähigt ist, sein Amt zu leiten. Aus diesem Grunde verfuhr er sehr rigide, was er sonst möglicherweise nicht getan hätte, um zu versuchen, seine Machtposition zu erhalten. Es ist wichtig, sich über den Druck im Klaren zu sein, der auf allen beteiligten Parteien lastet, um in der Lage zu sein, die potentielle Stärke einzuschätzen. Es ist ebenso wichtig zu wissen, wie sich die Gewerkschaft in Verhandlungen verhält, da sie als nicht-revolutionäre Organisation ihre gewöhnlichen Vorgehensweisen, Konflikte zu lösen, die Wirkung beeinflussen. Während die Vertrauensleute Streikmaßnahmen besprachen, spielte der zuständige

Gewerkschaftssekretär (Branch secretary) die übliche Rolle. Das führte zu ernsten Differenzen in Fragen, von denen man schon Einstimmigkeit vermutete. Die Fehler wurden auf beiden Seiten gemacht, aber sie hätten vermieden werden können, wenn ein Mitglied des Vertrauensleutekomitees den Gewerkschaftssekretär während seiner Besuche beim Direktor begleitet hätte. Die unterschiedlichen Ansichten hätten sich dann sicher deutlicher herausgestellt. Auf der einen Seite führte der Direktor, seinem Ziel angemessen, sehr selbstherrlich den lokalen Verwaltungsapparat, von dem der Gewerkschaftssekretär ein Teil ist. Auf der anderen Seite faßten die Abteilung und die Gewerkschaft Streikaktionen ins Auge - einmalig in der Geschichte der Abteilung. Wenn die Gewerkschaftsmaschinerie in einem Fall wie diesem benutzt wird, ist Streik das letzte, nicht das erste Mittel. Die Gewerkschaftsbürokratie versucht oft, Konflikte durch Kompromisse zu lösen. Es würde folglich den Anschein haben, daß, wenn in der ersten Resolution der Vertrauensleute ein eintägiger Warnstreik aus Protest gegen die Entscheidung des stellvertretenden Direktors empfohlen worden wäre, die Abteilung begonnen hätte, sich in solchen Aktivitäten zu engagieren, die für die meisten Leute neu waren. Dessen ungeachtet war die Antipathie sehr stark dagegen, wie Myras Fall dargestellt wurde und es hätte durchaus möglich sein müssen, die Leute in einer Aktion gegen die unfaire Entlassung zu vereinigen. Es war ein Fehler der Vertrauensleute, daß sie niemanden gewählt hatten, der schon in der ersten Vollversammlung ihre Empfehlung hätte einbringen können. Die Folge war, daß es in grundsätzlichen Fragen keine Verständigung gab und die Versammlung bald den zentralen Punkt aus den Augen verlor und sich Fronten bildeten. Eine Streikforderung im Verlauf der Versammlung wurde ebenso verworfen, wie ähnliche Forderungen in folgenden Versammlungen. Es ist möglich, daß das Gewerkschaftsbewußtsein noch nicht das Niveau erreicht hat, wo unverzüglich Aktionen zur Verteidigung eines Mitgliedes vorgenommen werden können. Aber man sollte nicht potentielle Kraft vergeuden, indem man auf Prinzipien herumreitet und Solidarität testet. Von diesem Zeitpunkt an wurde die ganze Kraft von der Notwendigkeit in Anspruch genommen, an Lösungen zu arbeiten und nicht an Grundsätzen. Eine dieser Lösungen war, eine Arbeitsgruppe zu bilden, deren Aufgabe darin bestand, die Prozedur der Probezeit zu untersuchen und befriedigende (Beurteilungs-)Kriterien zu entwickeln. Seitdem niemand mehr die Notwendigkeit einer Beurteilung Myras leugnete, war es sinnvoll, Mittel und Wege zu einer gerechten Beurteilung zu finden. Der Gedanke zielte darauf ab, Myra vor den Launen des stellvertretenden Direktors zu schützen und war folglich ein einleuchtendes Argument. Das Ergebnis, formuliert von einer Gruppe, der auch Mitglieder des Managements angehörten, war völlig verheerend. Es hatte den Anschein, daß sie sich mehr mit der Verbesserung von Normen beschäftigten (und diese erweiterten den Bereich der Eignungsprüfung) als mit der Eingrenzung der subjektiven Handhabung von Beurteilungen. Der Streitpunkt ist, daß die Probekandidaten kein Beschwerderecht haben und keine Normen in Bezug auf die Probezeit zu erwägen sind, die darauf hinauslaufen, dem Management für willkürliche Entlassungen verstärkt freie Hand zu lassen. Während die Entwicklung von Standards eine Angelegenheit des Management ist, dürfen Gewerkschafter in Ausübung ihrer Funktion nicht die Rollen vertauschen und ihre Aufgabe der Interessenvertretung vernachlässigen. Im Hinblick auf das Gewerkschaftsbewußtsein würde es ideal sein, eine Organisation zu haben, wo die Vertrauensleute leicht mit den Mitgliedern, die sie

vertreten, kommunizieren können. In Islington vertreten die Vertrauensleute noch eine zu große Anzahl Mitglieder und können deshalb keine kleinen Versammlungen abhalten, die ein Feed-back ermöglicht hätten. Das Feed-back kam ziemlich zufällig zustande und war doch ein bestimmender Faktor bei der taktischen Planung. Das Kommunikationssystem ist ein Feld, mit dem wir uns in naher Zukunft zu beschäftigen haben. In dieser Auseinandersetzung kam die ganze Frage der Probezeit in den Blickpunkt und die Notwendigkeit einer Klärung wurde gesehen. Später hat die Gewerkschaft die Absicht, Beurteilungskriterien aufzustellen, auf Antrag des Vertrauensleutekomitees verworfen. In der Tat wurde auch die Konzeption über die Probezeit zurückgewiesen und soll nun auf nationaler Ebene behandelt werden. Was Myra betrifft, so ist es eine Ehre für sie, daß die Situation überhaupt gelöst wurde. Ihre Erkenntnis, den Fall der Gewerkschaft anzutragen, löste einen sehr notwendigen Untersuchungsprozess aus. Es gab viele Aufeinandersetzungen über die Taktik und nach dem ersten Fehler, die Militanz nicht zu testen, nahm die Streikbereitschaft beständig ab. Das höchste was erreichbar schien, war die Drohung mit Militanz, um Forderungen zu unterstützen. Aussenstehende konnten die Spaltung innerhalb der Abteilung nicht verstehen, und die Slogans von politischer Disziplinierung hatten nicht die geringste Glaubwürdigkeit. Es ist schade, doch unvermeidlich, daß die Polarisierung in dem Maße, in dem die Glaubwürdigkeit fehlte, größer wurde.

Es ist falsch, zu glauben, man könnte einem solchen Fall mit einer Resolution über die Situation gerecht werden. Militante Taktiken waren in einigen Punkten nützlich, doch in anderen völlig unbrauchbar, in denen sie Leute nur abstoßen. Bei allen Anstrengungen hat ein günstiger Umstand das Resultat ermöglicht.
Myra hat als eine kompetente Sozialarbeiterin den Sieg selbst davongetragen. Wäre sie nicht kompetent gewesen, wäre sie nicht hier. Wir sind weit davon entfernt, Leute zu beschützen, die nicht fähig sind, ihren Job auszuführen.

Case Con-Redaktionskollektiv
Kommentar

Der Kampf um Myras Job warf Schlaglichter auf die Probleme der Organisierung von Sozialarbeitern an der Basis in einer Sozialabteilung und machte insbesondere deutlich, wie nebulös die Idee des militanten Kampfes ohne beständige politische Basisarbeit ist.

Der Apparat des Vertrauensleute-Komitees existierte zwar, spiegelte jedoch in einem alarmierenden Grad die Verwirrung der Sozialarbeiter über die Natur ihrer Tätigkeit und ihrer eigenen Interessenwahrnehmung wider. Jedem Gewerkschafter, revolutionär, sozialdemokratisch oder konservativ, war in dieser Auseinandersetzung klar: Myras Job muß verteidigt, die Entlassung rückgängig gemacht werden. Aus den Mängeln dieser Perspektive ergab sich alles folgende. Ohne die lauteren subjektiven Intentionen der Vertrauensleute in Zweifel zu ziehen, sie wurden leichte Beute der Case-Work-Ideologie (casework rationalisations), der verbreiteten Furcht vor einer Zerstörung des Demokratie-Mythos der Abteilung und der individualistischen Rollendefinitionen. Das zentrale Problem war - trotz militanter Appelle - verdeckt, um zu erkennen, daß dies ein Rausschmiß war, der die Stärke der Gewerkschaft testen sollte. Die revolutionäre Minderheit beabsichtigte für den Fall, daß die Mehrheit sich des wahren Charakters der Ereignisse nicht bewußt werde, im Vertrauensleute-Komitee eine militante Leitung durchzusetzen, die die Situation klären und Myra Garett verteidigen würde. Der taktische Streikaufruf hätte nicht aufgegeben werden müssen zu Gunsten von Verhandlungen. Wo die Solidarität in der Abteilung zuletzt schwach war, wo die Vertrauensleute - ohne direkte eigene Schuld - keine Basisgruppe hatten, um Aktionen zu tragen, konnten sie wirklich glauben, Myra werde ihren Job behalten ohne militante Interventionen?

Die Intervention von Case Con, dem Londoner Koordinierungskomitee der Sozialarbeiter innerhalb der NALGO und der in London verbreitete Aufruf zu einer Solidaritätsveranstaltung, die in dem Marsch zum Büro des Direktors gipfelte, war wichtig, um deutlich zu machen, wie andere Arbeiter der Behörde fühlten, und um Solidarität zu demonstrieren - der einzige Weg, um Angriffe auf jeden von uns zurückzuweisen. Um kurz auf die spezifische Darstellung von McNay/Stroud einzugehen: Case Con hat nie gesagt, die NALGO sei in irgendeiner Weise revolutionär. Sie ist wie alle Gewerkschaften eine defensive Organisation. Sie ist befangen in reaktionärer Professionalisierungsideologie und ist rücksichtsvoll gegenüber Bossen, die oft Teil ihrer eigenen Hierarchie sind. Gleichwohl arbeiten, organisieren und diskutieren (agitate) wir in ihr.

Handelte es sich lediglich um einen zwischenmenschlichen Disput? Der ebenfalls abgedruckte Artikel von Myra Garrett ist die beste Antwort

REIHE BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

GEWERKSCHAFTLICHE VERTRAUENSLEUTE
FÜR EINE ANTIKAPITALISTISCHE BETRIEBSSTRATEGIE

Autorenkollektiv "express-international"

Diese Schrift wendet sich an die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben, an die aktiven Gewerkschafter, die ihre Kolleginnen und Kollegen dafür gewinnen wollen, eine gewerkschaftliche Politik der konsequenten Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten nachdrücklich zu unterstützen. Die Schrift ist nach langen Diskussionen aus der Zusammenarbeit von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, Gewerkschaftsfunktionären, Bildungsreferenten und gewerkschaftlich orientierten Wissenschaftlern entstanden.

Folgende Themen werden behandelt: Die kapitalistische Organisation des Betriebes - Der Doppelcharakter der Forderungen - Die bisherige gewerkschaftliche Betriebspolitik - Die bisherige Arbeit der Interessenvertretung im Betrieb - Management und Vertrauensleute - Betriebsnahe Gewerkschaftspolitik - Betriebsnahe Tarifpolitik - Betriebsnahe Bildungsarbeit - Mitbestimmung im Betrieb als Gegenmacht - Kontrolle von unten statt Delegation von oben - Zukünftige Rolle und Organisation der Vertrauensleute - Durchsetzung dieser Strategie.

54 Seiten, broschiert, DM 2.5o
Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4
Postfach 591, Tel. 0611 - 832593

darauf. Die überall auftretende Polarisierung wurde verursacht durch die Art und Weise, in der das Management und die Teamleiterin in ihren Leitungspositionen handelten. Es handelte sich (bei dem Entlassungsbeschluß) exakt um eine politische Maßnahme in dem Sinne wie Myra ihren Job mit einer bewußten politischen Methode anging. Und dies traf die Teamleiterin, deren eigene radikale Reputation und der Anschein demokratischer Beteiligung im Team auf dem Spiel stand. Die Leute sind Agenten (wodurch auch immer bestimmt) der Politik. Marys Eintreffen brachte auf der Ebene des Arbeitsbereichs Erleichterung, machte aber die Ohnmacht der Sozialarbeiter deutlich, im Feld den an sie gestellten Erwartungen entsprechen zu können. Die Hilfsmittel werden allenthalben kontrolliert und allenthalben wiederholt sich die Hierarchie. Allein der Klient bleibt - Klient. Die Frage nach der Reform des status quo ist die Forderung nach einer revolutionären Alternative.
"In jedem Fall würde ein nützliches Mitglied unterliegen". Dieser Satz negiert den entscheidenden Grundsatz, daß ein Mitglied, dessen Arbeit dem Teamleiter oder irgendjemanden zuliebe bestritten wird, bis zum Erfolg verteidigt werden muß. Die Beurteilung (ihrer Arbeit): Dieser Wirbel wäre vermieden worden, hätten ihre'Schirmherren'Myras (berufliche) Kompetenz von Anfang an offen anerkannt. Die militante Gruppe (betrachtete diese Behauptung als Schwindel und) unterstützte nicht die Suche (nach Eignungskriterien).

Damit die Vertrauensleute nicht annehmen, case Con kritisiere sie nur wegen ihrer Unentschlossenheit, müssen wir feststellen, daß sie ebenso isoliert waren wie die Militanten. Dies ist zurückzuführen insbesondere auf den provinziellen Bewußtseinsstand und das Fehlen einer geeigneten Plattform für eine Überzeugungsarbeit und eine Mobilisierung. Die Lehre aus den Vorfällen in Islington ist nicht nur, daß wir die gewerkschaftliche Basis unterstützen müssen: wir müssen uns selbst in ihre Entwicklung einbringen. Es ist so, daß die Arbeit konsolidiert werden muß, Leute in einen politischen, überzeugenden Arbeitszusammenhang zu bringen, der kontinuierlich Apathie und Unterwerfung (unter Strukturen)-verursacht durch die Hierarchien,für die wir arbeiten - bekämpft.
Zusammenfassend wollen wir feststellen, daß Myra Garrett ihren Arbeitsplatz als Sozialarbeiterin in Islington noch hat. Versetzt in ein anderes Team mit ihrem Arbeitsgebiet und mit einer 3-monatigen Verlängerung der Probezeit, - um das Gesicht des Management zu wahren. Trotz der schrecklichen Ungleichheit der Ereignisse wie Möglichkeiten, ihren Arbeitsplatz zu verteidigen, und der Abhängigkeit Myras von einem Prüfungstribunal (entgegen fortdauerndem harten Widerspruch einer Minorität der Militanten) ist dies der bestmögliche, erreichbare Teilerfolg. Die Vertrauensleute haben, dafür verdienen sie Anerkennung, die Verwicklung der Gewerkschaft in die Prüfungskriterien auf einer folgenden außerordentlichen Abteilungsversammlung zurückgewiesen und es ist jetzt die Politik von NALGO in Islington, für die völlige Abschaffung der Probezeit zu arbeiten.

Dies ist offensichtlich erst der Anfang. Wir dürfen nicht eine Situation dulden, in der jemand, der bereits bei einer städtischen Dienststelle war, für 6 Monate oder länger abhängig ist von einer Probezeit. Myra ist noch in Bewährung - eine Handhabung, die nicht länger uns aufgezwungen werden darf. Gewerkschafter müssen immer ihre Arbeitskameraden verteidigen und Nein sagen zu jedem Hinausschmiß.

AKSp Düsseldorf

Fürsorgezöglinge nehmen ihr Sache selbst in die Hand

Selbstorganisierung von Jugendlichen des früheren sozialpädagogischen Wohnheims in Düsseldorf-Gerresheim, Kamperweg 178

Vorbemerkung

Die Misere der Heimerziehung ist jedem bekannt. Eine qualitative Verbesserung der Lebenssituation von Fürsorgezöglingen hat es bisher bei uns noch nicht gegeben. Alle Bemühungen von Sozialarbeitern, Jugendämtern und Regierung haben kaum Erfolg gezeigt. Zum erstenmal haben jetzt Fürsorgezöglinge selbst die Initiative übernommen, sich aus ihren Abhängigkeiten und der Versorgungssituation zu lösen. Sie haben ihre Sozialarbeiter rausgeschmissen und ihr Heim von innen heraus besetzt. Das alles geschah vor ca. sechs Monaten (1. April 73) in Düsseldorf-Gerresheim. In dieser Stadt, der Verwaltungs- und Bankenmetropole am Rhein und Hauptstadt von NRW, fehlt es an linker Gegenöffentlichkeit. Es existieren kaum linke Gruppen, die den Kampf der Jugendlichen hätten unterstützen wollen. Wir sind eine Gruppe von Sozialarbeitern, die diese zwanzig Fürsorgezöglinge in ihrem Kampf um ein Kollektiv unterstützen und in ihren Lernprozeß miteinbezogen waren und sind. Über unsere Erfahrungen wollen wir hier kurz berichten.

Ende Januar 1973 wurde der AKSp (Arbeitskreis Sozialpädagogik) durch einen ehemaligen Mitarbeiter des Düsseldorfer Markushauses (MH) über die bevorstehende Schließung des Heimes informiert: 'Der Träger, Evangelischer Gemeindedienst (EGD), blockiere seit längerer Zeit die vorgeschlagene Konzeption der Sozialarbeiter, die eine höhere Mitarbeiterzahl, Teamarbeit, Mitbestimmung der Jugendlichen und die Forderung nach höheren Pflegesätzen vorsähe. Daraufhin habe ein Teil der Sozialarbeiter gekündigt. Das Verhältnis zwischen den verbleibenden Sozialarbeitern und den Jugendlichen verschlechtere sich von Tag zu Tag, nicht zuletzt deswegen, weil sich die Jugendlichen von der neuen Konzeption eine Verbesserung ihrer Lebenssituation versprachen. Unter dem Vorwand der personellen und finanziellen Misere wolle der Träger jetzt das MH zum 1.4.1973 schließen. Ein Teil der Jugendlichen sei vom EGD für die Unterbringung in Einzelzimmer ausgesucht worden, während die anderen auf verschiedene Heime, die größtenteils noch autoritärer geführt werden, aufgeteilt würden. Sicherlich würde dem EGD die Arbeit mit einem Kinder- oder Altenheim unproblematischer und kostensparender werden, als die Durchführung der von den Sozialarbeitern

geforderten Konzeption .

Die kurzfristige Bekanntgabe des Kündigungstermins dürfte dem EGD nicht leicht gefallen sein, da er vor ca. drei Jahren in gleicher Weise mit dem Kinderheim Oberlinhaus verfahren war, was starken Protest in der Öffentlichkeit hervorgerufen hatte. Der AKSp unterstützte die damalige Öffentlichkeitsarbeit, konnte jedoch nicht verhindern, daß die Kinder brutal aus ihrer Umgebung herausgerissen und auf andere Heime aufgeteilt wurden. Einige von ihnen leben jetzt im MH. Diese wandten sich an Genossen des AKSp, die ihnen noch aus der Oberlinhausaffäre bekannt waren.

Der AKSp befasste sich schon seit längerer Zeit mit der Problematik von Jugendwohnkollektiven und diskutierte die politische Relevanz einer Unterstützung der Jugendlichen im MH. Da die Genossen sich darüber uneinig waren, beschlossen sie, mit den Jugendlichen und den Sozialarbeitern des MH zu reden. Die Sozialarbeiter des MH glaubten aufgrund ihrer Erfahrungen nicht, daß die Jugendlichen ihre Interessen gegenüber dem Träger kollektiv vertreten und eine Konfrontation mit ihm durchstehen könnten.

Die Genossen des AKSp befragten die 23 Jugendlichen, wie sie auf die Kündigung durch den EGD reagieren wollten. Einige hatten die Absicht, in Einzelzimmer zu ziehen, andere wollten auf Tramp gehen, wieder andere hatten vor, zusammenzubleiben und eventuell ein Kollektiv zu gründen. Ein Teil war unentschlossen und rechnete damit, auf irgendwelche Heime aufgeteilt zu werden.

Der AKSp unterstützte die Bestrebungen der Jugendlichen, gemeinsam ein Kollektiv zu gründen und bot ihnen seine praktische Hilfe an. Es entwickelten sich spontan neue Aktivitäten: Zuerst ging eine Gruppe Markushäusler geschlossen in eine interne Sitzung des EGD und forderte den Leiter, Pfarrer Seidel, auf, dafür zu sorgen,bis zum 1.4.73 ein Haus für das Kollektiv zur Verfügung zu stellen, da sie sonst das MH nicht verlassen würden. Sie ließen sich auf keine Diskussion ein, lehnten ab, sich zu setzen und wehrten die Spaltungsversuche des EGD ab ("Peter, ich muß dich gleich mal sprechen, u.ä."). Nachdem sie ihre Forderungen vorgetragen hatten, verliessen sie geschlossen den Raum.

Die Verwirrung auf Seiten des EGD stärkte die Jugendlichen in ihrer Solidarität und führte dazu, daß diejenigen, die zunächst hofften, die Heimsituation, wie sie im MH gegeben war, durch Unterbringung in Einzelzimmer hinter sich zu bringen, sich der Kollektivgruppe anschlossen. Zusätzliche Diskussionen über die Zukunft und Isolierung in Einzelzimmern bestärkte sie in ihrem Entschluß. In den Vollversammlungen, die jetzt fast jeden Tag stattfanden, wurde den Jugendlichen die Notwendigkeit klar, die Bevölkerung zu informieren, um auf den EGD Druck ausüben zu können. Wie nützlich die Verbreitung von Informationen über das MH im Stadtteil 'Siedlung Freiheit' sein könnte, hätten die Hausbesetzungen in Frankfurt, Berlin etc. bewiesen, wo ein Teil der Bevölkerung praktische Solidarität mit den Besetzenden gezeigt hatte. Die Nachbarn würden die Forderungen sicherlich unterstützen, da man von einem "christlichen" Träger wohl erwarten müsse, daß er seine gesellschaftlichen Aufgaben nicht derart unmenschlich

erfülle. Als eine Reporterin das MH besuchte, um sich zu informieren, wurden die Jugendlichen von den Sozialarbeitern des Hauses daran gehindert, mit ihr zu sprechen. Sie beklagten sich in den Vollversammlungen über das autoritäre Verhalten der Sozialarbeiter, die Akten vor ihnen verschlossen und das Telefon kontrollierten. Sie forderten, daß keine Aktivitäten, die ihre Situation beträfen, ohne sie stattfinden sollten. Die Genossen des AKSp waren der Meinung, daß die konsequente Unterstützung der Jugendlichen notwendig sei, da die Jugendlichen bereit wären, aktiv und solidarisch für ihre Interessen zu kämpfen. Sie begründeten den Jugendlichen, die sich gemeinsam gegen den EGD wehren wollten, ihre Unterstützung mit folgender Erklärung: 'Wir unterstützen euch nicht, weil wir euch so sympathisch finden, sondern weil euer Konflikt ein gesellschaftlicher ist. Viele Menschen in der BRD sind nicht in der Lage, ihre Mieten zu bezahlen oder leben ohne vernünftige Wohnung. Viele haben schon erkannt, daß sie, wenn sie sich nur auf Parteien und Gewerkschaftsführer verlassen, nichts erreichen und daß sie die Sache selbst in die Hand nehmen müssen. Wir sehen eure Aktivität politisch und unsere Unterstützung stellt einen Teil unserer sozialistischen Praxis dar.' Als die Polit-Gruppe Ton-Steine-Scherben in Düsseldorf auftrat, besuchten auch einige Markushäusler die Veranstaltung und tauschten mit der Gruppe die neuesten Informationen über aktuelle Kämpfe von Jugendlichen aus. Daraufhin kamen einige Leute des G.v.Rauchhauses nach Düsseldorf und lebten mehrere Tage im MH. Das Kollektiv betrachtete seinen Kampf nicht mehr isoliert und informierte sich über die Erfahrungen, die die Rauchhaus-Leute gesammelt hatten. Sie sammelten Zeitungsartikel über die Auseinandersetzungen um den Kettenhofweg in Frankfurt und diskutierten darüber. Außerdem schnitten sie die Artikel aus, die der EGD über sie in die Zeitung setzte und klebten sie an die Wand. Jeden Abend trafen sich die Jugendlichen in dem ehemaligen Sozialarbeiter-Teamraum, diskutierten anfallende Probleme und schrieben darüber selbst Protokolle: Der Presse sollten noch keine strategischen Informationen vermittelt werden. Fremde Leute sollten sich in Zukunft im Heim bei den Jugendlichen vorstellen. Sie organisierten einen besseren Informationsfluß untereinander, so daß diejenigen, die auch abends arbeiteten, am nächsten Morgen über die Beschlüsse der Gruppe informiert waren. Ständig wurden die schwierigen Probleme einer etwaigen Hausbesetzung diskutiert: Was geschieht, wenn der Strom gesperrt wird, kein Tropfen Wasser mehr fließt, kein Heizoel mehr im Tank ist? - Wo bekommen wir Hilfe... in Jugendclubs, Heimen, Sozialarbeiterschulen?
Die Auseinandersetzung mit dem Träger des Hauses war durch die Aktivität der Jugendlichen bestimmt, die immer wieder nach Gründen der Schließung und nach den Bemühungen um ein neues Haus fragten. Sie legten die Termine für die Gespräche mit dem Träger fest, damit diesem keine Möglichkeit gegeben wurde, die Jugendlichen zu spalten, und die Gruppe vollzählig anwesend sein konnte. Sie stellten die Tagesordnung auf und überlegten sich vorher die Diskussionsführung.Sie verhandelten nur im MH, da "sie ja schließlich keine Autos hätten, mit denen sie durch die Gegend fahren könnten". Einige Male geschah es, daß die Sozialarbeiter des EGD, die Jugendliche als ihre Mündel betreuten, den Kollektivmitgliedern in vertraulichen Gesprächen das Leben im Kollektiv ausreden und ihnen "schöne Zimmer" anbieten wollten. In den Vollversammlungen wurden diese Sozialarbeiter dann vor dem Plenum hart angegriffen.

In der ersten Besprechung machten die Jugendlichen dem Träger klar, was sie unter Selbstorganisation des Kollektivs verstehen:

1. Selbstorganisation stellt einen Prozeß dar. Das Leben im Kollektiv muß gelernt werden. Voraussetzung dafür ist die Legalisierung aller Fürsorgezöglinge durch den EGD.
2. Das Kollektiv wird kein Rentnerkollektiv. Alle gehen arbeiten, in die Lehre oder zur Schule. Jeder trägt zum Unterhalt des Kollektivs bei.
3. Es gibt keine Kontrolle, Disziplinierung oder Reglementierung durch irgendwelche Sozialarbeiter. Keine Behörde darf sich in die internen Angelegenheiten des Kollektivs einmischen. Das Hausrecht hat das Kollektiv. Es werden keine Diskussionen über pädagogische Fragen im hergebrachten Sinn geduldet. Bei nicht zu lösenden Problemen werden Sozialarbeiter aufgesucht und ihrer Leistung entsprechend bezahlt.
4. Das Instandhalten des Hauses, die Organisierung von Essen, Wäsche und Finanzen werden selbst geleistet.

Die Jugendlichen forderten, daß wesentliche Momente dieser Aufzählung zwischen ihnen und dem EGD vertraglich geregelt werden müßten. Der EGD legte den ersten Vertragsentwurf vor, zu dem die Jugendlichen sofort einen Gegenentwurf erarbeiteten. Der EGD war nicht bereit, der Forderung nach einem zwanzig Leute starken Kollektiv mit männlichen und weiblichen Jugendlichen zuzustimmen. Er sagte, ihm seien die rechtlichen Bestimmungen bezüglich der Aufsichtspflicht und des Aufenthaltsbestimmungsrechts unklar. Die Jugendlichen aber meinten, daß ein Mitglieder starkes Kollektiv deshalb wichtig sei, weil nur so den Spaltungsversuchen und eventuellen Repressalien seitens des EGD effektiv entgegengetreten werden könne. Die Genossen des AKSp betonten immer wieder, daß der Landschaftsverband Rheinland der Konzeption dieser Wohngemeinschaft niemals zustimmen würde, es sei denn, die Kampfkraft des Kollektivs und die Solidarität der Bevölkerung wäre stark genug, die Erfüllung dieser Forderungen zu erzwingen. Der EGD konnte sich nun nicht mehr zurückziehen. Die Oberlinhausaffäre noch in den Knochen, stimmte er verbal allen Forderungen der Jugendlichen zu und versuchte, sie durch Hinhaltetaktik zu vertrösten.
Der AKSp forderte den EGD und auch das Jugendamt Düsseldorf zu einer schriftlichen Stellungnahme auf. Doch erst nach zwei Wochen erklärten sie sich lediglich zu Gesprächen bereit. In dieser Zeit versuchte der EGD permanent mit allen Mitteln die Selbstorganisierung der Jugendlichen zu verhindern. Er sagte zum Beispiel seine finanzielle Unterstützung nur für den Fall zu, wenn die Jugendlichen von ihrer Forderung nach einem zwanzig Leute starken Kollektiv Abstand nehmen und der Bildung zweier kleinerer Wohngemeinschaften zustimmen würden. Aufgrund der Hinhaltetaktik und des Drucks der Illegalität beschlossen die Jugendlichen weitere Möglichkeiten zur Publizierung ihres Kampfes auszunutzen und nahmen Kontakt zu Mitarbeitern der Fernsehsendung "direkt" auf, die sie schon von früher kannten. Die Leute von "direkt" hatten schon früher mit der Theatergruppe, die jetzt den harten Kern des Kollektivs bildete, Kontakt gehabt. Vor einem halben Jahr hatten sie ein Stück über Lehrlingsprobleme in Sozialarbeiterschulen und Jugendclubs aufgeführt. Jetzt beschlossen die Jugendlichen, einen Film über ihren Kampf um das MH zu drehen, nachdem sie vorher lange diskutiert hatten, ob dieser zusätzliche Kräfte- und Zeitaufwand sie nicht zu sehr belasten würde. Sie wurden sich jedoch klar darüber, daß eine

solche Publizierung ihres Kampfes sehr nützlich sein könnte.
Der Jugendamtsleiter des Jugendamtes Duisburg sagte einem Jugendlichen des Kollektivs vor der Kamara Hilfe und Legalisierung zu. In der darauffolgenden Woche wurde dieser Jugendliche wieder zum Jugendamt nach Duisburg bestellt. Als er dort ankam, wurde ihm mitgeteilt, daß er sofort in ein anderes Heim gesteckt werden würde. Er bestand darauf, sich zuerst mit dem Kollektiv in Verbindung zu setzen, konnte jedoch nur kurz mitteilen, daß sie ihn festhielten, da sie ihm das Gespräch mit Gewalt unterbrachen. Die Jugendlichen des MH organisierten sofort drei Autos, fuhren nach Duisburg und holten ihn in das MH zurück. Die Kollektivmitglieder starteten von nun an keine Einzelaktionen mehr, sei es die Vermittlung von Informationen an Presse und Sozialarbeiterschulen oder Gänge zu den Jugendämtern.

Nachdem der EGD das Telefon sperren ließ, weil die Jugendlichen das Büro "erobert" hatten und sich am Telefon mit "Markushaus-Kollektiv" meldeten, intensivierte das Kollektiv die Öffentlichkeitsarbeit. Die Jugendlichen führten eine Pressekonferenz durch und fertigten Flugblätter an. Sie besuchten Sozialarbeiter und andere Fürsorgeheime und forderten, das MH solidarisch durch direkte Hilfe zu unterstützen. Im MH selbst wurden die letzten verschlossenen Räume aufgebrochen und die Wasch- und Kochküche besetzt. Dem letzten im Haus noch verweilenden Sozialarbeiter überreichten die Jugendlichen symbolisch die schriftliche Kündigung.
Durch die intensive Öffentlichkeitsarbeit solidarisierten sich Mädchen und Jungen ans anderen Heimen und besuchten das Kollektiv. Um für den Kündigungstermin, an dem eine große "Besetzungsfete" stattfinden sollte, eine Dokumentation über den bisherigen Verlauf der Aktionen verteilen zu können, arbeiteten die Jugendlichen eine ganze Nacht hindurch. Auf dem Dach hißten die Jugendlichen rote Fahnen, die die Einheit des Kollektivs und Solidarität mit anderen besetzten Häusern ausdrücken sollten.

Am 1. April fand die große Besetzungsfete statt, die von dreihundert Leuten besucht wurde. Das Fernsehen filmte, Musikgruppen spielten kostenlos,und die Jugendlichen diskutierten und informierten. Solidaritätserklärungen, die aus anderen Städten eintrafen, wurden ausgestellt, die Wände mit Parolen beschrieben und mit Photos und Zeitungsausschnitten beklebt. Überall standen mit roter Farbe gemalte Sprüche am Haus: Mut und Solidarität, damit es uns besser geht! - Kampf - Auf den Mülltonnen stand: In die Mülltonnen mit dem EGD!

Das Gefühl der Solidarität schlug sich im gemeinschaftlichen Leben nieder. Das Leben im Haus wurde jeden Tag reflektiert. Auf einer Wandzeitung standen die anfallenden Probleme des Tages. Abends waren sie Grundlage für die Vollversammlung.Der Hausputz und der Küchendienst wurden gemeinsam organisiert. Darauf legten sie besonderen Wert, damit das Gesundheitsamt oder andere Institutionen keine Vorwände finden sollten, das Kollektiv zerstören zu können. Die Jugendlichen zogen in den Trakt um, in dem früher die Sozialarbeiter gewohnt hatten. Alte, unbrauchbare Schränke und Gerümpel wurden verbrannt. Sie gestalteten alles nach ihrem Geschmack, stellten Blumen in den Tagesraum und schafften in ihren Zimmern eine gemütlichere Atmosphäre. Dieser Trakt mit seinen kleinen Räumen erinnerte sie nicht so sehr an

das alte Heimleben und den Bau mit seinen langen Gängen, die wie Gefängnisflure aussahen.
Der massive Druck der Jugendlichen, ihre Verhandlungspraxis und vor allen Dingen die errungene Solidarität bewegte den EGD zu einer neuen Taktik. Mit Hilfe des Jugendamtes wollte er die Jugendlichen zu Kompromissen bewegen. Der letzte Versuch, mit Hilfe des Jugendamtes die Selbstorganisierung der Jugendlichen zu verhindern, scheiterte jedoch an der Entschlossenheit und Beharrlichkeit des Kollektivs: Das Jugendamt und der EGD, die sich zu einer Sitzung im MH um ca. 20 Minuten verfrüht hatten, mußten vor dem Haus warten. Als der Leiter des Jugendamtes Körner (SPD) mit einem Tonband das Gespräch aufzeichnen wollte, wurde das Gerät von den Jugendlichen kontrolliert und durfte nur bei Reden von Mitgliedern des Jugendamtes und EGD eingeschaltet werden. Unverrichteter Dinge mußten der EGD und das Jugendamt wieder abziehen. Als "christlicher" Träger konnte der EGD die Jugendlichen jedoch nicht einfach mit Gewalt aus dem Hause holen lassen. Er hoffte jetzt, das Kollektiv würde innerhalb kurzer Zeit auseinanderfallen, tauchte deshalb nicht mehr auf und überließ das Haus erst einmal den Jugendlichen. Er schrieb Rundbriefe an Eltern und Jugendämter, in denen er sich jeglicher Verantwortung für das MH entziehen wollte. Den Jugendlichen wurde klar, daß nicht nur der EGD, sondern auch die Jugendämter schon den Versuch ihrer Selbstorganisation zerstören wollten.



Sie standen nun vor einer doppelten Aufgabe: Einmal mußten sie sich vor Eingriffen des Jugendamtes schützen, welches versuchte, vereinzelt Jugendliche aus dem Kollektiv zu holen. Andererseits war es von großer Notwendigkeit, das Kollektiv nach innen zu stabilisieren.
Die Mitarbeit der Genossen des AKSp bekam einen neuen Schwerpunkt. Die Jugendlichen hatten ihre unmittelbaren Autoritäten abgeschafft: Sozialarbeiter, Küchenpersonal, Hausmeister und vor allem den Träger. Bisher wurden sie mit Essen, Wohnung und Taschengeld versorgt. Nun waren sie gezwungen, selber dafür zu sorgen und sich Arbeit zu suchen.

Heute stellt sich dieses Problem neu für sie dar. Ihre grundlegende Situation,Lohnarbeiter im Kapitalismus zu sein, hat sich nicht verändert. Die Auswirkungen der kapitalistischen Widersprüche haben sie in ihrem kleinen Lebensbereich erfahren. Nun stellt sich ihnen die Aufgabe, Einsicht in die Totalität der Gesamtgesellschaft zu gewinnen, um dann entsprechend über den bisherigen Rahmen handeln zu können.

Bürgerinitiativen, selbstverwaltete Jugendzentren und andere Hausbesetzungen sind Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem System. Sie wehren sich gegen das faule Kompromißlertum der Gewerkschaftsbürokratie und der Sozialdemokratie. Die Arbeiterklasse beginnt, in sie das Vertrauen zu verlieren und entwickelt immer mehr Initiativen und kämpft für seine Interessen und Bedürfnisse.
Die linken Organisationen, die sich ihnen heute von außen anbieten, mit Führungsansprüchen auftreten und deren politische Inhalte für sie nicht nachvollziehbar sind, werden dann abgelehnt, wenn sie sie für ihre organisationsspezifischen Interessen kadern wollen.

Alle bisherigen Versuche, das Kollektiv zu zerschlagen, hatten bis heute keinen Erfolg. Deshalb wurde der EGD gezwungen, die Verhandlungen um einen Nutzungsvertrag mit den Jugendlichen wieder aufzunehmen. Die Sicherung des kollektiven Lebens und die Aufhebung der Illegalität durch einen Vertrag gibt den Jugendlichen einen besseren Ausgangspunkt, langfristige Perspektiven zu entwickeln, damit die tatsächlichen Ursachen UNSERER Misere von ihnen weiter aufgedeckt und weiteres Handeln möglich wird.

KKS Bielefeld
Das Lehrstück Brackwede oder: Die objektiven Grenzen der 'fortschrittlichen' Jugendamtspolitik im Recht

Es geht in dem folgenden Bericht nicht darum,, die Aktivitäten und Ereignisse, die sich im und um das Arbeiterjugendzentrum Brackwede (AJZ) abgespielt haben, minutiös wiederzugeben. (1) Vielmehr kommt es uns bei diesem ersten Versuch, die Ereignisse interpretierend darzustellen, darauf an, das Niederschlagen dieses Ansatzes der Selbstorganisation von Jugendlichen durch Sozialbürokratie und Polizei als "systembedingte Zwangsläufigkeiten" erkennbar zu machen, die sich aus der spezifischen Stellung des Jugendamtes innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft und der im engeren Sinne handlungskonstituierenden Grundlagen des Jugendamtes, insbesondere dem Recht, notwendig ergeben. Daß sich bei diesem ersten Versuch, den es weiter zu entwickeln gilt, notwendig Brüche und Verkürzungen feststellen lassen werden, liegt darin begründet, daß wir erst beginnen, uns mit diesem Thema zu befassen.

I. Vom Jugendheim zum Arbeiterjugendzentrum (AJZ)

"Sechs Tage lang gab es in Brackwede ein Arbeiterjugendzentrum. Ein Haus der offenen Tür wurde besetzt und von den Jugendlichen selbst verwaltet. In diesen 6 Tagen wurden Jugendliche, die das Haus besetzten, zu Kriminellen abgestempelt. In diesen 6 Tagen wurde ein progressives Jugendamt von diesen Jugendlichen zum Handlanger des Kapitalismus abgestempelt.... In diesen 6 Tagen wuchs unter den Jugendlichen Solidarität: Solidarität zwischen Arbeiterjugendlichen und Studenten, zwischen Schülern und Lehrlingen." blätter, nr. 270 (Zeitschrift des bielefelder jugendkulturringes)

Das Jugendheim Brackwede wurde im Juli 1972 als städtische HOT eröffnet. Als Heimleiter fungierte ein Sozialarbeiter (Rietschel), der zu den Jusos gehört und der anfänglich die Anstrengungen der "nebenamtlichen" Mitarbeiter (Schüler, Studenten), ein Arbeiterjugendzentrum zu errichten, unterstützte. Die Jugendliche, die ins HOT kamen, stammten zum überwiegenden Teil aus den untersten Schichten der Arbeiterklasse; viele von ihnen kommen aus kaputten Familien, haben "Erfahrung" mit Fürsorgeheimen, sind "ankriminalisiert", ein Teil arbeitet nicht regelmäßig - kurz: im bürgerlichen Jargon ist ein Teil dieser Jugendlichen eine Rockerbande, obwohl dies nicht zutrifft. Tatsache ist vielmehr, daß der Großteil dieser Jugendlichen aufgrund ihrer restriktiven Sozialisationsbedingungen keine oder nur eine ungenügende Qualifikation ihrer Ware Arbeitskraft erhalten haben und deshalb kaum eine Chance besitzen, eine langfristige Arbeit, die einigermaßen bezahlt wird, zu erhalten und die - aus eben diesen Gründen - unter einem hohen 'Kriminalitätsdruck' stehen.

Auf diesem Hintergrund sind die folgenden Daten über die chronologische Entwicklung des Konflikts mit dem Jugendamt, die wir aus einer Darstellung der ehemaligen Mitarbeitergruppe übernehmen, zu lesen. Wir haben diese Darstellung bewußt unverändert gelassen, um dem Leser die Möglichkeit zu geben, die Entwicklung der Aktivitäten und des Bewußtseinsstandes sowohl der Mitarbeiter als auch der beteiligten Jugendlichen anhand der zusammengetragenen Stichworte nachzuvollziehen. An diese Schilderung schließt sich die Plattform des Aktionskomitees "Kampf für ein Arbeiterjugendzentrum" an.

Chronologischer Ablauf der Entwicklung vom Jugendheim zum Arbeiterjugendzentrum

1. Phase Juli-Dez. 72
Rietschel nur 1/3-Stelle im Jugendheim, Mitarbeiterkreis aus ca. 15 Schülern, 3 FHS u. 4 PH od. Unistudenten.
Weitgehend unpolitische, hauptsächlich technisch-organisatorische Aufgaben, große Fluktuation.
Entwicklung des Organisationsmodells: Kinder-, Jugend-, Hobbygruppe und Mitarbeiterschulung.
Kindergruppe: Ansatz zur Sexualarbeit: 'Kußgruppe' großer Anklang, ständig 20-30 Leute.
Jugendgruppe: ca. 10 - 15 Leute, "Schülerschule" gelesen, per Diskussion Auflistung von Problemstellungen; schnelles Abbröckeln des Interesses, weil zu theoretisch.
Hobbygruppe: Gitarrengruppe, Bastelgruppe, Tanzgruppe, dauernd Diskothek.
Mitarbeiterschulung: ungefähr seit Oktober war allen Mitarbeitern klar, daß gesellschaftliche Bestimmung der Arbeit notwendig. Immer noch keine Zusammenarbeit mit den Heimbesuchern.
Wahl eines Leitungsteams zur Koordinierung der Arbeit, zur Anleitung der Mitarbeiter und zur Regelung von Personalfragen.
Versuch der Umsetzung von Theorie und Praxis. Theoretische Schulung (pol.-Ök.-Schulung, Stalin) jedesmal gescheitert, weil zu schwierig (auch drei Jungarbeiter arbeiteten im Mitarbeiterkreis mit) und zu wenig praxisbezogen.
Anfang Dez. 72
Erste Gespräche über die Selbstverwaltung der Mitarbeiter. Grund: drohende Schließung des Heimes, da durch kommende Neuordnung des Bielefelder Raumes der Heimleiter Rietschel abgezogen werden und Ersatz so schnell keineswegs vorhanden sein würde.
Mitte Dez. 72 Vlotho-Seminar
Absprachen mit Rietschel, Schmidt und Kleist.
Hauptdiskussionspunkte: Finanzierungsmöglichkeiten, Gewährleistung des organisatorischen Ablaufs, Verantwortungsfrage.
Ergebnis: Rietschel fungiert weiter als Heimleiter, ist aber praktisch im Jugendamt.
ca. 20.12.72
Erstellung der Konzeption (Legitimationspapier) Eher ein konservatives, denn ein fortschrittliches Papier. Jugendamt stimmt der Konzeption und der darin vertretenen Selbstorganisation der Mitarbeiter zu.
20.12.72 - 4.1.73
Interne Weiterführung des Konzepts, abgesprochen auch mit Rietschel, Schmidt (einmal auch mit Sandmann) in der Stadtbrücke.
Ziel: Selbstorganisation der Mitarbeiter und der Jugendlichen durch Einrichtung eines Arbeiterjugendzentrums, gegliedert in Jungarbeiter-, Lehrlings- und Schülerzentrum sowie Kinderarbeitsgruppen.
Einzelgruppen wählen Delegierte in a) Organisationsausschuß b) Leitungsausschuß.
Jegliche Entscheidungsbefugnis nur bei der Hausversammlung.
5.-7.1.73 Neuland Bildungsstätte bei Bielefeld
Verabschiedung dieses Konzepts in einem Vorbereitungsseminar unter Teilnahme aller Mitarbeiter (Initiatoren) sowie Rietschel und Schmidt.

Darüber hinaus Bezahlung der Mitarbeiter abgeschafft. (JA zunehmend skeptisch)

8.1.73 Eröffnung des Heims (als Arbeiterjugendzentrum)

Jugendamt und reaktionärer Teil des Mitarbeiterkreises legen von Anfang an Steine in den Weg: Finanzierung funktionierte nicht, Intrigen gegen uns bei Praktikanten.

Hauptinhalt der praktischen Arbeit: Einzelfallhilfe (Fürsorge, Eltern, Arbeit, Krankenhaus etc.)

Keine Disziplinierung: nachts schlafen zunehmend mehr und mehr Jugendliche im Heim, vornehmlich solche, die sonst nirgend hin können.

Chaotische Phase: Saufen, Schlägereien, Demolierungen -

Jedoch: Ansatzweises Erkennen der Unmöglichkeit dieser Phase. Selbsthilfe der Besucher: z.B. Kassenorganisation, Aufräumen etc.

Suche nach Diskussionen über Betrieb und Elternhaus.

Interesse für studentische Funktion im HOT etc.

Gerade in dieser vielversprechenden Phase Häufung von Anzeigen und Beschwerden beim JA, die jedoch sich nicht unterscheiden von Konflikten in anderen Bielefelder Jugendheimen z.B. Matthäus, Ummeln, Niedermühlenkamp.

Trotzdem willkommener Anlaß für JA zum Eingreifen. Angeblich will man mit uns verhandeln, wir bekommen jedoch die Information, daß die Verhandlung in der Ankündigung der Wiedereinsetzung eines hauptamtlichen Jugendheimleiters bestehen werde.

Daraufhin entwerfen wir am Abend vor dieser Verhandlung ein Flugblatt, das die Forderung, die wir gesprächsweise von den Jugendlichen erfuhren, artikulierte.

Mit 20 Leuten wurde das Flugblatt diskutiert, die Jugendlichen stellten sich voll dahinter.

Vollversammlung

Bei der Vollversammlung am nächsten Tag waren ca. 30 Jugendliche, die Mitarbeiter Schmidt und Rietschel anwesend.

Nach kurzer Zeit kam das Gespräch - von den Jugendlichen selbst initiiert - auf ihre praktischen Erfahrungen mit dem JA (Fürsorge, FE-Heime)

Die Darstellung ihrer Erfahrungen ging nicht ohne Emotionen ab, und als die Vertreter des JA das Wort ergreifen wollten, wurden sie und ihre Äußerungen ('man muß ja auch bestimmte Spielregeln beachten') spontan mit dem väterlich-fürsorgerischen Verhalten der FE identifiziert.

Da die Jugendlichen hier erstmals die Gelegenheit hatten, vor JA-Vertretern ohne Angst vor Sanktionen ihren Emotionen freien Lauf zu lassen, ließen sie die JA-Vertreter gar nicht mehr zu Wort kommen.

Wir bezogen eindeutig die Position der Jugendlichen. Dieses Verhalten wird uns heute noch vom JA als manipulativ, aufwieglerisch vorgehalten. Aber: Niemand kann die Jugendlichen besser agitieren, als ihre Erfahrungen mit der Fürsorge!!!

2 Tage später

Erneute Gespräche, diesmal mit Schulz u. anderen Vertretern des JA, Jugendliche durften kaum teilnehmen.

Das JA legte ein Disziplinierungspapier vor, setzt Heimleiter Rietschel wieder ins Haus, - wir sind ohnmächtig.

In allen Gesprächen keine inhaltliche Gegenkonzeption, nur: so nicht!

12.2.73 Heimschließung

Im Mitarbeiterkreis Besetzung diskutiert, keine Chance

Resignation bezüglich dieser Arbeit
Dokumentation, theoretische Analyse, Pol.Ök.-Schulung.
Pause bis 20.2. kaum, nur sporadische Kontakte zu den Jugendlichen
19.2.73
Neue Westfälische (NW) - SPD-nahe Bielefelder Zeitung:
Protest der Jungen Union wegen Schließung
20.2.73
NW: Gegendarstellung des JA
20.2.73
NW: SPD-Geschäftsführer Hunger wirft der Jungen Union "Aufbereitung zum Wahlkampfthema" vor.
24.2.73
NW: Wir waren über die miesen Darstellungen anfangs nur sauer. Reagieren nun spontaneistisch mit Gegendarstellung ohne Zielperspektive, es sei denn Information.
28.2.73
NW: JA reagiert in infamster Weise: Manipulationsvorwurf.
13.3.73
NW: Wir reagieren erneut in der Zeitung. Fordern öffentliche Diskussion mit JA im HOT. Diskussion wird abgelehnt (wegen Wahlkampf).Wir bekommen keinen Raum im HOT.
20.3.73
Wir sehen es inzwischen als unerläßlich an, über den richtigen Sachverhalt zu informieren.
Besorgen für 23.3. (Freitag) einen Raum in der Gaststätte 'Tanneneck'.
Entwerfen erstes Flugblatt: Jugendheim-Report.
21.3.73
Wir verteilen das Flugblatt (noch allein) vor Brackweder Betrieben und Schulen und verschicken es gezielt an Jugendvertreter.
21.u.23.3.73
Wir verteilen in Brackwede/Treppenstraße und Bielefeld/Bahnhofstraße.
Die Veranstaltung am nächsten Tag ist immer noch ohne explizite Zielperspektive (es sei denn Information)
kurz andiskutierte Perspektive: wir können Gruppen bilden
23.3.73 Tanneneck
Verlauf der Veranstaltung:
- Lage der Arbeiterjugendlichen
- Konzept und Praxis des AJZ
- Theoretische Einschätzung aus der Praxis heraus zur Funktion bürgerlicher Sozialarbeit
- Arbeiterfeindliche Politik des SPD-Jugendamtes
ca. 70 Teilnehmer
Diskussion: spontane Forderung: Wiedereinrichtung des AJZ, möglicherweise Besetzung
Bildung des Aktionskomitees "Kampf für ein Arbeiterjugendzentrum"
Ende März/Anfang April
Das Aktionskomitee "Kampf für ein Arbeiterjugendzentrum", das zur Hälfte aus Mitgliedern verschied. nicht-revisionistischer Organisationen Bielefelds und zur anderen Hälfte aus unorganisierten Jugendlichen (z.T. ehemalige HOT-Besucher) bestand, erarbeitete sich eine "Plattform", die dazu dienen sollte, die Einschätzungen und Kampfformen und -ziele der Beteiligten zu vereinheitlichen und für weitere Organisationen als Grundlage der möglichen Mitarbeit gelten sollte.

Plattform des Aktionskomitees "Kampf für ein Arbeiterjugendzentrum"

Das SPD-Jugendamt Bielefeld hat Ende Januar dieses Jahres den Versuch abgewürgt, im Jugendheim Brackwede ein Arbeiterjugendzentrum zu errichten. Das Arbeiterjugendzentrum Brackwede sollte von Jungarbeitern, Lehrlingen, Schülern und anderen fortschrittlichen Menschen selbst aufgebaut und geleitet werden. Im Arbeiterjugendzentrum sollte der Kampf aufgenommen werden gegen die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der werktätigen und schulpflichtigen Jugend:

Die Arbeiterjugend ist ein besonders rechtloser und ausgebeuteter Teil der Arbeiterklasse; sie soll durch eine Vielfalt von Gesetzen vom Betriebsverfassungsgesetz bis zum Jugendschutzgesetz gefesselt werden. Ihre Arbeitskraft wird ständig über das erlaubte Maß eingesetzt und mit einem Lohn bezahlt, der unter dem Existenzminimum liegt. Die Eltern der Jugendlichen sind die Leidtragenden dieser Ausbeutung: sie müssen die Ausbildung der Jugendlichen tragen, da ihre Kinder nicht einmal das Nötigste zum Leben bezahlen können. Die Familie , die die Kapitalisten mit großen Worten verteidigen, ist von ihnen längst ihrer wirtschaftlichen Basis beraubt worden. Die meisten Arbeiterfrauen müssen arbeiten, um der Familie mit den Unterhalt zu sichern.

Das Resultat: Fast ein Viertel aller Hauptschulabgänger sieht sich außerstande, eine Lehre zu beginnen, vor allem deshalb, weil die Eltern die Ausbildung nicht bezahlen können. Die Ausbildung in Handwerk und Industrie wird ständig rationalisiert und verschlechtert. Ein erheblicher Teil der im Handwerk eingesetzten Auszubildenden muß sofort nach der Lehre den Beruf wechseln, weil das Handwerk die Jugendlichen als billige Arbeitskräfte einsetzt und ständig mehr Lehrlinge einstellt, als nach der Lehre im Beruf eingesetzt werden können.
Die Zahl derjenigen, die in der Industrie eine Ausbildung erhalten, wird ständig eingeschränkt. Die Zahl der Un- und Angelernten nimmt ständig zu.

Große Teile der Arbeiterjugend werden in Fürsorge- und Erziehungsheime gesteckt, um sie für die kapitalistische Produktion gefügig zu machen. Die Sozialbürokratie versucht ständig in der bürgerlichen Jugendpflege, der Arbeiterjugend eine Interessenharmonie zwischen der Arbeiterschaft und den Kapitalisten zu verkaufen und so ihre Lage zu verschleiern.

Arbeiterjugendzentrum kontra Unterdrückung und Diziplinierung der Arbeiterjugend in der kapitalistischen Produktion!
Existenzlohn für Lehrlinge 600 DM!
Streikrecht für Lehrlinge!
Arbeiterjugendzentrum kontra Unterdrückung und Disziplinierung der Arbeiterjugend in städtischen Jugendheimen, Erziehungsanstalten und Jugendstrafanstalten!

Im Arbeiterjugendzentrum soll eingerichtet werden:
- ein Lehrlings- und Jungarbeiterzentrum mit Diskussions- und Aktionsgruppen für Groß- und Handwerksbetriebe, in denen man sich mit anderen Lehrlingen und Jungarbeitern über die betrieblichen Mißstände klar-

werden und etwas dagegen unternehmen kann.
- eine Filmgruppe, in der Lehrlinge, Jungarbeiter und Schüler gemeinsam einen Film über ihre Situation drehen können,
- eine Zeitungsgruppe, die eine Arbeiterjugendzeitung herausgibt
- ein Wohnkollektiv für Lehrlinge und Jungarbeiter, die aus ihren miesen Wohnlöchern herauskommen wollen,
- die tatsächliche Selbstorganisation der Jugendlichen im Arbeiterjugendzentrum Brackwede.

Mit der Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen seit 1967/68 rüstete die BRD sich verstärkt, um die "innere Sicherheit" zu erhalten, das heißt, um aufbrechende Klassenkämpfe niederzuschlagen. Zu diesem Zweck wurden die Notstandsgesetze verabschiedet, der Bundesgrenzschutz zur Bürgerkriegsarmee ausgebaut und weitere Schritte unternommen bis hin zur Planung eines Berufsheeres. Mit dem Wehrkundeerlaß soll der Militarismus in den Schulen verankert werden, in der Bundeswehr, in der die Kollegen in Uniform einen geringen Lohn bezahlt bekommen, soll jede fortschrittliche Bewegung durch Disziplinarstrafen im Keime erstickt werden.

Erhöhung des Solds auf die Höhe eines Facharbeiterlohnes!
Kampf dem Maulkorberlass
Arbeiterjugendzentrum kontra militärische Verhetzung in Schulen, Hochschulen, Presse, Rundfunk und Fernsehen!

Die Bedürfnisse der arbeitenden Jugend nach Tanz, Musik und Spielen werden von den Kapitalisten für ihre Profitmacherei ausgenutzt. Die sexuellen Wünsche der Jugendlichen werden durch eine ganze Industrie von Scheinangeboten und Programmen bürgerlichen Konkurrenzdenkens verzerrt.

Arbeiterjugendzentrum kontra Verdummung der Arbeiterjugend durch die Verdummungs- und Unterhaltungsindustrie!

Im Arbeiterjugendzentrum sollen viele Musik- und Tanzveranstaltungen, die dem Interesse der Jugendlichen entsprechend, stattfinden.
Die bürgerliche Klassenschule gewährt der Arbeiterjugend nur eine äußerst schlechte Ausbildung. Vollgestopft mit der bürgerlichen Ideologie sollen sie zu gefügigen Arbeitern gemacht werden. Überfüllte Klassen, großer Lehrermangel, nicht genügend Lehrmittel, dies erwartet die Arbeiterjugend hinter den Schultüren. Die reaktionäre Schulbürokratie versucht den Kampf vieler Schüler durch politische Disziplinierung und den Abbau demokratischer Rechte zu untergraben. Dazu kommt ein umfangreiches System der Spaltung und Auslese in Schulzweige und Leistungsklassen.

Arbeiterjugendzentrum kontra Verdummung und Disziplinierung der Arbeiterjugend in der kapitalistischen Klassenschule!

Die Bielefelder SPD-Sozialbürokratie hat versucht, die Einrichtung eines selbstorganisierten Arbeiterjugendzentrums im Brackweder Jugendheim zu verhindern. Anschließend wurde das Heim geschlossen, weil die Arbeiterjugendlichen sich weigerten, einen konventionellen Heimbetrieb zu akzeptieren.

Kämpfen wir für die Durchsetzung des Arbeiterjugendzentrums Brackwede!

Prinzipien der Arbeit der Organisationen im Aktionskomitee "Kampf für ein Arbeiterjugendzentrum"

1. Das Aktionskomitee "Kampf für ein Arbeiterjugendzentrum" hat die Aufgabe, geeignete Maßnahmen zur Durchsetzung des Arbeiterjugendzentrums zu ergreifen und bei der Errichtung des Arbeiterjugendzentrums initiierend zu wirken.
2. Die Planung und Durchführung von Veranstaltungen und Veröffentlichungen in der Phase des Kampfes für ein Arbeiterjugendzentrum ist Sache des Aktionskomitees und sie müssen auf den Sitzungen des Aktionskomitees beschlossen werden.
3. Die im Komitee beteiligten Organisationen treten in allen Veranstaltungen und Veröffentlichungen des Komitees nur unter dem Namen des Komitees auf. Die Propaganda für eine bestimmte Organisation soll unterlassen werden.
4. Veranstaltungen und Veröffentlichungen der beteiligten Organisationen, die im Zusammenhang mit dem Kampf des Arbeiterjugendzentrums stehen, müssen im Aktionskomitee besprochen werden.
5. Keine der im Komitee arbeitenden Organisationen kann gegenüber den anderen einen berechtigten Führungsanspruch ableiten.

Für freie politische Betätigung in Schule und Betrieb!
Kampf der politischen Disziplinierung!

Nachdem das Jugendamt sich ständig weigerte, in eine öffentliche Diskussion mit dem Aktionskomitee "Kampf für ein Arbeiterjugendzentrum" einzutreten, kam es neben mehr oder weniger informellen Kontakten und einer Auseinandersetzung in der örtlichen Presse über den Charakter von Jugendarbeit zu keiner Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, das lediglich erklärte, die Konzeption des AJZ sei unannehmbar...
So kam es - nach einer Solidaritätsfete am Karsamstag, zu der ca. 250 - 300 Jugendliche aus Bielefeld und Brackwede kamen - zu einer Besetzung des Jugendheims Brackwede. Die Jugendlichen hatten erkannt, daß sie sich nehmen müssen, was sie brauchen... . Sechs Tage konnte das AJZ gehalten werden, dann wurde es von mehreren Hundertschaften der Polizei unter Bereitstellung von Wasserwerfern und Einsatz von Hundestaffeln brutal geräumt, obwohl das AJZ vorher für die Öffentlichkeit geöffnet wurde. (2) Dazu aus einem Leserbrief v. 4.5. in der NW:

"Die Polizei schleppt die Jugend mit Gewalt aus dem Haus der Jugend: das ist der Tatbestand, und der beunruhigt Sie wie mich, denn wir wollen in einem Rechtsstaat und nicht in einem Polizeistaat leben. Nun heißt es: Eigentum - aber meine Kinder wollen verdammt nicht einsehen, daß das Haus der Jugend nicht der Jugend gehören soll - und ich kann und will ihnen nicht das Gegenteil klar machen. Wenn aber die Jugend durch die Polizei aus ihrem eigenen Haus geworfen wird, ist etwas schief gelaufen. Wir sollten uns fragen: was?
Sprechen Sie einmal mit Arbeiterkindern und fragen Sie sie, ob sie sich

in den üblichen JH wohlfühlen oder nicht und weshalb nicht. Der Kundige weiß, daß die Arbeiterjugend in normalen Jugendheimen mehr oder weniger an die Wand gedrückt wird." Helmut Ostermeyer, Jugendrichter

II. Die Aktivitäten des Jugendamtes

Um die Maßnahmen des Jugendamtes, die im folgenden näher untersucht werden sollen, überhaupt richtig einordnen zu können, erscheint es uns wichtig, sich bestimmter Grundsachverhalte, die die Handlungsvollzüge eines Jugendamtes primär bestimmen, zu vergegenwärtigen:

1. Das Jugendamt ist eine Institution des Staates (im weiteren Sinne) und dem Überbau zuzuordnen.

Marx begreift die Struktur jeder Gesellschaft durch die verschiedenen Ebenen und Instanzen konstituiert, die durch eine spezifische Determination einander zugeordnet sind: die ökonomische Basis (Einheit der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse) und der Überbau, "der selbst zwei Ebenen oder Instanzen umfasst: die juristisch-politische (Recht und Staat) und die Ideologie". (3) Die Begriffsbestimmung Basis - Überbau verweist darauf, daß die Instanzen des Überbaus nicht in letzter Instanz determinierend sind, sondern bestimmt sind durch die Wirksamkeit der Basis, "daß, wenn sie auf ihre Weise determinierend sind, sie es also als determiniert durch die Basis (sind)." (3) D.h. es gibt 1.) eine 'relative Autonomie' des Überbaus gegenüber der Basis, 2.) eine Rückwirkung des Überbaus auf die Basis und 3.) sind beide Prozesse bestimmt durch die Entwicklungsprozesse der ökonomischen Prozesse.

2. Das Jugendamt ist eine Erscheinungsweise der (Sozial-)Bürokratie und eingeordnet in eine umfassendere Bürokratie (Institutionen der Stadt, des Landes, des Bundes)

Max Weber hat bekanntlich die innere Struktur des staatlichen Gewaltapparates unter dem Modell einer bürokratischen Verwaltung subsumiert, die gleichermaßen Inbegriff formaler Rationalität wie gesellschaftlicher Herrschaft sei. Präzisiert wird diese Bestimmung der Bürokratie durch die als Grundkategorien "rationaler Herrschaft" definierten Prozesse, nämlich: kontinuierlicher regelgebundener Betrieb von Amtsgeschäften, Abgrenzung der Kompetenzen durch Arbeitsteilung, gestufte Befehlsgewalt und Gehorsamspflicht, Konzentration der Betriebsmittel in Händen einer nicht-bürokratischen Spitze bzw. Trennung der Betriebsmittel von den Beamten, Anstellung nach Qualifikation in besoldeter, hauptberuflicher Tätigkeit mit geregelter Laufbahn sowie schriftliche Fixierung der Verwaltungsvorgänge. (4) "Kennzeichnend und verbindend für die verschiedenen empirischen Kriterien, die Weber auswählte, ihr gemeinsames begriffliches Element, ist: die Ausübung von Kontrolle auf der Basis von Wissen, organisiert durch abstrakte Regeln und gerichtet auf maximale Effektivität." (5) Diese bürokratische Struktur mit den eben aufgezählten Merkmalen hat nun bestimmte Auswirkungen auf das konkrete Handeln der Individuen und - was uns

hier primär interessiert - die Zwecke der Institution: Wichtig ist, daß in der bürokratie-spezifischen formellen Gehorsamshierarchie eine Maßnahme nicht kraft ihres bestimmten und konkreten Inhalts, sondern kraft ihres formellen Charakters als Befehl befolgt wird, woraus - mit U.K. PREUSS - folgendes zu schließen ist: 'Wenn das System des Gehorsams gegenüber Befehlen die Form der wirksamsten Durchsetzung konkreter Zwecke ist - und wenn die Erfolgskontrolle in der Bürokratie lediglich darauf zielt, die Durchsetzung eines Befehls in der Hierarchie von oben nach unten festzustellen - so wird der konkrete Zweck, den ein Befehl verfolgt, lediglich zur konkreten Erscheinungsform eines allgemeinen Zweckes, der sich in der abstrakten Form des Befehls ausdrückt. Aber nur dadurch, daß jeder konkrete Zweck die Form eines Befehls annimmt und so an den zentralen bürokratischen Herrschaftsapparat rückgebunden ist, ist gewährleistet, daß die konkreten Zwecke sich nicht verselbständigen und konkreten Bedürfnissen antworten, sondern daß sie ausschließlich den in der zentralisierten politischen Gewalt erscheinenden allgemeinen Zweck erfüllen. ... Dieser ist nun nicht, wie allgemein angenommen wird, das Gemeinwohl, denn dies ist ein konkreter Zweck, zielend auf einen konkreten Zustand, der je nach Situation und Interpretation zwar ganz verschieden aussehen kann, gleichwohl aber immer etwas Konkretes ist. Der allgemeine Zweck, der zugleich die Abstraktion von allen konkreten Elementen gesellschaftlicher Beziehungen darstellt, ist Herrschaft.' (6) Das Jugendamt ist also eine Institution der Herrschaftsausübung, eingebettet in übergeordnete Instanzen ebensolcher Herrschaftsausübung, die alle ihrerseits begründet sind in der ökonomischen Herrschaft des Kapitals, der Herrschaft der im Kapital vergegenständlichten toten Arbeit über die lebendige Arbeit.

3. Das Jugendamt handelt wie alle staatlichen Institutionen nach Maßgabe und auf der Grundlage bestehender Gesetze.

Die Gesetze, aus denen sich die Aufgaben des Jugendamtes ergeben, sind: das Grundgesetz für die BRD (GG), das Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG), das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB), das Gesetz über die Vermittlung an Kindesstatt (KAnnVerm.G), das Jugendgerichtsgesetz (JGG), das Bundessozialhilfegesetz (BSHG), das Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit (JgSchG), das Jugendarbeitsschutzgesetz (JASchG) sowie einige weitere Bundes- und Landesgesetze. Dieser Punkt ist insofern wichtig, da bei der weiteren Interpretation der Aktivitäten des Bielefelder Jugendamtes im Konflikt mit dem AJZ für das Jugendamt die Wiederherstellung des "rechtmäßigen Zustandes" zur obersten Handlungsmaxime wurde. Wie gerade hierdurch - in Verbindung mit den unter 1. und 2. dargestellten Punkten - der Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft in die spezifischen Reaktionen der Sozialarbeiter des Jugendamtes in der Auseinandersetzung mit dem AJZ transformiert wird und darüber hinaus als Strukturelement behördlicher Jugendarbeit zum Ausdruck kommt, soll im Schlußkapitel näher beleuchtet werden. Befassen wir uns vorher noch mit den konkreten Handlungen und Widersprüchen der Jugendamtsvertreter und deren spezifisch falschem Bewußtsein (auch über ihre eigene Lage), wie es sich in dem Konflikt mit dem AJZ zeigte.

An zwei Punkten, die für uns einsichtig waren, sollen die Handlungen und die Handlungsstrategie des Jugendamtes untersucht werden:

1. am Verhalten der Jugendamtsvertreter bei den Verhandlungen mit dem AJZ
2. an den konkreten Maßnahmen der politischen Disziplinierung gegenüber Sozialarbeitern, die im AJZ mitgearbeitet haben.

1. Zwei Tendenzen lassen sich aus der Strategie des Jugendamtes, die es während der Besetzung einschlug, herauskristallisieren: einmal das Interesse des (sozialdemokratischen) Jugendamtes, es nicht zu einer gewaltsamen Räumung durch die Polizei und damit evtl. zu einer Straßenschlacht und einer noch weiteren Politisierung und Polarisierung insbesondere unter den Jugendlichen in Bielefeld kommen zu lassen und zum anderen das Interesse, die "Rechtmäßigkeit des illegalen Zustandes" wiederherzustellen, allerdings nicht über eine Legalisierung der Hausbesetzung, sondern über die Räumung des Hauses. Daß nach der der Besetzung vorausgegangenen Verschärfung des Konflikts und der relativ hohen Mobilisierung der Jugendlichen beide Vorstellungen sich einander ausschließen mußten, weil gerade die "Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes" an einem abstrakten - und, was später zu zeigen sein wird, klassenspezifischen - Postulat orientiert ist, das den konkreten Bedürfnissen der Jugendlichen entgegensteht, konnte von der Position des Jugendamtes nicht gesehen werden. Aus dem gleichen Grund konnte auch die Perspektive, den Jugendlichen das besetzte Haus (oder ein anderes) zu überlassen, nicht aufkommen.

Ein weiterer wichtiger Punkt der zur Strategie der bürgerlichen Parteien und des Jugendamtes gehörte, war die Verbreitung der sogenannten "Rädelsführertheorie", die in der Auseinandersetzung mit dem AJZ mehrere Funktionen hatte: einerseits konnte dadurch versucht werden, das AJZ zu spalten, hier die gute und nur verführte Masse der Jugendlichen, unter denen eine "erschreckend hohe Anzahl von Jungarbeitern und Lehrlingen war" (Zitat: Neue Westfälische), dort die bösen Kommunisten und sonstigen Radikalen, die die Jugendlichen zu einer radikalen und starren Politik gegen das Jugendamt verführen. Dies wurde zugleich auch als Legitimation zur Rechtfertigung des Verhandlungsabbruchs herangezogen. Andererseits lieferte die Rädelsführertheorie den Sozialarbeitern im Amt auch die Möglichkeit, sich keine allzu weitgehenden Gedanken über ihre Praxis zu machen: die Jugendlichen hatten ja nicht etwa das Haus besetzt, um kollektiv ihre Lage zu verbessern und eine bessere 'Jugendarbeit' zu konkretisieren, hatten nicht etwa versucht, Bedingungen zu schaffen, von denen aus sie den Kampf gegen die kapitalistische Unterdrückung aufnehmen wollten, sondern waren "Opfer einer kommunistischen Verführung", vor der es sie zu bewahren gilt... Im Verlauf der Verhandlungen, die in drei Phasen während der Zeit von Samstag, 21.4. - Donnerstag, 26.4. stattfanden, verschob sich - sicherlich auch aufgrund der Interventionen des Rates und der bürgerlichen Parteien, die letztlich darin mündeten, daß dem Jugendamt die Kompetenz über die Fragen betreffs AJZ entzogen wurde - die Argumentation und das Interesse des Jugendamtes von dem o.g. ersten Punkt ("keine Polizei - wir müssen uns doch so einigen können") eindeutig zu dem zweiten Punkt: Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung notfalls mit Polizeigewalt.

2. Parallel zu dieser Betonung des ordnungsrechtlichen Aspekts gingen und gehen bis heute konkrete Maßnahmen der politischen Unterdrückung

und Disziplinierung einher:
- nach Aufforderung durch den Oberstadtdirektor fertigen die Mitarbeiter des Jugendamtes eine Namensliste von Sozialarbeitern und SA-Studenten an, die im besetzten Haus erkannt wurden. Diese Liste geht über den Oberstadtdirektor an die Polizei;
- eine "schwarze Liste" von Sozialarbeitern,die schon aufgrund ihrer Ausbildung zu den (nicht vorhandenen) "Rädelsführern" gezählt werden, wird damit gleichzeitig erstellt;
- damit wird praktisch ein Berufsverbot für Sozialarbeiter im gesamten Bielefelder Raum ausgesprochen, das nie öffentlich diskutiert werden wird, da es ja nicht offiziell bekannt ist. Aufgrund der starken Verflechtung auch der privaten Träger der Sozialarbeit mit dem Jugendamt auf formeller und informeller Ebene kann dieses Berufsverbot als total gelten;
- Studenten, die ein Praktikum beim Jugendamt der Stadt Bielefeld machen wollten, mußten sich schriftlich von dem "Aktionskomitee Kampf für ein Arbeiterjugendzentrum" und der Hausbesetzung distanzieren und erklären, nicht an der Aktion teilgenommen zu haben;
- die Namen der Verhandlungspartner, mit denen das Jugendamt während der Besetzung verhandelt hat, werden (soweit bekannt) der Polizei mitgeteilt.

Wie verhalten sich nun diese geschilderten Erfahrungen, die während des Konflikts JA - AJZ gemacht wurden, mit vorhergehenden Erfahrungen und Selbstdarstellungen des "progressiven" Bielefelder Jugendamtes? Das Jugendamt in Bielefeld hat sich das Image geschaffen, in seinen Einstellungen und den daraus folgenden Handlungsstrategien "progressiv" zu sein. Durch Veröffentlichungen in Fachzeitschriften wird dieses Image sorgfältig gepflegt und ausgebaut, wie z.B. zuletzt in der NEUEN PRAXIS, Heft 2/73 durch den Amtsleiter Paul Hirschauer in einem Artikel über 'Jugendarbeit im kommunalen Gemeinwesen'.
Dort wird hervorgehoben, 'daß die Tätigkeit eines JA nicht rein reaktiv (Versorgung), sondern besonders auch auf prophylaktischer Ebene zu geschehen hat. Dies erfordert gegenüber der Öffentlichkeit und besonders Politikern die Schaffung von Problembewußtsein (Aufklärung an Hand von Daten über bestimmte Situationen und Verdeutlichung der zu Grunde liegenden Zusammenhänge - Situationsanalyse) über z.B. "die systemabhängige Zwangsläufigkeit von Versorgungsleistungen." Durch das Anbieten von Analysen, die den Personen von Administration und politischen Vertretungskörperschaften die Möglichkeit gibt, nähere Einsicht in ihnen zumeist nicht bekannte Probleme und daraus ableitbare Handlungsstrategien zu gewinnen, soll bei den Verantwortlichen über ein verändertes Bewußtsein die Voraussetzung für eine bessere politische und materielle Arbeit des JA geschaffen werden.
Notwendigerweise gehört dazu die Befassung und Auseinandersetzung mit den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaften und deren Erprobung in der Praxis durch Experimente, was ein gewisses Risiko zwangsläufig mit sich bringt.'

Diese Erkenntnisse und Überlegungen schlagen sich auch nieder in den Forderungen, die Hirschauer einer effektiven politischen Bildungsarbeit zu Grunde legt: "Wenn politische Bildung effektiv sein soll, muß sie letztlich politische Aktionen anstreben, auch wenn - was selbstverständlich zu erwarten ist - diese politischen Aktionen sofort in Widerspruch zu herrschenden Gegebenheiten, Personen oder Verhältnissen führen."

Weil "bisher Jugendlichen eingeräumte Felder politischen Handelns, z.B. Jugendvertreter im Betrieb, Schülermitverwaltungen und Mitbestimmungsformen in Häusern der Offenen Tür im Endeffekt nichts anderes als Spielwiesen demokratischen oder politischen Verhaltens (sind)", deshalb, so Herschauers Forderung "müssen aus Spielwiesen Trainingsfelder werden, die politisches Handeln auf den konkreten Fall hin ermöglichen". Die sich daraus ergebenden Konsequenzen für das eigene Handeln im Amt und für die Personen bei anderen Anstellungsträgern sowie die Notwendigkeiten für Gesellschaft und Staat führt H. so aus: "auch sie müssen den Konflikt wollen und sie müssen bereit sein, das Risiko des Experiments und der veränderten Verhältnisse einzugehen." Daß dies ein Dilemma für den einzelnen Sozialarbeiter bedeutet, ist H. durchaus klar, da "der Mitarbeiter Handlungszwängen unterworfen ist, die von Dienstherren und Justiz ausgehen, von Institutionen und Personen, die ihn mit Sanktionen belegen können". Die Folgen für die betroffenen Jugendlichen sieht H. ebenfalls, indem er ausführt: "agieren Jugendliche politisch, so geraten sie fast immer in den Bereich der Illegalität". Die entstehenden Konflikte, Spannungen und Risiken sind auf systemimmanente Zwangsläufigkeiten zurückzuführen, was H. durchaus sieht.

Wie sieht nun der hohe theoretische Anspruch aus, wenn er mit der Wirklichkeit konfrontiert wird, hier mit dem konkreten Fall des AJZ in Brackwede? Man geht zwar im Januar das Risiko der Verwirklichung eines neuen Ansatzes in der Jugendarbeit (Selbstorganisation) ein, läßt den sich anfänglich zwangsläufig schwierig gestaltenden Prozeß (vgl. S. 37 + S. 41) jedoch nicht weiterlaufen, sondern unterbindet ihn durch die Schließung des Hauses. Damit wird der eingeleitete Lernprozeß bei Jugendlichen und Mitarbeitern zwar für das JA als zerschlagen angesehen, zeigt in der Folgezeit jedoch durch organisierte Gegenreaktionen, wie weit die Teillernprozesse schon fortgeschritten sind in den gemeinsamen Aktionen von Jugendlichen und Mitarbeitern. Von Seiten des JA will man sich jedoch unter keinen Umständen auf die Weiterführung des begonnenen Experiments einlassen. In den gemeinsamen Aktionen von Jugendlichen und Mitarbeitern bildet sich politisches Bewußtsein auf dem "Trainingsfeld" der politischen Auseinandersetzung mit den Behörden. Politisches Handeln findet statt im gemeinsamen Kampf für die Errichtung eines unabhängigen und selbstverwalteten Arbeiterjugendzentrums. Doch die Aktionen werden von Seiten des JA nach außen hin nicht ernstgenommen, die Verhandlungen verlaufen ergebnislos; die Folge: politisches Handeln in Form der Besetzung des Hauses. Nun ist das JA seinem eigenen theoretischen Anspruch nach überrollt worden, es reagiert darauf zunächst abwartend, um auf dem Verhandlungsweg die Konfliktsituation zu lösen - in seinen Forderungen gegenüber den Besetzern äußert sich das darin, daß man den Zustand fordert, der im Januar bestand (das Haus als städtisches HOT weiterlaufen zu lassen), d.h. praktisch die Rückgängigmachung von Lernprozessen, die das JA selbst (unbeabsichtigt) gefördert hat auf dem "Trainingsfeld" der Auseinandersetzung mit ihm selbst. Als die Jugendlichen jedoch konsequent auf die Durchsetzung ihrer Interessen bestehen, reagiert das JA durch Sanktionen, indem es sich auf die Seite von Polizei und Justiz stellt und diesen das Handeln überläßt, das Ergebnis: die Jugendlichen werden aus ihrem Haus geschleppt und unter Anklage des Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Nötigung gestellt.

Hier sind eine Reihe von Fragen zu stellen nach den Hintergründen des Auseinanderfallens von theoretischem Anspruch und dem tatsächlichen Handeln der Jugendamtsvertreter in der Praxis: "Die Kritik an den Kollegen, die im Jugendamt arbeiten, richtet sich in diesem Zusammenhang dagegen, daß sie es versäumt haben, ihre eigene Position und die Rolle, die sie hier spielen müssen, klar zu verdeutlichen. Es wurde versäumt:
- zu sagen, warum das, was theoretisch von ihnen unterstützt und in Fachzeitschriften sogar gefordert wird, ihrer Meinung nach praktisch nicht möglich sein soll;
- ihr tatsächliches Verhalten (das Zusammenspiel mit der Polizei z.B.) aus den Bedingungen, unter denen sie in diesem Gesellschaftssystem arbeiten müssen, allen Beteiligten durchsichtig zu machen;
- die Initiative praktisch zu unterstützen, was von ihrem Selbstverständnis als Sozialarbeiter notwendig gewesen wäre.



Durch ihr Schweigen zu den genannten Punkten und ihr tatsächliches Verhalten haben sie sich praktisch auf die Seite derer gestellt, die gegen die Interessen der Jugendlichen sind, die diese im Dienst der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems unterdrücken." (aus einer Stellungnahme des KKS Bielefeld in der NW vom 19.5.73).
Daß H.'s Äußerungen über den Charakter der politischen Aktionen von Jugendlichen, die "zwangsläufig in Widerspruch zu herrschenden Gegebenheiten, Personen oder Verhältnissen führen" durchaus funktional im Sinne der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems gebraucht werden, zeigt sich an den Äußerungen nach der Besetzung und Räumung des AJZ: aus "politischen Aktionen zur Gesellschaftsveränderung" (Aufsatz in der NP) werden "begrenzte Regelverletzungen", (vgl. Interview mit den 'Blättern', Nr. 270), die, so könnte man fortfahren, im Sinne einer funktionalen Gesellschaftstheorie als begrenzte Normenbrüche aufzufassen sind, welche - wenn sie in begrenzten Feldern von verschiedenen

Gruppen vorgenommen werden - letztlich zu einer Veränderung des allgemeinen Normensystems führen können und so wesentliches Moment der gesellschaftlichen Veränderung darstellen. Da die ökonomischen Grundlagen des Kapitalismus bei einer solchen Betrachtungsweise außerhalb der Überlegungen bleiben, muß eine solche Auffassung notwendigerweise funktional im Sinne der Anpassung überholter Verhältnisse an veränderte Bedürfnisse des Systems selber wirken.

Dieser Absatz ist allerdings nun nicht so zu interpretieren, daß eine bestimmte Person sich als Handlanger des Kapitals versteht, sondern es soll deutlich werden, daß - auf Grund der materiellen Bedingungen des Handelns in Jugendämtern z.B. - ein bestimmtes notwendig falsches Bewußtsein über Möglichkeiten und Charakter der von dort initiierten Maßnahmen vorherrscht, das durchaus mit dem subjektiven Willen, fortschrittliche Arbeit zu leisten, einhergehen kann (d.h., wir konzidieren durchaus, daß das Jugendamt bemüht ist, fortschrittlich zu arbeiten). Welcher Art dieses 'falsche Bewußtsein' ist, wodurch es gefördert wird und sich erhalten kann und worin der Klassencharakter der Maßnahmen des JA besteht, wird im folgenden Kapitel zu zeigen sein.

III. Das 'Recht' als Bezugspunkt klassenspezifischen Handelns und ideologischen Bewußtseins

Das Niederschlagen des Versuchs der Selbstorganisation von Jugendlichen im AJZ beruhte im wesentlichen darauf, daß 'geltendes Recht' durchgesetzt wurde, was zur Folge hatte, daß Jugendamt, Polizei und Justiz Hand in Hand gegen die Jugendlichen vorgingen. Die Unrechtmäßigkeit des Verhaltens der Jugendlichen (was als Anklage gegen ca. 150 Mitglieder des AJZ fixiert ist als: (schwerer) Landfriedensbruch, (schwerer) Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und manchmal Nötigung) bestand darin, daß sie ein Haus besetzten, das öffentliches Eigentum ist. Diese Hausbesetzung selbst war Ergebnis vorhergehender Lern- und Politisierungsprozesse, in denen eine antikapitalistische Haltung gewonnen wurde, was sich in dem Insistieren auf eine an konkreten Bedürfnissen ausgerichtete Handlungsweise ausdrückte. Die Hausbesetzung selbst war nur ein Moment dieser Handlungsweise.

Die Entwicklung eines antikapitalistischen Bewußtseins führte zwangsläufig dazu, konkrete Bedürfnisse gegenüber abstrakten Regeln, Gesetze und Handlungen, die auf solchen beruhen, gewaltsam durchzusetzen, nachdem auf dem Verhandlungswege aufgrund der Berufung des Jugendamtes auf seine Handlungsmöglichkeiten (als durch Gesetze bestimmte - vergl. IIa) diese nicht durchgesetzt werden konnten. Gewalt stand so gegen Gewalt.

Worin besteht aber nun die Gewalt und der Klassencharakter des bürgerlichen Rechts, das primär Eigentums- und Vertragsrecht ist, (7) und welche Auswirkungen hat die spezifische Ideologie, die aus dem Recht selbst entspringt? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir uns zuerst klarmachen, daß das Recht in der Produktionssphäre entsteht, und es deshalb nicht die allgemeine Tatsache, "daß alle Warenbesitzer sich in ihren ökonomischen Transaktionen als gleich betrachten und gegenseitig anerkennen müssen (8) (dasjenige ist), worauf das bürgerliche Recht gründet, sondern ein diesen Transaktionen zugrundeliegender sie bedingender Austauschprozess ganz besonderer Art: das Austauschverhältnis von zwei besonderen Privateigentümern, den Lohnarbeitern und den Kapitalisten - ein produktionsvermittelter Austausch, aus dem das ganze bürgerliche Recht seine geschichtliche Substanz und Geltung bezieht" (9) - ein bloßer Schein, da, betrachtet man den kapitalistischen Akkumulationsprozess insgesamt, der sich in der Distribution vollziehende Austausch von Äquivalenten "der als die ursprüngliche Operation erschien, die das Eigentumsrecht juristisch ausdrückte, sich so gedreht (hat), daß auf der einen Seite nur zum Schein ausgetauscht wird, indem der gegen lebendiges Arbeitsvermögen ausgetauschte Teil des Kapitals, erstens selbst fremde Arbeit ist, angeeignet ohne Äquivalent, und zweitens mit einem Surplus vom Arbeitsvermögen ersetzt werden muß, also in facto nicht fortgegeben wird, sondern aus einer Form in die andere verwandelt wird. Das Verhältnis des Austausches ist also gänzlich weggefallen, oder ist bloßer Schein. Ferner erschien ursprünglich das Eigentumsrecht gegründet auf die eigene Arbeit. Eigentum erscheint jetzt als Recht auf fremde Arbeit und als Unmöglichkeit der Arbeit, sich ihr eigenes Produkt anzueignen. Die völlige Trennung zwischen Eigentum und mehr Reichtum und Arbeit erscheint jetzt als Konsequenz des Gesetzes, das von

ihrer Identität ausging." (10)

Das bedeutet, daß das Recht 1. auf bloßem Schein gründet, 2. durch die Rechtsinstitute die wesentlichen Vermittlungen des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses geleistet werden, wobei das konstituierende Moment dieser Vermittlung in der Allgemeinheit des Äquivalenzprinzips, d.h. die naturwüchsige Gesetzmäßigkeit des Warentausches beruht, also auf einem Abstraktionsprozess, 3. "die klassenneutrale Geltung von rechtlichen Normen und ihre beständige Manifestation in realen, von gleichen freien Subjekten vollzogenen Tauschvorgängen" die Ursache für den auf der Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft entstehenden "realen Schein" von "Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit" ist, (11) und 4. im wesentlichen die Funktion hat, (kapitalistisches) Eigentum zu schützen. Diese Tatbestände bezeichnen im übrigen genau den Punkt, an dem ökonomische Verhältnisse in juristische umschlagen und umgekehrt. So erweist sich also "die bürgerliche Rechtsform, die den Schein der Gleichstellung aller Mitglieder der Gesellschaft durch eine universelle, die Klassengrenzen nicht berücksichtigende Geltung von Rechtsnormen erzeugt, als eine Bedingung des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital" und als Klassenrecht (12). Diese Tatsache drückt sich bereits durch die Existenz dieser bestimmten Rechtsform und im Begriff des Rechtsstaates aus, der die Tatsache verbirgt, "daß die Rechtsform nur ein Überbaureflex der in der ökonomischen Basis sich entwickelnden Vorherrschaft der bürgerlichen Klasse ist." (13)

Fassen wir noch einmal zusammen: Die Rechtsform der bürgerlichen Gesellschaft und die rechtlichen Bestimmungen im einzelnen haben die Funktion, die Reproduktionsbedingungen kapitalistischer Produktionsformen zu sichern, was inhaltlich vor allem die Garantie bürgerlichen Privateigentums in all seinen Formen und all seinen Entwicklungen und der Institutionen, die sich auf seiner Grundlage entwickeln: letztlich die Totalität der praktischen zwischenindividuellen Verhältnisse in ihrer Ausformung bis zur letzten Konsequenz der ihr innewohnenden Möglichkeiten, bedeutet.

Wenn das Jugendamt nun primär daran orientiert sein muß, - gemäß dem Prinzip der Rechtstaatlichkeit - auf der Grundlage von Gesetzen zu handeln, findet es sich einerseits ständig im Widerspruch zu vielleicht vorhandenen 'emanzipatorischen pädagogischen Strategien', die einzelne Sozialarbeiter evtl. verwirklichen möchten, und handelt andererseits faktisch tatsächlich als Handlanger des Kapitals, was sich auf der konkreten Handlungsebene daran zeigen läßt, daß es - wie im Beispiel AJZ Brackwede - gegenüber konkreten Bedürfnissen von Jugendlichen die abstrakte "Rechtmäßigkeit eines Zustandes" durchsetzen muß, d.h. 'illegale Zustände', die das Institut (Privat-) Eigentum bedrohen, in rechtmäßige Zustände zurückführen muß, wobei das zurückführen wörtlich zu nehmen ist. Sozialarbeit - im Verbund mit Polizei und Justiz - diente dazu, einer Bewegung, die aufgrund spezifischer Handlungen das kapitalistische System in Frage stellte, die Spitze abzubrechen und zu "reintegrieren".

Für die Sozialarbeiter (das gilt allgemein) hat die spezifische Ideologie der Gleichheit und Freiheit des Individuums etc., die auf der Grundlage des ständig im Austauschprozess produzierten realen Scheins

von Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit entsteht und als 'Recht' fixiert ist, die Folge, daß sie, - trotz bestimmter Einsichten über die gesellschaftliche Bedingtheit der sozialen Probleme, mit denen sie sich befassen -, ihr eigenes Handeln nur schwer als klassenspezifisches Handeln erkennen können bzw. nur schwer die Grenzen ihrer Möglichkeiten sehen können, was zu illusionären Vorstellungen über sozialarbeiterische Praxis führt und der Aufrechterhaltung der "Sozialstaatsillusion" dient.

(1) s. hierzu die Dokumentation des AJZ. Bestellungen über: Buchlädchen J. Granier, 48, Bielefeld, Welle 9
(2) s. hierzu wiederum die Dokumentation des AJZ
(3) L. Althusser - Ideologie und ideologische Staatsapparate, in: Marxismus und Ideologie, dtsch Berlin 1973, S. 121
(4) vergl. Max Weber - Wirtschaft und Gesellschaft, Studienausgabe, Köln/Berlin 1964, S. 164 ff
(5) K. Heymann - Bürokratisierung der Klassenverhältnisse im Spätkapitalismus, S. 102, in: Negt/Meschkat (Hrsg.): Gesellschaftsstrukturen, Ffm.1973
(6) vergl. U.K. Preuß - Gesellschaftliche Bedingungen der Legalität, in: Legalität und Pluralismus. Beiträge zum Verfassungsrecht der BRD, Ffm.1973
(7) vergl. dazu die wesentlichen Bestimmungen der bürgerlichen Verfassungen, die alle das Eigentumsrecht und die persönliche Freiheit = Macht jedes Individuums über sich selbst, d.h. über seine Fähigkeiten, seine Leistungen und über sein Eigentum zu verfügen, als Grundrechte verankern.
(8) d.h. sie erkennen im Tausch einander als gleiche an, da sie alle Eigentümer von Waren sind. Gleichzeitig - und das ist ebenso wichtig - realisieren sie im Tauschakt auch individuelle Freiheit. Dadurch, daß alle Waren (betrachtet man die Wertform als Ausdruck der qualitativen gesellschaftlichen Gleichheit der produzierten Güter, sie alle enthalten ein bestimmtes Quantum an abstrakter Arbeit) qualitativ gleich sind, alle Warenbesitzer sich zueinander als gleiche verhalten, entäußern sie sich freiwillig ihrer jeweiligen Waren
(9) O. Negt - Thesen zur marxistischen Rechtstheorie, in: Kritische Justiz 1/73, S. 13
(10) K. Marx - Grundrisse ..., MEW Bd 13, S. 362
(11) F. Werkentin/M. Hofferbert/M.Baurmann - Kriminologie als Polizeiwissenschaft, in: Kritische Justiz 3/72, S. 226
(12) dadurch, daß Klassenunterschiede gerade nicht thematisiert werden, zeichnet sich bürgerliche (Rechts-)Ideologie aus und gewinnt seine Persistenz gerade dadurch, daß die antagonistischen Klassenverhältnisse durch den Schein der wirklichen Verhältnisse selbst geleugnet werden können, da diese das Wesen der Dinge nur in verkehrter und verschleierter Form sichtbar werden lassen.
(13) Werkentin/Hofferbert/Baurmann - a.a.O. S. 226 f

Initiativgruppe Wegscheidestraße Ffm.
Kampf zwischen Eltern und Arbeiterwohlfahrt um die Spielstube

Ausgangspunkt des Konflikts

Mitte April kündigte der Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt Ffm. (AWO) der Leiterin der Spielstube der Obdachlosensiedlung Wegscheidestraße, Frl. K., die gerade seit dem 1. Januar tätig war. Die Hauptursache war, daß Frl. K. die Aktivität der Eltern anregte und die Gründung eines Bewohnerrates unterstützte. Dieser stellte z.B. die Forderung nach Einbau von Duschen und einem Abenteuerspielplatz. Das war der "fortschrittlichen" AWO schon zu fortschrittlich. Sie drohte Frl. K. schon früh deshalb mit Entlassung und sprach sie dann aus: "Die von uns gewünschte Elternarbeit wurde weniger in Bezug auf Spielstubenarbeit, sondern in Gemeinwesenarbeit umfunktioniert." (Brief des AWO-Geschäftsführers Stegmann an den Stadtrat Berg (SPD) vom 2. Mai. Theoretisch gibt die AWO ihre Zustimmung zur Gemeinwesenarbeit. "Nicht soziale Harmonie, sondern Aufdeckung sozialer Widersprüche sowie Bewußtmachung und Überwindung derselben sollte Ziel der Gemeinwesenarbeit sein" (Sozialarbeitertagung der AWO 1972). In einer Tagung im Frühjahr 1971 stellten die Mitarbeiter in sozialen Brennpunkten Hessens an ihre Arbeitgeber die Forderung, Kinderarbeit und Elternarbeit im Sinne der Gemeinwesenarbeit zu vereinigen. Herr Stegmann und Fr. Alfhart nahmen als Vertreter der AWO Ffm teil und akzeptierten dieses. Mit ihrer Ablehnung der Gemeinwesenarbeit bildet die AWO Ffm das Rücklicht der hessischen Sozialbürokratie. Ein Erlaß des hessischen Sozialministers sieht die Bildung von Bewohnerräten in allen Obdachlosensiedlungen vor und der Sozialdezernent Berg stellte am 1.2.73 in Ffm die ersten Gemeinwesenarbeiter ein.

Gemeinwesenarbeit bedeutet für die AWO: Widerspruch, Forderungen, unerwünschte Unruhe. Die demokratische AWO aber will "Zusammenarbeit" und "ein gutes Arbeitsverhältnis". Mit anderen Worten, Frl. K. soll sich nicht auf die Seite der Arbeiterfamilien stellen, sondern sich der Einstellung des Geschäftsführers Stegmann anschließen: "Das sind primitive Leute, denen darf kein Wein und kein Bier hingestellt werden." (Äußerung Stegmanns gegenüber Mitarbeitern der Spielstube vor einem Elternabend). So ist es kein Wunder, daß die AWO in erster Linie auf die Zusammenarbeit Frl. K.s mit ihrem Vorstand und nicht auf die Zusammenarbeit Frl. K.s mit den Bewohnern Wert legt. "Insgesamt war die Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung sehr mangelhaft und ließ trotz aller Ermahnungen immer mehr nach." (Brief der AWO vom 2. Mai). Die AWO versuchte natürlich diese Hauptursache zu leugnen: "Die AWO unterstützt die Forderung nach Gemeinwesenarbeit. Es ist nur kein Geld da." (Vorstandsmitglied See, pers. Referent des SPD-Stadtrats Berg). Sie stellte die Sache so dar, als habe Frl. K. ihre Pflichten gegenüber

den Kindern vernachlässigt, als sei es deshalb auch im Interesse der Eltern, Frl. K. zu entlassen. Dabei griff sie tief in die Trickkiste.

Vorwürfe	Aber...
1. telefonische Beschwerden vieler Eltern über Spielstube	AWO hat nie Namen genannt, nie haben Eltern öffentlich Kritik an Frl. K. geäußert. Eine schriftliche Beschwerde gibt es nur von Ende 1972.
2.a) mehrmals unpünktlich	ja, wegen Verkehrsstauungen und Ausfall des Wagens. Oft früher gekommen, später gegangen, viele unbezahlte Überstunden z.B. am Wochenende mit Kindern ins Theater
b) Versuch Weihnachtsgeschenke zu übergeben, aber nie jemand da	Frl. K. trat ihren Dienst am 1. Januar an.
3. eigenmächtig einen Tag freigenommen	Arztbesuch am morgen, nachmittags Abfeiern von Überstunden, mit den Mitarbeitern abgesprochen
4. Rolläden, Balkontür zerstört	Von Unbekannten außerhalb der Arbeitszeit von Frl. K.
5. Fensterscheiben, Waschbecken kaputt	durch Unachtsamkeit der Kinder, od. durch Unbekannte. In jeder Spielstube gibt's Bruch.
6. Räume "Restlos verschmutzt"	durch Mitarbeiter und Frl. K. erst im März renoviert, guter Zustand. AWO versäumt monatelang Reparaturen. AWO vertraut Putzfrau keinen Schlüssel an, so daß keine Reinigung nach Weggang der Kinder möglich.
7. unangemeldetes Erscheinen auf einer Vorstandssitzung	wegen Entlassungsdrohungen. Absicht, Anschuldigungen aus dem Weg zu räumen.
8. Kinder vernachlässigt	GWA nach Dienstschluß gemacht.
9. durch Frl. K. wurde Zusammenarbeit mit Eltern gestört.	Es hat nie eine bestanden.

(Aus diesen Vorwürfen entstanden bei den umliegenden Bewohnern von Sozialwohnungen wilde Gerüchte: Die Leiterin sei oft besoffen gewesen, die gesamte Inneneinrichtung sei zerstört worden usw.) Frl. K. wurde auf den Elternabend vom 16.4. vertröstet. Zwei Stunden vorher erhielt sie die Kündigung und sofortiges Hausverbot, so daß sie auf keiner Versammlung die unverschämten Angriffe der AWO zurückweisen konnte. (Vorstandsmitglied Alfhart (SPD): "Wir wollen nicht, daß etwas Nachteiliges über Frl. K. in die Presse kommt und sie Schwierigkeiten in ihrer beruflichen Laufbahn bekommt." (Versammlung vom 9.5.) Im Interesse von Frl. K. wird ihr Redeverbot erteilt: perfekte Heuchelei und Beschönigung von Unterdrückungsmaßnahmen. Um ihr den weiteren Lebensweg zu erleichtern, hat die AWO Frl. K. auch eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch und Diebstahl ins Haus geschickt, weil sie die Räume der Spielstube später doch betreten hat. So schreibt dann selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ):
"Nachdem sich nämlich alle Begründungen für die Entlassung der Leiterin der Spielstube als letzten Endes unhaltbar erwiesen hatten, blieb als einziger konkreter Vorwurf übrig, daß sich die Pädagogin nicht nur um die Kinder gekümmert habe, sondern auch um deren Eltern und die

übrigen Bewohner der wahrhaft nicht komfortablen Siedlung." (11.5.1973)

Die AWO machte sich auch bald keine große Mühe mehr, ihr Kartenhaus von Verleumdungen aufrechtzuerhalten. Als die SPD-Stadtverordnete Lizzy Alfhart, Vorstandsmitglied der AWO und Präsidentin des Hess. Landeswohlfahrtsverbandes ihren ersten Auftritt hatte, erklärte sie nur noch kurz und bündig: innere Ordnung" nicht eingehalten..."normaler Fall"... "keine Zusammenarbeit möglich"... "Tiefer Bruch"... "Eltern müssen sich damit abfinden". Auch das anwesende Betriebsratsmitglied plapperte nach: "gedeihliche Zusammenarbeit nicht gegeben". Eine Versammlung mit Anwesenheit von Frl. K. lehnte die Dame Alfhart als unermüdliche Kämpferin für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ab. Sie bezog den Standpunkt: Wir sind der Arbeitgeber. Wir bestimmen, wen wir entlassen. Diskussionen darüber halten nur auf. Selbstverständlich redete sie nach außen mit Engelszungen: "Ich fühle mich nicht als Arbeitgeber." "Wir haben schon immer Solidarität mit den Lohnabhängigen geübt" usw.usf. Die AWO, die größtenteils mit den Steuergroschen der Arbeiter finanziert wird, schloß nach der Kündigung am 16.4. die Spielstube. Sie setzte 15 Arbeiterkinder auf die Straße, ungeachtet der Tatsache, daß einige Mütter nur arbeiten können, wenn ihre Kinder in der Spielstube sind. Bis heute hat sie keine Fachkraft als Ersatz gefunden. Als Grund der Schließung schob sie die Notwendigkeit der Renovierung vor. In Wirklichkeit wollte sie nur die Eltern gegen Frl. K. aufbringen, die ja angeblich für die Unbrauchbarkeit der Räume verantwortlich sei. Ferner wollte sie Zeit gewinnen und ihre unsinnigen Vorwürfe von wegen restloser Verschmutzung durch unnötige Renovierung untermauern.

Diktatorisches Auftreten gegenüber ihren Angestellten hat die AWO immer schon praktiziert. Nicht umsonst wechselte die Leitung der Spielstube in 3 Jahren xmal. Das Verhältnis zur früheren Leiterin Frl. H. erhellt eine Episode nach der Kündigung von Frl. K. Als Frl. H. auf der Bewohnerversammlung forderte, daß Frl. K. anwesend sein und zu den Vorwürfen Stellung nehmen müsse, antwortete Stegmann: "Sie sind hier ganz ruhig. Nur die Eltern sollen hier reden. Wenn Sie reden wollen, muß ich Sie bitten, den Raum zu verlassen. Sie sind hier nur Gast".
Auch gegenüber Frl. R., einer noch angestellten Mitarbeiterin spielt Stegmann den Geschäftsführer. Da sie ab Mitte August eine Fachschule besuchen will, ihre Kündigungsfrist aber 6 Wochen bis Quartalsende läuft, konnte sie die Frist nicht einhalten. Stegmann in einem Brief an Frl. R.: "der Vorstand hat beschlossen, daß sie zum 1.7. kündigen müssen." Darüberhinaus hat die AWO einen befristeten Arbeitsvertrag angeboten, aber weder über den Inhalt etwas verlauten lassen wollen, noch rechtzeitig eine schriftliche Zusage gegeben. Stattdessen hat die AWO Frl. R. mit Versetzung gedroht wegen mangelnder Auslastung der Spielstube. Der Möglichkeit einer vorzeitigen Entlassung ist damit Tür und Tor geöffnet. Auch Frl. R. ist bei Eltern und Kindern schon zu beliebt.

Widerstand der Eltern

Die Eltern wehren sich dagegen, daß die AWO in verbandsegoistischer Weise über ihre Köpfe hinweg und gegen ihre Interessen handelt. Auf einem Elternabend nach der Kündigung der Leiterin der Spielstube Inge K. stellten sie folgende Forderungen auf:

- sofortige Eröffnung der Spielstube mit Inge K.
- Mitbestimmung in personellen und finanziellen Fragen.

Diese Forderungen überreichten sie bei einem Go-in der Geschäftsstelle der AWO mit den Kindern in Form eines Briefes, den 25 Eltern unterschrieben hatten, das sind 100 % der Eltern, die ihre Kinder in der Spielstube haben. Zitat eines Elternteils: "Für mich zählt nur eines. Die Kinder sind gern in die Spielstube gegangen, und das bedeutet doch, daß Frl.K. in unserem Interesse gearbeitet hat. Deshalb soll sie auch bleiben." (FR 24.4.) Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, errichteten die Eltern einen Notdienst, der von Studenten der Fachhochschule für Sozialarbeit Ffm unterstützt wurde, und an dem sich die Eltern aktiv beteiligten. Der Notdienst fand jeden Tag statt und machte den Kindern sehr viel Spaß, weil sie öfters mit Autos, z.B. in den Zoo, den Palmengarten, zum Monte Scherbelino usw. fahren konnten. Als dann am 10.5. die Spielstube von der AWO ohne Fachkraft wieder geöffnet wurde, konnte somit der angedrohte Boykott der Spielstube wahrgemacht werden. Die Räume der AWO blieben leer. Ließen sich die Eltern, Kinder und der Notdienst noch am ersten Tag (2.5.) aus den Räumen durch Herrn Stegmann rausschmeißen, so drehten sie am 4.5. den Spieß um und ließen Stegmann erst gar nicht mehr rein mit der Begründung, daß sie das Vertrauen in die AWO verloren hätten.

Durch Öffentlichkeitsarbeit (Flugblätter verteilen, Presse informieren) machten die Eltern auf ihre Situation aufmerksam. Sie erhielten zahlreiche Solidaritätsschreiben (Jugendhäuser Frankfurts, Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit (AKS), Sozialarbeiter aus Sozialen Brennpunkten Hessens, Gemeinwesenarbeiter Frankfurts, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen in der Gewerkschaft ÖTV, einzelne SPD Ortsvereine, Fachhochschulen für Sozialarbeit Hessens, sowie eine Reihe einzelner Sozialarbeiter und Personen), Angebote der praktischen Mithilfe aus der Bevölkerung, sowie Geldspenden, Spielsachen und Bücher.

Bei einem 2. Go-in auf einer Vorstandssitzung der AWO wurde den Eltern klar, daß ausschließlich durch Verhandlungen mit der AWO keine Möglichkeit besteht, ihre Forderungen durchzusetzen, was am 9.5. auf einem Elternabend mit der AWO nochmals ganz deutlich wurde.
Die Bemühungen von Seiten der Eltern um einen neuen Träger für die Spielstube scheiterten. Der Kinderschutzbund lehnte aus finanziellen Gründen ab. Der evangelische Volksdienst zeigte zu Anfang eine positive Einstellung, nachdem aber Gespräche mit der AWO stattgefunden hatten, zog er sich aus unbekannten Gründen wieder zurück.

Mit Beihilfe des Bewohnerrats der Mühlbruchstraße wurde am 21.5. mit 83.3 %iger Wahlbeteiligung (wahlbeteiligt waren alle Bewohner der Übergangswohnungen Wegscheidestr. über 18 Jahre) ein Bewohnerrat gewählt,

Spielstube der Arbeiterwohlfahrt Besetzt



Photo: G. Pabst

der sich aus 7 Mitgliedern zusammensetzt. Nach den Empfehlungen des Hessischen Sozialministers muß der Bewohnerrat bei allen Angelegenheiten hinzugezogen werden. Sämtliche Verhandlungen liefen von nun an über den Bewohnerrat. In einem Brief an die zuständigen Stellen wurden die Forderungen nochmals aufgeführt. Sollten diese nicht bis 24.5. erfüllt werden, wird am 25.5. die Spielstube besetzt und der AWO der Zutritt verweigert. Die Bewohner sind zu diesem Schritt gezwungen, um die Notlage der Kinder möglichst rasch zu vermindern.

Maßnahmen der Arbeiterwohlfahrt

Aus allen Manövern der AWO zur Konfliktbereinigung ist ersichtlich, daß es ihr nicht um eine Interessenvertretung der Eltern oder Bewohner der Wegscheidestr. geht, sondern sie versucht, ihre Vorstellungen und Prinzipien den Bewohnern aufzuzwingen. Dies läßt sich besonders deutlich erkennen an den praktischen Versuchen der AWO, die Solidarität zwischen Bewohnern, Angestellten, dem Notdienst und der entlassenen Fachkraft zu sabotieren.

a) Durch das ausgesprochene Hausverbot von Frl. K. sollte eine Isolierung zwischen ihr und den Bewohnern erreicht werden. Es sollte ihr unmöglich gemacht werden, den Konflikt aus ihrer Sicht zu beurteilen und der Gefahr einer gemeinsamen Front der Betroffenen begegnet werden. Das Ziel der AWO, eine einseitige Beeinflußung und eine Verdrehung der wirklichen Geschehnisse, scheiterte kläglich. Die Eltern erkannten diesen Spaltungsversuch (Bewohnerversammlung am Tag der Entlassung von Frl. K.) und verlangten eine Diskussion mit Anwesenheit von Frl. K. Die AWO aber erklärte, wenn Frl. K. anwesend sei, würde sie den Raum verlassen.

b) Der Notdienst, entstanden als Teil des Kampfes (Boykott der Spielstube) gegen die AWO, diente genau wie die Initiativgruppe Wegscheidestr. (bestehend aus Eltern und Studenten der FHS - Frankfurt) der AWO als Mittel der Hetze und Lüge, um die Einheitlichkeit des Kampfes zu unterlaufen. So wurde unter anderem auf der von der AWO abgehaltenen Bewohnerversammlung am 9.5. (den Jugendlichen und Studenten wurde gewaltsam der Eintritt verwehrt) fälschlicherweise behauptet, der Brief der Bewohner an die AWO, in dem sie die Kündigungsgründe zurückwiesen und Forderungen formulierten, sei von einer Handvoll Studenten erstellt und den Bewohnern vorgesetzt worden. Anderer Ansicht waren die Bewohner selbst, die klipp und klar sagten, daß der Brief von ihnen stamme und die aufgestellten Forderungen ihre Forderungen seien, während die Studenten sie lediglich unterstützten. Die Beispiele ließen sich noch erweitern bis hin zu Einschüchterungsmaßnahmen über Strafanzeigen wegen Hausfriedensbruch und angeblichen "Diebstahls" für einen Teil des Notdienstes. Was versteht die AWO unter Diebstahl? Mitarbeiter des Notdienstes trugen aus der Spielstube der AWO Spielmaterialien in den Jugendclub der AWO im selben Haus, um mit den Kindern zu spielen. Obwohl Herr Stegmann das Spielmaterial selber wieder in den Schränken der Spielstube verschloß, stand auf den Strafanzeigen, das entwendete Spielmaterial sei zur polizeilichen Vernehmung mitzubringen. Der tiefere Sinn

dieser Maßnahmen liegt darin, einen Keil zwischen Studenten und Bewohner zu treiben, indem einerseits vorbehaltlos und direkt Studenten unter Druck gesetzt werden und andererseits auf die Forderungen der Bewohner mit Beschwichtigungen und Hinhaltungen geantwortet wird.

c) Ein weiterer wesentlicher Aspekt besteht im Versuch der Spaltung der Eltern durch die AWO, in der auch andere Institutionen eine gewichtige Rolle spielen (z.B. Amt für soziale Wohnungsvergabe). Entweder bedrohte man Mitarbeiter des Bewohnerrates damit, daß sie keine neue Wohnung in kürzester Zeit bekämen, oder versuchte sie mit großzügigen Angeboten an Wohnraum zu kaufen. Versuche der AWO, Eltern für ihre Dienste in der Spielstube zu gewinnen, hatten einen geringen Erfolg (materieller Anreiz, 10 DM für 3 Stunden). Jedoch beendete der einzige auf diese Weise geworbene Elternteil schnell seine Arbeit, als er sah, daß keine Kinder in die Spielstube kamen, die Eltern die Drohung des Boykotts wahrmachten. Die Nichteinbeziehung aller Bewohner in die Diskussion um die Spielstube, sondern nur derjenigen, die ihre Kinder in die Spielstube schickten, zeigt noch einmal besonders krass die Versuche der Isolierung von Teilen der Bewohner. Auf der Bewohnerversammlung am Kündigungsabend erklärte Stegmann, er werde sich nur mit den Eltern unterhalten, die ihre Kinder in der Spielstube hätten. Nicht aber mit den anderen Bewohnern, die bloß Gäste seien. Setzt man die praktisch gemachten Erfahrungen der Bewohner in Zusammenhang mit dem, was AWO, Stadt und andere Institutionen vorgeben zu wollen, erkennt man das Phrasenhafte und Hinterhältige dieses Geredes. Aussprüche wie: "Wir wollen doch nur Ihr bestes" und "Alle Maßnahmen sind doch nur im Interesse Ihrer Kinder", werden angesichts der Realität zu zynischen Ausrutschern. Dem "fortschrittlichen" Gerede der AWO stand eine abwartende Haltung der Stadt gegenüber, die sich dadurch erklären ließ, daß eine intensive Verbindung zwischen Stadt und AWO (personelle Verflechtung) besteht. Deutlich zu sehen an der Reaktion von Sozialdezernent Berg auf die Forderung nach Finanzierung des Notdienstes, die er nicht etwa mit den Eltern besprach, sondern nur in der Presse eine kurze Mitteilung hinterließ. Berg machte in der FR vom 2.5.73 "darauf aufmerksam, daß die Stadt mit allen Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege in Partnerschaft zusammen arbeite, ihnen jedoch in keiner Weise etwas anordnen könne." Auch bei der Forderung nach Räumlichkeiten für den Notdienst fühlt sich niemand von diesen Institutionen zuständig. Es wurden uns erst Hoffnungen gemacht (Faller), dann aber bis zur Klärung des Konfliktes vertröstet. Hinhalteversuche, wie auch der des Evangelischen Volksdienstes (als evtl. neuer Träger der Spielstube), dienen dazu, erst einmal die Bewohner zu beruhigen, sie durch Zurücknahme von Zusicherungen (B rem) in eine resignative Haltung zu treiben, um dann umso leichter die eigenen Vorstellungen durchzusetzen. Es ist ersichtlich, daß die AWO auf der einen Seite gerne als progressiver Verband gesehen werden will und dies auch in Worten ausdrückt, auf der anderen Seite aber den Worten Taten fehlen läßt, bzw. sogar im direkten Widerspruch dazu gerät, indem von Vertretung der Interessen gesprochen wird und genau den Interessen der Eltern und Kinder widersprochen wird. Indem von Solidarität gesprochen wird und Solidarität der Eltern mit hinterlistigen Mitteln begegnet wird. Lizzy Alfahrt auf der Bewohnerversammlung vom 9.5.73: "Wer ist mehr verpflichtet als die AWO, mit den Bewohnern, mit den Lohnabhängigen Solidarität zu üben."

Auf die Forderung nach personeller Mitbestimmung der Bewohner werden scheinbar Zugeständnisse gemacht, die sich aber selbst entlarven. FR v. 3.5.73 Richard Stegmann auf diese Frage: "Können Sie haben, allerdings nicht mit Frl. K., die ist für uns gestorben!" Auf die Forderung nach finanzieller Mitbestimmung der Bewohner wird in diskriminierender Weise geantwortet: "Die Leute können ja gleich fragen, ob die Stadt ihnen das Geld nicht direkt auszahlen soll."
Nicht die Eltern und Kinder interessieren, sondern nur die Möglichkeit der besseren Durchsetzung von bürokratischen Maßnahmen.

Am Freitag, den 25.5.73, wurde die Spielstube besetzt, nachdem die AWO auf den Brief des Bewohnerrates überhaupt nicht reagiert hatte. Stegmann stieß nur dunkle Drohungen aus: "Jetzt ist Schluß. Jetzt fällt der Hammer." Er wie Herr Faller, der Leiter des Jugendamtes, drohte mit der Polizei, und Stegmann kündigte Anzeigen besonders gegen die Bewohner an. (Faller: "Als Mensch stehe ich auf Ihrer Seite, aber als Beamter muß ich Sie darauf hinweisen... usw. usf.) Viele Bewohner, besonders die Frauen beteiligten sich an der Besetzung, Transparente wurden gemalt und aus den Fenstern gehängt. Als am Nachmittag die Polizei kam, eilten auch solche Bewohner in die Spielstube, um sie zu verteidigen, die vorher eher abseits gestanden hatten. Aber die Polizei schrieb nur die Parolen der Transparente ab und versuchte auszuhorchen, wer sie aufgehängt hat. Um die Bewohner der umliegenden Sozialwohnungen zu informieren, wurde ein Flugblatt geschrieben. Nachdem am Montag, den 28.5.,die Spielstube weiter besetzt wurde, bot die AWO Verhandlungen an.
Am gleichen Tag fand eine Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Frankfurt statt. Auf ihr stellte sich heraus, daß Frau Alfhart, die wiederum erklärte, daß keine Zusammenarbeit zwischen dem Vorstand der AWO und Frl. K. möglich sei, Frl. K. überhaupt nicht kannte. Man warf ihr so absurde Sachen vor, daß sie den Kindern bei einem Go-in in das AWO-Büro Pistolen in die Hand gedrückt habe usw. Bedeutsam an dieser Sitzung war, daß der Arbeitskreis Soziales, der die Vergabe der Mittel an die Wohlfahrtsverbände für die Stadtverordnetenversammlung vorstrukturiert, die AWO aufforderte, die Entlassung wieder rückgängig zu machen. Diese Tatsache und die interne Information vom gleichen Tag, daß die AWO die Spielstube abgeben wolle, haben wir zu wenig berücksichtigt. Wenn wir das den Bewohnern breit dargelegt hätten, dann wäre ihnen die AWO nicht so stark vorgekommen, dann hätte ihnen auch die Perspektive vor Augen gestanden, daß die Stadt die dann frei werdenden Gelder unter anderer Regie weiter an die Spielstube hätte geben müssen.

Die AWO schlug eine neue Taktik ein. Nachdem sie vorher jede Mitbestimmung abgelehnt hatte, sicherte sie auf einmal Mitbestimmung in personellen und finanziellen Fragen zu, kündigte die Einstellung einer weiteren Fachkraft an und versprach die Rücknahme der Strafanzeigen. Allerdings dachte sie nicht an die Rücknahme der Entlassung von Frl. K.
Viele Bewohner wurden dadurch unsicher, ob sie den Kampf fortsetzen sollten..Am Mittwoch, den 30.5.,versammelten sich etwa 15 Bewohner und beschlossen schließlich, zunächst hart zu bleiben und die Vorschläge der AWO zurückzuweisen. Sie zweifelten an der Ehrlichkeit der AWO, weil diese ja am Beispiel von Frl. K. gezeigt hätte, wie sie "Mitbestimmung" und "Zusammenarbeit" versteht. Nachwievor aber hielt die AWO gegen den Willen der Bewohner an der Kündigung fest. Auf der Verhandlung vom Dienstag hatte sie sogar ein neues Argument aufgetischt, nachdem die

alten bankrott waren. Frl. K. habe nämlich mit dem Briefkopf der AWO-Spielstube, also im Namen der AWO, Forderungen der Bewohner an die AWO verschickt (wie zum Beispiel Abenteuerspielplatz, Duschen usw.) Solche Eigenmächtigkeit könne kein Arbeitgeber dulden. Zweck dieser Argumentation war, daß die Bewohner sich mit dem Standpunkt des Arbeitgebers identifizieren sollten. Bei einigen Bewohnern hatte das auch gewissen Erfolg. Damit bekräftigte die AWO noch einmal, daß AWO und Interessen der Bewohner zwei Paar Schuhe sind, denn sonst hätte sie ja die Initiative von Frl. K. begrüßt und sich ihr sogleich angeschlossen trotz ihrer "Eigenmächtigkeit". Weil die AWO aber kein Verein zur Wohlfahrt, sondern zur Niederhaltung der Arbeiter ist, deshalb unterdrückte sie auch diese Initiative für die Interessen der Bewohner, indem sie Frl.K. entließ.

Am Freitag, den 1.6.,fiel dann die Entscheidung. Die AWO marschierte mit den Herren See und Zahn und 2-3 weiteren Vorstandsgrößen auf. Herr See gab zu, daß es ein Fehler gewesen sei, nicht vor der Entlassung mit den Bewohnern diskutiert zu haben (um ihre Zustimmung dazu zu erlangen d.V.) Die Herren sahen sich wieder gezwungen, die Entlassung von Frl. K. zu "begründen". Jetzt ließen sie alle anderen Vorwände fallen. Sie sagten: "Jeder Arbeitnehmer muß tun, was der Arbeitgeber sagt. Sonst besteht kein Vertrauensverhältnis mehr." Frl. K. aber sei mit ihrem Brief im Namen der AWO zu selbständig vorgegangen. Einer der Herren verglich die AWO mit den Farbwerken Hoechst, in denen so etwas auch nicht möglich sei. (Die fortschrittliche AWO argumentierte haarklein wie die katholische Caritas, die als Begründung für die Entlassung einer Sozialarbeiterin beim Arbeitsgerichtsprozeß ausführte:"Dadurch, daß die Klägerin... stets nur die Interessen der... Spanier vertreten hat, entstanden bei diesen völlig falsche Vorstellungen über die Aufgaben und Möglichkeiten des Verbandes, die in dieser Folge starke Differenzen zwischen der spanischen kath. Kolonie und dem Caritasverband und sogar eine ausgesprochene Frontstellung der Spanier ausgelöst hat.. Der Klägerin wäre es ein leichtes gewesen, diese Verhärtung zwischen den Beteiligten zu verhindern, wenn sie die ihr zugewiesene Aufgabe richtig erkannt und durchgeführt hätte, nämlich zwischen den Interessen der Spanier und denjenigen des Verbandes zu vermitteln und im Zweifelsfall denjenigen ihres Arbeitgebers, gemäss der Treuepflicht, die ihr obliegt, den Vorzug zu geben... Kein Arbeitgeber kann es hinnehmen, daß seine Angestellten bestimmen, in welcher Form das von ihm bestimmte Ziel seiner Arbeit erreicht wird. Der Arbeitgeber allein hat das Recht zu bestimmen, wie und in welcher Form seine Unternehmensaufgaben erreicht werden sollen. Wenn der Arbeitnehmer mit diesen Vorstellungen nicht konform geht, ist er gezwungen, seine Vorstellungen einem anderen Arbeitgeber oder in selbständiger Arbeit durchzusetzen... Es kommt daher nicht darauf an, welches Programm für die Betreuung von Gastarbeitern richtig oder falsch ist, sondern allein darauf, für welches der Arbeitgeber sich entschieden hat. Die bei ihm Angestellten haben sich dieser Entscheidung zu beugen.") (Aus dem Arbeitsgerichtsprozeß, Caritas Pforzheim, Mai 1971)
Der AWO-Vorstand behauptete schließlich schlankweg, er habe aus "sozialer Verantwortung" und aus "Sorge um die Bewohner" dem Frl. K. gekündigt. Ein Bauarbeiter, der in der Siedlung wohnt, faßte den Standpunkt der AWO so zusammen: "Ich kann in meinem Betrieb auch nicht machen, was ich will. Wenn der Chef zehnmal zu mir sagt: 'Du Arschloch!' passiert

nichts. Wenn ich das einmal sage, dann flieg' ich." Es kam zu turbulenten Szenen, als die anwesenden Bewohner und die sie unterstützenden Studenten und andere Personen die Unverschämtheiten der AWO angriffen. Die Herren der AWO zeterten: "Einige Leute drängen sich zwischen uns und die Bewohner. Wenn die Studenten nicht wären, dann wäre alles schon beigelegt. Fremde haben die Kinder geschädigt, indem sie die Spielstube boykottiert haben. Die Bewohner werden manipuliert." Solche "Argumente" zogen allerdings nicht, weil ja jedem klar war, wer auf der Seite der Bewohner gestanden hatte. Viele Bewohner sahen jedoch nicht mehr, wie sie die AWO dazu zwingen könnten, die Entlassung von Frl. K. rückgängig zu machen. Sie waren der Meinung, daß die AWO nie nachgibt. Sie sahen in einem eigenen Verein keine sichere Perspektive (ein Mitglied des Bewohnerrats: "Da müßte man viel zu viel Arbeit reinstecken. Ich kann doch nicht den Kitt vom Fenster essen.") Auf der anderen Seite gaben die Zugeständnisse der AWO ihnen die Möglichkeit, den Kampf mit dem Bewußtsein einzustellen, daß sie doch etwas erreicht hätten. Der Bewohnerrat stimmte also trotz allem dem Vorschlag der AWO mit 5 zu 2 Stimmen zu. Kaum war das geschehen, zog der AWO-Vorstand eine vorformulierte "gemeinsame Presseerklärung" aus der Tasche: "Die AWO erklärt ausdrücklich ihre Solidarität mit den Interessen der Bewohner und der Kinder der Wegscheidestr. Als Spitzenverband der Wohlfahrtspflege wird sie sich gemeinsam mit dem Bewohnerrat, den Eltern und Kindern der Wegscheidestr. mit Nachdruck dafür einsetzen, daß die Stadt Frankfurt a.M. und das Land Hessen die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in den sozialen Brennpunkten schaffen. Bewohnerrat und AWO werden künftig gemeinsame politische Aktionen planen und durchführen, um der sozialen Diffamierung der Bewohner der Übergangswohnung entgegenzutreten."

Photo: G. Pabst



Dieser Vorschlag wurde vom Bewohnerrat abgelehnt aus folgenden Gründen: "Der Kampf um die Spielstube hat die unterschiedlichen Interessen der AWO und der Bewohner gezeigt. Die von den Bewohnern formulierten Forderungen konnten in diesem Kampf teilweise erkämpft werden, ohne daß eine grundsätzliche Einigung bes. (im Falle Inge K.) erzielt werden konnte. Die unterschiedlichen Standpunkte bleiben auch weiterhin bestehen. Die von der AWO erklärte Bereitschaft, künftig gemeinsame politische Aktionen zu planen und durchzuführen, setzen wir unsere Skepsis entgegen. Wir bezweifeln, daß die AWO in der Lage ist, gegen die Situation im Wohnungswesen erfolgreich vorzugehen. Die in ihrem Vorschlag betonte Solidarität muß sich erst in Zukunft erweisen. Die Vergangenheit kann kein Zeugnis der Solidarität ablegen."

Die nach wie vor bestehenden Interessengegensätze zeigen sich auch in der Frage der Mitbestimmung. Die AWO schlug vor, daß die AWO, der Betriebsrat der AWO und der Bewohnerrat gleichberechtigt mitbestimmen sollten. Das hätte aufgrund der Abhängigkeit des Betriebsrats von der AWO bedeutet, daß der Bewohnerrat nichts zu sagen gehabt hätte. Der Bewohnerrat dagegen schlug paritätische Mitbestimmung vor, wonach 4 Vertretern des Bewohnerrates, 4 der AWO (einschl. Betriebsrat) gegenüberstehen sollten. Außerdem soll der Bewohnerrat ein Vetorecht in allen personellen und finanziellen Fragen haben. Praktisch heißt dies: Der Bewohnerrat führt zur Zeit Gespräche mit Sozialarbeitern, die Interesse an der Spielstubenarbeit in der Wegscheidestr. haben, obwohl die AWO geäußert hat, keine Sozialarbeiter mehr einzustellen. Die Bewohner

wollen die päd. Betreuer für ihre Kinder selbst bestimmen. An diesem Beispiel wird sich zeigen, ob die AWO zugesicherte Mitbestimmung in personellen Fragen praktisch zuläßt.
Die Ereignisse nach der Versammlung am Freitag zeigten noch einmal, daß die AWO längst nicht so stark war, wie es schien. Am Sonntag, dem 3.6. wurde in Koblenz die Sozialarbeitertagung der Arbeiterwohlfahrt abgeschlossen. Arno Kosmale, Ministerialrat im Bundesministerium für Familie hielt eine schöne Rede. Er sagte: die AWO müsse das Vorhandene nicht nur verbessern, sondern sogar prinzipiell verändern. Er forderte die Orientierung der AWO an politischen Zielen wie dem der "Gesellschaft der Gleichen". Er forderte, die AWO müsse sich zuerst mit jenen solidarisieren, die schwach sind und schließlich posaunte er aus: "Die AWO ist eine sozialistische Organisation." Diese Phrasen nahmen ihm viele Sozialarbeiter nicht mehr ab, weil sie u.a. am Beispiel der Wegscheidestr., über das die Tagungsteilnehmer breit informiert worden waren (150 Ex. der Dokumentation wurden verkauft) gesehen hatten, wie die Wirklichkeit aussieht. Dreiviertel der Delegierten stimmten einer Resolution zu, in der die Kündigung von Frl. K. verurteilt wurde. Die Resolution stellte heraus, daß die AWO deshalb die Kündigung ausgesprochen hatte, weil Frl. K. "die Aufgabe der Sozialarbeit im Interesse der Betroffenen wahrgenommen hat". Auch Bundesgeschäftsführer Haas konnte dieses Ergebnis nicht mehr mit der Unwahrheit verhindern, "daß die Eltern der Entlassung zugestimmt hätten". Der "fortschrittliche" Cheftheoretiker der AWO, Wolfgang Bäuerle, enthielt sich vornehm der Stimme. Schon eine Woche vorher hatte er auf Anfrage des AKS Frankfurt erklärt, er wisse nichts von dem Konflikt in der Wegscheidestraße (obwohl ihm Schreiben des Bewohnerrates und des AKS Frankfurt über den Konflikt zugegangen sind), und außerdem könne der Bundesvorstand darauf keinen Einfluß nehmen, weil jeder Kreisverband selbst verantwortlich sei. Zwei Tage später, am Dienstag, den 5.6., trat Lizzy Alfhart von ihrem Vorstandsposten im Frankfurter Kreisverband zurück. Die Frankfurter Rundschau führte das auf die traurige Rolle zurück, die sie im Wegscheidestraßen-Konflikt eingenommen hat. Auch der Geschäftsführer Stegmann kündigte.

Schlußfolgerung:

Den Bewohnern der Wegscheidestraße steht in diesem Konflikt direkt der bürgerliche Staat gegenüber. Denn die AWO ist keine selbständige Organisation, kein wirklich "freier" Träger. Sie ist finanziell vom Staat abhängig und personell und politisch eng mit der SPD verbunden. Dieser Staat ist keine unabhängige, über den Klassen stehende Instanz, die sich das Wohl des ganzen Volkes zur Aufgabe gemacht hat. Er ist vielmehr ein Klassenstaat, ein Staat der Kapitalistenklasse. Keine Maßnahme der Arbeiterwohlfahrt gegen die Bewohner der Wegscheidestr. ist richtig zu verstehen, wenn man nicht sieht, daß die Aufrechterhaltung der Diktatur des Kapitals auch die Hauptaufgabe der Wohlfahrtseinrichtungen des Staates ist.

Zunächst einmal ist das Kapital die direkte Ursache der Obdachlosigkeit von Teilen der Arbeiterklasse und kleiner Selbständiger (Händler, Schausteller usw.) In einer Gesellschaftsordnung, in der die breite Masse vom Arbeitslohn ausschließlich abhängt, führt jede Erschütterung

der wirtschaftlichen Entwicklung zur Obdachlosigkeit. So warf die Weltwirtschaftskrise 1929-33 Hunderttausende von Familien in Deutschland aus ihren Wohnungen, die sich dann in Bretterbuden und Laubenkolonien zusammendrängten. Die Kriege, die die deutsche Bourgeoisie aus imperialistischen Interessen führte, machten ebenfalls Hunderttausende obdachlos.
Aber auch in "normalen Zeiten", in Zeiten der Hochkonjunktur, ist die Zunahme der Obdachlosigkeit unvermeidlich. Zum großen Erstaunen der bürgerlichen Wissenschaft wuchs die Zahl der Obdachlosen auch Ende der 50er und in den 60er Jahren stetig an, obwohl die Kriegsfolgen weitgehend beseitigt waren. Der einfache Grund ist, daß mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion die Maschinerie ständig verbessert wird, d.h. Handarbeit durch Maschinenarbeit ersetzt wird, so daß notwendig eine Reservearmee von Arbeitslosen entsteht, die entweder vorübergehend oder dauernd aus der Produktion ausgestoßen werden. Aus einer Befragung von 75 Obdachlosen im Offenbacher Marioth vom Juli 1970 ergab, daß 16 % (= 12 Personen) arbeitslos waren und daß 62,5 % (=47 Personen) schon öfter arbeitslos gewesen sind. (Rudolph Bauer, Studie für einen sozialen Entwicklungsplan im Bereich der Mariothsiedlung, Juli 1970 Offenbach S. 49) Diese Unsicherheiten treffen insbesondere die untersten Schichten der Arbeiterklasse, Bauarbeiter, Tagelöhner, Möbelpacker usw. Außerdem gibt es die nicht zu unterschätzende Gruppe der Zigeuner, die sich als Musiker, Artisten und Händler kaum über Wasser halten können.

Wenn "endlich der Hausbesitzer, in seiner Eigenschaft als Kapitalist nicht nur das Recht, sondern vermöge der Konkurrenz gewissermaßen auch die Pflicht hat, aus seinem Hauseigentum rücksichtslos die höchsten Mietpreise herauszuschlagen" (Engels, Zur Wohnungsfrage, Ausgew. Werke Marx/Engels, Bd. 1 Berlin 1968 S. 549), wie soll dann Obdachlosigkeit vermieden werden können? Die Einweisung der Obdachlosen in Notunterkünfte hatte lt. Statistik folgende Gründe (30.6.1973): etwa 50 % wegen Unfähigkeit, die Miete zu zahlen, etwa 25 %, die ohne "Verschulden" vom Vermieter gekündigt bekamen (Eigenbedarf usw.) und etwa 20 %, die wegen Zerstörung von Wohnraum (Sanierung, Baufälligkeit, Feuer usw.) ihre Wohnung verlassen mußten und keinen Ersatz fanden.
Inzwischen weiß jeder, daß das Kapital lieber in Luxus- und Eigentumswohnungen investiert, selbst wenn Zehntausende später leerstehen, daß die Sanierung billige Wohnungen durch profitablere Geschäfts- und Appartementhochhäuser ersetzt, daß die Mieten rücksichtslos gesteigert werden usw. All das wird notwendig, weil die Konzentration der Industrie in den großen Städten den Bodenwert steigert. Die bestehenden Häuser entsprechen nicht mehr dem gestiegenen Bodenwert und werden saniert. Auf der anderen Seite aber setzt das Kapital jeder Lohnerhöhung den heftigsten Widerstand entgegen (aus Gründen der "Stabilität" seiner Profite). Wie soll da nicht Obdachlosigkeit entstehen?
"In einer solchen Gesellschaft ist die Wohnungsnot kein Zufall, sie ist eine notwendige Institution, sie kann mitsamt ihren Rückwirkungen auf die Gesundheit usw. nur beseitigt werden, wenn die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund aus umgewälzt wird.

Der "Sozial"staat steht dieser objektiven Entwicklung ohnmächtig gegenüber. Die Kapitalistenklasse kann und will Obdachlosigkeit, d.h. die elende Lage von Teilen der Arbeiterklasse, nicht beseitigen. Die bürger-

lichen Ideologen erklären, daß es "in jeder Gesellschaft ... eine bestimmte Zahl von Menschen geben wird, die nicht gewillt oder nicht in der Lage sind, sich in die Normalgesellschaft einzugliedern" (Deutscher Städtetag, Hinweise zur Obdachlosenhilfe, Köln 1968 S. 10) Sie halten die kapitalitstische Gesellschaft für die einzig mögliche Gesellschaftsordnung.
Die Bourgeoisie verweigert den Menschen, die sie ins Elend hinabstößt, bewußt auch noch die minimalsten Voraussetzungen einer menschenwürdigen Existenz. Der Sozialstaat setzt sich über aller Regeln des Grundgesetzes hinweg, auf das er gegenüber "Verfassungsfeinden" so gern pocht. Was größeren Hunden lt. Tierschutzgesetz zusteht, ein Käfig von 6 qm, das gesteht der "Sozial"staat vielen obdachlosen Arbeitern nicht zu. Er verschlechtert die sanitären Bedingungen (keine Duschen, Bäder, zu wenig Waschgelegenheiten, Klos usw.), er unterwirft die Obdachlosen einem "besonderen Gewaltverhältnis". Die Münchener "Unterkunftsanlagensatzung" verbietet z.B. allgemein das Wäschewaschen und -trocknen in den Wohnungen, das Halten von Hunden, die Obernachtung von Besuchern. Sie gestattet dagegen Behördenbesuche ohne Anmeldung selbst zur Nachtzeit. Sie gestattet Aus- und Umquartierung wegen jedes Verstoßes gegen die Satzung und aus Gründen des "allgemeinen Wohls" (vgl. Arbeitskreis junger Kriminologen Randgruppenarbeit, München 1973 S. 77-93)
Die Logik der Bourgeoisie bringt ein Oberverwaltungsrat der Stadt Mülheim/Ruhr treffend zum Ausdruck: "Erziehung, auch die sozialpädagogische Hilfe (!!! d.V.), kann auf das warnende Beispiel nicht verzichten. Das Vorhandensein einer solchen (Primitiv)-Unterkunft und die beständige Drohung nach dorthin zurückkehren zu müssen, ist häufig das letzte Mittel, die in besseren Unterkünften Lebenden vor einem Wiederabgleiten zu bewahren." (Blätter für Wohlfahrtspflege Nr. 6/70 S. 198)

Unter diesenVoraussetzungen fängt nun die Sozialarbeit ihr Geschäft an. Sie hat nicht die Aufgabe, die Verhältnisse zu ändern, sondern die Menschen. Wie soll das geschehen? Durch Aktivierung der "Selbsthilfekräfte". Derselbe Staat, der durch tausend bürokratische Maßnahmen tagtäglich die Obdachlosen erdrückt und verwaltet, der sie gegen ihren Willen jahrelang in Drecklöchern festhält, (vgl. die Beispiele des zähen Kampfes gegen die Sozialbürokratie, die E. Richter in seinem Buch "die Gruppe" anführt S. 253-260) gewährt den Obdachlosen gnädig "ein Trainingsfeld für die Eigenaktivität" (Deutscher Städtetag S. 23) So dürfen denn auch die Bewohner einen Rat wählen, sie dürfen über ihre eigene Unterdrückung mitbestimmen, sie dürfen Feste feiern,Kurse einrichten, sie dürfen in behördlichen Spielstuben selbst ihre eigenen Kinder beaufsichtigen, sie dürfen sich mit staatlichem Wohlwollen für Telefonhäuschen, Beleuchtung, Duschen, Spielplätze usw. einsetzen und dürfen besonders alles kostenlos selber machen, was die Stadt Geld kosten würde (Renovieren usw,) All das hat den Zweck "bei einer immer größer werdenden Zahl von Obdachlosen eine optimistischere Grundhaltung zu fördern und die Bereitschaft zur aktiven Bewältigung anstehender Probleme zu festigen (Deutscher Städtetag S. 22) Dieselbe Bourgeoisie, die rücksichtslos Hunderttausende von Menschen ins Elend stößt, reicht ihnen "brüderlich" die Hand zur "Zusammenarbeit", stellt sich als "Partner" der Obdachlosen hin.
Lizzy Alfhart: "Angetreten ist die AWO vor mehr als 50 Jahren mit dem Willen, die Armenpflege dieser Zeit... zu ersetzen... durch die Idee

der Solidarität." (AWO Kreisverband Ffm., 1973 S. 3) Allerdings: die "Solidarität" zwischen Unterdrückern und Unterdrückten.
In den "Hinweisen zur Obdachlosenhilfe" hat der Deutsche Städtetag die Bedeutung der Spielstuben so eingeschätzt. "Wesentlicher, vielleicht bedeutendster Ansatzpunkt einer Wiedereingliederung der gesamten Familie sind die vielfältigen Einrichtungen der Kinderhilfe..."
Was sind die Leitlinien?
"Hinführen zur Gemeinschaftsfähigkeit, zur Konzentration, zur Spiel-, Pflege- und Arbeitshaltung, Gewöhnung an Sauberkeit und Ordnung." (Köln, 1968, S. 19) (Das ist schlimmster Zynismus, wenn man bedenkt, daß in der Wegscheidestr. 52, 54, 56 keine einzige Dusche oder Bad vorhanden ist).

Die AWO hat in der Wegscheidestr. klar gezeigt, daß sie nur gewillt ist, die Gemeinschaftsfähigkeit der Arbeiterfamilien mit dem Vorstand der AWO zu fördern, nicht aber die Solidarität der Bewohner untereinander. Oberbürgermeister Rudi Arndt, der Schirmherr des Kreisverbandes Ffm der AWO, schrieb in seinem Grußwort zum AWO-Sommerfest 1972: "Materielle Hilfe für alle Menschen, die im Schatten stehen und die gleichzeitige Entfaltung ihres politischen Bewußtseins, damit sie selbst eingreifen können in die Fortentwicklung unserer Gesellschaft, das sind die beiden Bereiche, in denen die AWO wesentliche Beiträge leistet zur Demokratisierung der Sozialarbeit..." (S. 1).
Die Bewohner der Wegscheidestr. wollten "selbst eingreifen" in die "Fortentwicklung unserer Gesellschaft", allerdings von ihrer Interessenlage aus. Die Reaktion der AWO hat bewiesen, daß nur die "Selbsthilfekräfte" geschätzt werden, nur die "aktive Bewältigung anstehender Probleme", die vom Standpunkt der Bourgeoisie aus annehmbar ist,d.h. vom Standpunkt der Zusammenarbeit, der freiwilligen Unterordnung. "Demokratisierung der Sozialarbeit", d.h. für die AWO in Wirklichkeit nicht Entscheidungsfreiheit der Volksmassen, sondern daß die Volksmassen willkürliche Entlassung, Drohungen gegen Bewohner, Anzeigen, Hausverbot, Spaltung und Diskriminierung als Ausdruck sozialer Gerechtigkeit anerkennen.
Der Liberalismus des "Sozial"staates endet schnell, wenn der objektive Interessengegensatz zwischen den Klassen auch in den Obdachlosensiedlungen aufbricht. Die Entlassung der Sozialarbeiterin Inge K. zeigt für die Sozialarbeiter:
1. daß der bürgerliche Staat nicht gewillt ist und nicht sein kann, die Interessen der obdachlosen Teile der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums zu vertreten;
2. daß die soziale Hülle von Mitbestimmung und Zusammenarbeit sofort fällt, wenn die Interessen der Bourgeoisie auch nur geringfügig verletzt werden. Dann kommt der wirkliche Charakter des Sozialstaates zum Vorschein, nämlich ein Teil der bürgerlichen Unterdrückungsmaschinerie zu sein;
3. daß der "Spielraum" des Sozialarbeiters, in diesen Fesseln die Interessen des Klientels zu vertreten, sehr gering ist, daß "sozialistische Sozialarbeit" vom bürgerlichen Staat nicht bezahlt wird;
4. daß die Obdachlosen sich im Kampf gegen den "Wohlfahrts"staat zusammenschließen müssen, um eine Änderung ihrer Lage zu erreichen.

Der Konflikt hat noch einmal bewiesen, daß die Sozialarbeiter nicht die Hauptkraft sind, die eine Änderung der Lage der Obdachlosen her-

beiführen können. Die bei der AWO angestellten Sozialarbeiter, Praktikanten usw. haben eine völlig untergeordnete Rolle gespielt. Entweder haben sie versteckt oder offen gegen die Bewohner gearbeitet, oder haben sich versteckt mit ihnen solidarisch erklärt, indem sie uns informierten oder sonst wie unterstützten. Andere Sozialarbeiter in Ffm, Hessen und im Bundesgebiet haben sich mit wenigen Ausnahmen (AKS) nur verbal solidarisch erklären können. Der Konflikt in der Wegscheidestr. hat keine Antwort darauf gegeben, wie Sozialarbeiter im Dienst der Arbeiterklasse handeln können. Es wurden keine Schritte unternommen, die Frankfurter Arbeiterklasse für den Kampf der Obdachlosen zu gewinnen. Dagegen viele Schritte, um andere Sozialarbeiter zu gewinnen. So fanden die Bewohner der Wegscheidestr. hauptsächlich Unterstützung bei den Teilen des Kleinbürgertums und der Intelligenz, die sich berufsmäßig mit Sozialarbeit beschäftigen und Teilen der linken SPD. Die Arbeiterklasse ist jedoch die soziale Kraft, die am entschlossensten den Kampf zur Beseitigung der Verhältnisse führen muß, unter denen auch die Obdachlosen leiden. Erst die Verschmelzung mit dem Kampf, den Zielen und den Organisationen der Arbeiterklasse wird den obdachlosen Teilen der Arbeiterklasse die Möglichkeit eröffnen, mit der Umwälzung der gesamten Produktionsverhältnisse auch ihre elende Lage grundlegend zu ändern. (vgl. SVI, Materialien zur Sozialarbeit/-Pädagogik Nr. 2 Berufsperspektive I 1973 S. 34-43 und S. 67-74 Bestellung an SVI e.V. 56 Wuppertal, Friedrich-Engels-Allee 164 a).

Wohnkollektiv Bochum, Wittenerstraße
Landschaftsverband Westfalen-Lippe versucht Wohnkollektiv zu reglementieren!

Die Jugendwohngemeinschaft Wittenerstr. in Bochum (Träger Verein Soziale Jugendarbeit) gibt in unregelmäßigen Abständen eine in eigener Regie erarbeitete Kollektivzeitung heraus, die u.a. im Ortsteil und an andere Kollektive im Bundesgebiet verteilt wird. Die Kollektivzeitung v. 19.4.1972 gibt Berichte von Jugendlichen wieder, in denen sie ihre Erlebnisse in Heimen und vor Gerichten schildern; diese Zeitung wurde im Info Sozialarbeit Heft Nr. 1 "Fürsorgeerziehung" abgedruckt und erfuhr so Anfang 1973 zusätzliche bundesweite Verbreitung. Danach schaltete der Landschaftsverband sofort und versuchte in einem Brief an den Träger, die freie Meinungsäußerung der Jugendlichen zu unterdrücken. Die Jugendlichen der Wohngemeinschaft haben diese Versuche bewußt und energisch zurückgewiesen.

Wir werden die Jugendlichen durch eine weitere Veröffentlichung dieser Auseinandersetzung unterstützen und drucken hier Auszüge aus ihrer Zeitschrift ab:

Alle haben Pressefreiheit nur wir nicht!

In der Wittenerstr. 462 wohnen 6 Jugendliche in einem Fürsorgekollektiv. Wir, die Jugendlichen, stehen unter FE oder FEH und kommen alle aus Heimen. Unser Kollektiv soll ein Gegenmodell gegen die üblichen Heime sein. Das Kollektiv wird vom Verein für soziale Jugendarbeit geleitet, finanziert wird es von den Landesjugendämtern. Der Verein hat bestimmte Auflagen vom Jugendamt, nach denen er arbeiten muß. Geschieht dieses nicht, so werden die Gelder gestrichen und das Kollektiv wird geschlossen. Dann müßten die Jugendlichen ins Heim zurück.
Das Kollektiv besteht schon seit 3 Jahren. In dieser Zeit wurden die Leute öfter ausgewechselt, da einige nach Hause gingen oder auch straffällig wurden. Manche mußten zurück ins Heim, andere mieteten sich gemeinsam eine Wohnung und gründeten ein neues Kollektiv. Sie ließen ihre FE auflösen und wurden dadurch unabhängig, so daß sie endlich so zusammen leben konnten, wie sie wollten.
Das Kollektiv hat bis jetzt auf dem Gebiet der Resozialisierung mehr Erfolge aufzuweisen als irgendein anderes Heim. Das gibt uns die Möglichkeit, über unsere Situation nachzudenken und zu diskutieren, z.B. wie wir eigentlich ins Heim gekommen sind und welche Rolle wir in der Gesellschaft spielen. Mir ist es doch klar, warum man mich im Heim so kurz gehalten hat. Als ich wieder raus kam, sollte ich meine Schnauze nicht aufmachen; im Kollektiv dagegen kann ich mich so entwickeln, daß ich mich wehren kann, wenn mir etwas nicht paßt.

Im Kollektiv haben wir schon öfter mal Veranstaltungen gemacht, die sehr gut besucht waren. Wir haben z.B. über Drogenprobleme gesprochen, weil man damit immer wieder konfrontiert wird, oder wir haben Filme gezeigt und anschließend darüber diskutiert. Wir, das Kollektiv Bochum, haben einmal alle Kollektive aus NRW eingeladen und Erfahrungen ausgetauscht. Wir haben jetzt noch Kontakt zu ihnen und informieren uns gegenseitig über gemeinsame Probleme.
Bei uns im Kollektiv haben wir einen Aufgabenplan aufgestellt, da wir vorher sehr viele Schwierigkeiten mit dem Saubermachen hatten. Die Kollektivzeitung wird von uns ganz allein gemacht. Auch die Ideen sind von uns, vom pädagogischen Personal dürfen lediglich Berichte und Informationen kommen. Der Redaktionsstab besteht ausschließlich aus Kollektivmitgliedern. Der abgedruckte Brief ist eine glatte Erpressung gegen den Redaktionsstab und das pädagogische Personal. Aber wir lassen uns nicht erpressen, besonders nicht von solchen Leuten, die versuchen, uns zu unterdrücken. Wir haben es satt, uns etwas vorschreiben zu lassen,und wir werden uns mit Händen und Füßen wehren, denn wir wollen endlich frei sein.
Das FE-Kollektiv wird von 3 Leuten betreut, die Angestellte des Vereins sind. Es sind Pädagogen, die nur als Berater im Kollektiv erwünscht sind. Das Jugendamt sollte seine Finger nicht in die pädagogische Arbeit stecken, wie es zum Teil versucht wurde. So hat das Jugendamt beispielsweise verhindert, daß Jugendliche neu ins Kollektiv aufgenommen wurden. Ihnen war jedes Mittel recht, denn sie haben sogar den Eltern der Jugendlichen davon abgeraten, ihre Kinder hierhin zu bringen. Ein anderes Beispiel: Es wurden Gelder, die für die Innenausstattung notwendig sind, hinausgeschoben, so daß man nicht die Möglichkeit hatte, die Räume so einzurichten, wie man es gerne wollte. Wir haben uns dann behelfsmäßig eingerichtet und mußten die Möbel zum Teil vom Sperrmüll holen.
Leute vom Jugendamt, vor allen Dingen CDU-Leute, haben sich darüber aufgeregt, daß bei uns auf der Toilette ein Marienbild hing, was sie als Gotteslästerung empfanden. Es ist doch wohl die Sache jedes einzelnen, was er sich aufs Klo hinhängt, und ich weiß auch nicht, was das mit pädagogischer Arbeit zu tun hat. Überhaupt möchten wir uns eine Lebensform schaffen, die uns gefällt und nach der wir auch leben können. Im Heim haben wir diese Möglichkeit nicht gehabt und würden sie auch nicht bekommen. Das Kollektiv ist für uns der einzige Ort, um sich wirklich frei zu entfalten. Ich wünsche mir, daß es bald keine Heime mehr gibt, sondern nur noch Kollektive, in denen wir leben können.

Brief des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe an den Verein Soziale Jugendarbeit Bochum

Vor einigen Tagen erhielt ich die Kollektivzeitung der Wohngemeinschaft in Witten vom 19.4.1972 zugeschickt. Ich war nicht wenig erstaunt über den Inhalt und frage mich, was eine solche einseitige Darstellung der Jungen über die Heimerziehung für einen Sinn haben kann. Es ist sicher wichtig, daß die Jugendlichen zu ihrer eigenen Vergangenheit kritisch Stellung nehmen, und zwar in Gruppensitzungen und in Einzelgesprächen. Wenn aber eine Zeitung ausschließlich mit unreflektierten und ungeprüften Beiträgen gegen die Heimerziehung erscheint, so liegt zumindest der Verdacht nahe, daß hier bewußt gegen die öffentliche Erziehung polemisiert wird.
Sie selbst und Ihre Mitarbeiter wissen doch inzwischen nur zu gut, wie solche Berichte oft zustande kommen, vor allem, mit welcher Motivation. Ich erinnere an Ihr Schreiben vom 23.3.1972, in dem es u.a. heißt: "...Wir bemühen uns doch inzwischen auch Entweichern nicht alles zu glauben, was sie über Heime erzählen!" Die gleichen Jugendlichen, die diese Zeitung verfaßt haben, führten ja seinerzeit auch über die Wohngemeinschaft Beschwerde und sprachen von zum Teil chaotischen Zuständen. Hätte das Landesjugendamt allen Angaben dieser Art im Laufe der Zeit Glauben geschenkt, so bestände Ihre Einrichtung heute wohl nicht mehr.
Die Zeichnungen in der Kollektivzeitung geben allerdings zu denken und lassen evtl. Rückschlüsse auf das Leben in der Wohngemeinschaft zu.
Es wird dabei keineswegs verkannt, daß die Heimerziehung weiterhin reformbedürftig ist und daß viele Jugendliche eine geradezu tragische Vergangenheit haben. Es wäre aber doch absurd, ohne die Zusammenhänge aufzuzeigen, gerade die Menschen anzugreifen, die, wenn auch oft mit unzureichenden Mitteln, aber zum Teil unter Verzicht auf ihr Privatleben, ihre Hilfe anbieten, um noch größeres Unglück und Unrecht zu vermeiden. Ihre Mitarbeiter haben im letzten Jahr selber des öfteren gebeten, einige Jugendliche in Heimerziehung zurückzunehmen, weil sie mit der ihnen gebotenen Freiheit nicht fertig wurden. Ich erwarte von den Verantwortlichen einer Wohngemeinschaft, daß sie die Jugendlichen dazu motivieren, nicht nur "anzuklagen", sondern auch konstruktiv und zukunftsorientiert mitzuarbeiten und die Hilfen anzunehmen, die ihnen auch in einer verbesserungsbedürftigen Gesellschaftsstruktur immer noch in beachtlicher Weise angeboten werden.
Ich bitte Sie daher, im Interesse der Jugendlichen und nicht zuletzt auch im Interesse einer weiteren guten Zusammenarbeit mit Ihnen von der Veröffentlichung derart negativ gefärbter Berichte gegen die Heimerziehung abzusehen.
Meine Mitarbeiter und ich würden es sehr bedauern, wenn die sich seit kurzer Zeit anbahnende positive Zusammenarbeit mit Herrn Brand und Herrn Kurzeja durch Verstöße gegen unsere Vereinbarungen beeinträchtigen würde.
Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir jeweils eine Ausfertigung der Kollektivzeitung zusenden würden.

Mit freundlichem Gruß
i.A. (Abel) Landesoberverwaltungsrat

Stellungnahme der Jugendlichen

1. Der Brief ist an den Verein "Soziale Jugendarbeit e.V." gerichtet, obwohl er die Zeitung ("Kollektiv-Zeitung") nicht gemacht hat, sondern das Kollektiv.
2. Die Wohngemeinschaft ist nicht in WITTEN, wie im Brief angegeben ist, sondern in Bochum, Wittener Str.

3. Zu dem Vorwurf der "einseitigen Darstellung der Jungen über die Heimerziehung..." Es ist zynisch, von Einseitigkeit zu reden, da w i r doch die Erfahrungen im Heim lange Zeit haben ertragen müssen. Wir können das, was wir geschrieben haben, nicht schöner darstellen, weil das dann gelogen wäre.
Uns wird vorgeschlagen, zwar zu kritisieren, jedoch in GRUPPENsitzungen und in EINZELgesprächen. Das heißt doch, in diesem Rahmen wird es vom Landesjugendamt erlaubt, aber wenn wir, wie wir es getan haben, an die Öffentlichkeit gehen, dann wird uns eine Zensur vorgesetzt. Heißt es nicht ÖFFENTLICHE ERZIEHUNG? "Öffentliche Erziehung" meint bisher nur, daß sie mit "öffentlichen Mitteln", d.h. mit den Steuergroschen, finanziert wird. Wir jedoch meinen, daß darüber hinaus die Öffentlichkeit genau informiert werden muß, wie die pädagogische Arbeit in den Heimen und auch in dem Kollektiv, in dem wir leben, aussieht. Das unbedingte Recht hat die Bevölkerung, weil es ja ihre Söhne und ihre Töchter sind, mit denen etwas "gemacht" wird, und weil sie es ja auch sind, die diese Einrichtungen bezahlen!

4. Mit welcher Motivation diese Berichte zustande kommen, wissen wir selbst am besten: wir haben es alles erlebt, und nicht Herr Abel vom LJA! Man kann doch nicht die Aussagen in der Kollektivzeitung verbinden mit dem, was einige Vereinsmitglieder über die Erzählungen anderer Jugendlicher über die Heime sagten!

5. Es ist doch unbestreitbar, daß die Hauptseite der pädagogischen Arbeit im Kollektiv positiv ist. Oder hätten sonst die Jugendlichen eine eigene Zeitung machen können? Gibt es Heimzeitungen, die die dort lebenden Jugendlichen selbst schreiben können ohne Zensur?? Im Landesjugendwohlfahrtsausschuß haben Frau Schulte und Herr Garske vom LJA im Oktober 1972 selbst deutlich gesagt, daß die Wohngemeinschaft Bochum sehr positiv eingeschätzt wird. Die dort versammelten Teilnehmer waren weiterhin von der dortigen Arbeit beeindruckt.

6. Wir müssen Abel den Vorwurf machen, daß er "einseitig" ist. Warum lassen die Zeichnungen "Rückschlüsse auf das Leben in der Wohngemeinschaft zu"? Hat er nicht begriffen, daß diese Zeichnungen die Vorurteile in bezug auf das Leben einer Wohngemeinschaft aufzeigen sollen? Die Bewohner von Bochum-Laer und OPEL-Arbeiter erkannten die Zeichnungen klar als Satire...

7. In der "Einführung zum JugendWohlfahrtsGesetz" werden Reformen gefordert. Die tatsächlich wahrnehmbaren Reformen in den Heimen sieht jedoch so aus, daß man die Gitter beseitigt und Panzerglasfenster einsetzt. Was heißt hier "...tragische Vergangenheit..."? Das ist zynisch. Tragisch sind sie, gewiß. Aber warum? Sie sind doch nur Symptome unserer Gesellschaft. Die Ursachen werden nicht bekämpft und behoben. Stattdessen wird gejammert - tragisch!! Wieso haben nur "viele Jugendliche" eine tragische Vergangenheit erlebt, wie es Abel schreibt? Das sind doch keine Einzelschicksale, sondern das geschieht tagtäglich mit sehr vielen Jugendlichen, beinahe mit allen! Sie werden doch ausgebeutet im Betrieb, fertiggemacht in Schulen, damit sie spuren.

8. Es wird geschrieben, das die "Mittel unzureichend sind". Unsere Gesellschaft erarbeitet Reichtümer, die jedoch nur in die Taschen weniger Leute fließen. Der Sozialetat ist minimal. Es ist doch nicht verwunderlich, daß in diesem System für die Heime kaum Geld für eine bessere Ausbildung ihrer Erzieher etc. bereitgestellt wird. Klar, daß die Heimerzieher sich "hingeben müssen", auf "ihr Privatleben" verzichten, damit die Misere noch irgendwie erträglich bleibt. Die Heime müssen doch so bleiben wie sie sind, damit sie immer einen Drohcharakter haben für Jugendliche, die sich nicht so leicht anpassen lassen wollen!

9. Sicher wurden von den im Kollektiv arbeitenden Pädagogen Jugendliche wieder ins Heim zurückgeschickt. Aber nicht aus dem Grund, weil sie "mit der Freiheit nicht fertig wurden...", sondern weil sie im Heim schon so kaputtgingen, daß sie danach mit der Freiheit nicht fertig wurden!
Im Kollektiv wird auf der Basis der gegenseitigen Kritik und Selbstkritik gearbeitet und gelebt. Erst dadurch kam unser zukunftsorientiertes Handeln zustande. Warum besuchen wir nun Schulen, Betriebe, Krankenhäuser, in denen wir arbeiten, lernen? Gewiß halten wir auch die Gesellschaft für verbesserungswürdig: gerade wir können das doch zurecht sagen! Aber über die herkömmlichen Parteien allein geht das wohl kaum, denn dann sähe es z.B. in den Heimen anders aus...

10. Abel schreibt ultimativ, daß wir "von einer Veröffentlichung derart negativ gefärbter Berichte gegen die Heimerziehung" absehen sollten. Waren wir oder Abel im Heim? Wir verbitten uns diesen strengen Eingriff, der ja mit einer Zensur gleichzusetzen ist.

11. Zuletzt laden wir Vertreter des Landesjugendamtes (Abel, Schulte) ins Kollektiv ein, um mit ihnen konstruktiv über Heimerziehung und das Wohnkollektiv Bochum, Wittener Str. 462, zu diskutieren.

Der Konflikt zwischen Landschaftsverband und dem Verein Soziale Jugendarbeit spitzt sich zu. Die folgende Presseerklärung erreichte uns am 10.10.73:

Presseerklärung vom 9.10.73

Eine Reihe von intensiven Besprechungen zwischen dem Verein für Soziale Jugendarbeit e.V., der das über Bochum hinaus bekannte Fürsorgekollektiv an der Wittener Straße trägt, und dem Landesjugendamt bzw. Landesjugendwohlfahrtsausschuß steht bevor. Notwendig wurden diese Gespräche, weil das LJA seit Mai dieses Jahres durch willkürliche finanzielle Maßnahmen die pädagogische Arbeit des Vereins behindert. So konnte der Verein bis heute nicht einen notwendigen zweiten Sozialarbeiter einstellen. Seit fast einem halben Jahr schmort in der Kämmerei des Landschaftsverbandes die Entscheidung über die Erhöhung von Pflegesätzen.Höhere Pflegesätze werden in der Sache vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband und den Pädagogen im LJA unterstützt, aber von Bürokraten verzögert.
Regelmäßige monatliche Abschlagzahlungen sind seit Mai d.J. um die Hälfte gekürzt worden mit einer Begründung, die anstelle pädagogischer rein profitorientierte Maßstäbe zugrunde legt. Von den jetzt bezahlten Abschlägen können gerade eben die anfallenden Kosten der Jugendlichen gedeckt werden. Den Angestellten, deren Zahl vom LJA vorgeschrieben ist, wird offenbar zugemutet, von "Luft und Liebe" und auf Kredit zu existieren.
Offenbar wollen die Finanztechnokraten im LJA dieses einzige Wohnkollektiv von männlichen Jugendlichen in der öffentlichen Erziehung in Westfalen - entgegen positiven Äußerungen einzelner Pädagogen im LJA und vor allem im Landesjugendwohlfahrtsausschuß - kaputt machen.
Dagegen wird der Verein sich zu wehren wissen. Es wird endlich Zeit, daß auch hier die Verwaltung den Interessen der Betroffenen untergeordnet wird und nicht umgekehrt.
Der Verein Soziale Jugendarbeit e.V. wendet sich an die Öffentlichkeit auch mit der Bitte um Spenden: auf das Konto 93 77 11 bei der Westfalenbank AG Bochum.
Auf Anfragen wegen anderer Formen der Unterstützung gibt der Verein gern Auskunft.

Verein Soziale Jugendarbeit e.V., Bochum-Querenburg, Lennershofstr. 66 (8), Tel. 70 25 76.

Peter van Spall
Tommy Weissbecker-Haus

Über 2000 Jugendliche sind allein in Westberlin ohne Arbeit, Wohnung und Papiere. Die meisten dieser "Trebegänger" stammen aus sozial gefährdeten Familien und Erziehungsheimen, Jugendgefängnissen und Nervenkliniken. Sie sind von dort ausgerissen, um nicht mehr unterdrückt zu werden und endlich ihre eigene Identität zu finden, die dort aufgrund extrem autoritärer Strukturen nur zerstört wird. Das ist bei unseren gesellschaftlichen Verhältnissen natürlich sehr schwer. Das Fehlen von Verständnis und Liebe wird daher von ihnen oft durch die Flucht in harte Drogen und zweifelhafte "Bekanntschaften" kompensiert, die sie noch tiefer in die Sackgasse hineinführen. Es gibt gegenwärtig wohl nur einen Ausweg aus dieser für Trebegänger fatalen Situation: die Schaffung von selbstverwalteten Wohnkollektiven, in denen Treber und sozialpolitisch motivierte Jugendliche ihre Lebenspraxis entsprechend ihren Bedürfnissen und weitgehend unabhängig von staatlicher Kontrolle organisieren.

Das Wohnkollektiv des Westberliner Tommy Weissbecker-Hauses hat gemeinsam mit anderen Jugendlichen eine solche Arbeit beginnen können. Wie kam es dazu:
In dem vom Verein SozialpädagogischeSondermaßnahmen Berlin e.V. unterhaltenen autonomen Jugendzentrum "Drugstore" wurde vor etwa einem Jahr eine "Wohngruppe" gebildet, die aus Trebern und politisch engagierten Jugendlichen bestand und ein Wohnhaus für die "Randgruppenarbeit" erkämpfen wollte. Offenbar erhielten allmählich viele Treber von diesem Plan durch Mundpropaganda Kenntnis. Es kamen immer mehr von ihnen in den von der Staatsbürokratie nicht kontrollierten beliebten Treffpunkt, so daß er Mitte Februar in ein Notquartier für Treber umfunktioniert werden konnte. Etwa achtzig überwiegend wohnungslose Jugendliche erklärten den "Drugstore" am 19. Februar für besetzt. Die Vereinsgruppen solidarisierten sich mit dieser Aktion. In den darauf folgenden drei Wochen konnten die Treber dort kostenlos essen und auf Matratzen schlafen. In dieser Zeit kam es auch zu Verhandlungen mit den Vertretern der Administration, die anfangs nicht mitziehen wollte, dann aber wegen der Solidarität der Aktion und unter dem Druck der Öffentlichkeit - Funk, Fernsehen und Presse berichteten ausführlich über diese Aktion! - nicht nur die Aktion im nachhinein legalisieren mußte, sondern auch das von den Jugendlichen seit langem geforderte Haus in der Kreuzberger Wilhelmstraße 9, ein seit Monaten leerstehendes dem Grundstücksamt gehörendes Gastarbeiterwohnheim für diesen Zweck zur Verfügung stellte.

Zur Zeit bewohnen etwa fünfzig Jugendliche, darunter einige Absolventen von Sozialarbeiterfachschulen, drei Etagen dieses Wohnheims. Das vierte Stockwerk soll nach der Renovierung nach der Meinung des Kol-

lektivs als "Durchgangsstation" für neue Treber dienen, falls es gelingt, über den Jugendsenator große Wohnungen für weitere Wohngemeinschaften dieser Art zu mieten. Das Tommy-Weissbecker-Haus wird nach außen durch einen Koordinationsausschuß vertreten, der aus je zwei Delegierten des Vereins Sozialpädagogische Maßnahmen Berlin e.V. und des Wohnkollektivs sowie je einem Vertreter des Jugendsenators, des Kreuzberger Grundstücksamtes und des Berliner Jugendclub e.V. besteht, der offizieller Mieter des Hauses ist und mit dem Kollektiv einen Untermietvertrag abgeschlossen hat. Alle hausinternen Probleme, einschließlich der Neuaufnahmen etc. entscheidet die Vollversammlung des Wohnkollektivs in eigener Verantwortung. Dabei gibt es laufend Auseinandersetzungen mit der Bürokratie, da der Versuch, in einer Wohngemeinschaft dieser Größenordnung unbeaufsichtigt und eigenverantwortlich zusammenzuleben, letztlich eben doch eine politische Provokation für eine Gesellschaft darstellt, deren Auffassungen von der idyllisierenden Ideologie der Kleinfamilie - der Keimzelle des bürgerlichen Staats! - geprägt ist und die sich daher auch nicht vorstellen kann, daß progressive Jugendliche anders leben wollen.

Während die sprunghaft ansteigende Wirtschaftskriminalität - nach dem Bamberger Staatsanwalt Graffke ist die BRD mit Steuerhinterziehungen etc. von 70 Mrd. DM sogar einmal führend! - anscheinend für die Polizeibürokratie immer noch kein relevantes Problem ist, werden immer wieder Aktionen gegen linke Emanzipationsgruppen mit dem Ziel der Diskriminierung durchgeführt. Das geschah auch beim Weissbecker-Haus. Am 3. Juni stürmten 14 Polizisten mit gezogenem Knüppel ins Haus, um einen Jugendlichen zwangsweise zu einem Gerichtstermin abzuholen. Wie sich später herausstellte, war der Vorführungsbefehl längst überholt. Am 17. Juni suchten 150 Polizisten mit drei Einsatzwagen und mehreren Krankenwagen nach einem Sack Gips und mehreren Balken Bauholz. Als die Quittungen für das gekaufte Baumaterial vorgelegt wurden, mußte die Polizei wieder abziehen. Am 21. Juni fanden zwei Polizisten auf der Suche nach einem bereits weggezogenen Jugendlichen eine Kiste Molotov-Cocktails, die auf einem Treppenabsatz für jedermann sichtbar abgestellt war und sogleich der Politischen Polizei übergeben wurde. "Zufällig" war die BZ sofort da, um den Inhalt der Kiste zu fotografieren. Einige Sprecher des Kollektivs vermuten, daß die Junge Union hier aktiv geworden ist, um ihnen Schwierigkeiten zu machen. Aber gerade diese Jugendlichen, denen im allgemeinen mit Vorurteilen und Repressionen begegnet wird, beweisen der Öffentlichkeit, daß sie zumindest Ansätze einer demokratischen Selbstverwaltungsorganisation realisieren können. Damit sind sie schon weiter als manche Vertreter der Arbeiterbewegung, die von der Emanzipation vielleicht noch reden, sie aber nicht von der Theorie in die Praxis umsetzen. Schon aus diesem Grunde kann man hoffen, daß dieses autonome Großkollektiv nicht vor den zahlreichen Schwierigkeiten resigniert, die es immer im Emanzipationskampf geben wird. Es hat wie das Georg-von-Rauch-Haus eine weit über Berlin hinausgehende politische Bedeutung und kann für viele Jugendliche ein Vorbild sein.

Aufgrund der Polizeiaktionen wandten sich zwanzig Mieter aus Nachbarhäusern mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit. Darin heißt es u.a. "Wir sind der Auffassung, daß man es den jungen Leuten hoch anrechnen muß, daß sie sich aus eigener Kraft bemühen, in ihrer selbstgewählten

Gemeinschaft ihre Probleme zu lösen. Sie haben genauso ein Wohnrecht wie jeder andere auch. Durch den Schularbeitszirkel im Weissbecker-Haus haben wir mit den Bewohnern schon längere Zeit gute Kontakte. Seit einiger Zeit arbeiten wir zusammen in einer Bürgerinitiative, die in der Friedrichstraße einen Abenteuerspielplatz durchsetzen will."

Anschrift für Interessenten: Tommy-Weissbecker-Haus, 1 Berlin 61, Wilhelmstr. 9. Tel. (030) 2 51 90 83

Zeitschriftenbibliographie Jahrgang 1971 zum Themenbereich "Heimerziehung"

Immer wieder erhalten wir Woche für Woche Zuschriften von Gruppen, Sozialarbeitern und Studenten, in denen sie um Materialien, Literaturangaben zu den verschiedenen Themenbereichen anfragen. Diesem Wunsch nach Information und Austausch sind wir in der Vergangenheit nachgekommen, indem wir eine Zusammenstellung der uns bekannten neuen Materialien aus der Sozialarbeit abdruckten. Dieses Verfahren werden wir auch weiterhin beibehalten und bitten daher alle Interessierten, uns über ihre Arbeiten (Graduierten-/Diplomarbeit, Konfliktberichte, Zeitungen, Materialzusammenstellung etc.) zu berichten.
Darüberhinaus sollen in Zukunft systematische Übersichten zu den einzelnen Themenbereichen (z.B. Heimerziehung, GWA und Stadtteilarbeit, Resozialisierungsbereich etc.) erarbeitet werden.

Wir beginnen in diesem Heft mit einer Zeitschriftenbibliographie zum Themenbereich "Heimerziehung"; zusammengestellt von Günther Pabst, 6 Frankfurt, aus verschiedenen deutschsprachigen sozialpädagogischen Zeitschriften des Jahrganges 1971.

In einem der nächsten Hefte folgt die Zeitschriftenbibliographie für das Jahr 1972.

Verfasser	Titel	Zeitschrift/Heft
Auersch	Eine subsidäre Äußerung zum Heimbericht	Soziale Arbeit Nr.12
Autorengruppe	Heimerziehung	Unsere Jugend Nr. 5
Autorengruppe	Merkmalszusammenhänge b. hilfreichen Gesprächen v. Psych. u. Erz. mit Jgdl.	Zeitschr.f.Entw.-u.Pädag.Psychologie Heft 2
Autorenkollektiv	Materialien zum Kampf d. Arbeiterbewegung gegen die bürgerliche Fürsorgeerzieh.	Erziehung & Klassenkampf Heft Nr. 4
Badenhob	Erziehung im Kollektiv	AFET-Brief Nr. 1/2
Bäuerle	Die Situation der Heimerz. in der BRD	Soziale Arbeit Nr.9
Baron	Verwahrlosung	Jugendwohl Nr. 1
Bartel	Heimträger u. -bewohner Leidtragende d. wirtschaftl. Entwicklung	Bl.d. Wohlfahrtspflege Nr. 6
Bartl	Vom Waisenhaus zur öffentl. Jugendhilfe	Berichte u. Dokumente Hbg.

Bettelheim	Niemals allein: Kibbuz-Kinder	Spiegel Nr. 11
Biesenbach	Gedanken zur Zusammenarbeit v. Ju-wohnheimen mit Heimen d. Jugendfürsorge	Die Heimstatt Nr. 3/4
Birke	Unterschicht-Subkultur	Nachrichtendienst d.D.Vereins Nr. 2
-	Das Kind zw.Heim, Elternhaus u. Verwaltung	Bl.d.Wohlfahrtspflege Nr. 7
Boehnisch/Bolz	Polit.-institut.Erfahrungen u. Perspektiven zur Arbeit mit Jugendkollektiven	Neue Praxis Nr. 2
Borcherding	Heimerzieher reflektieren über schichtspezif.Sozialisation	Sozialpädagogik Nr. 6
Bonnekamp	Von der antiautoritären zur sozialen Erziehung	Bl.d.Pestalozzi-Fröbel-Verb.Nr. 6
Bonhoeffer	Zerbrechen die Heime a.d. modernen Arbeitszeitregel.	Unsere Jugend Nr. 5
Bohnenkamp	Verhaltenstherapie	Unsere Jugend Nr.10
Burggraf	Unruhe d. Jugend	Bl.d.Pestalozzi-Fröbel-Verb.Nr. 4
Burchhardt	Kooperation i.d.Heimerziehung	Bl.d.Wohlfahrtspflege Nr. 5
Bundesführung Bund D.Pfadfinder	Jugendkollektive	Briefe Nr. 132/133
"	Klassenspezif.Erziehung	Briefe Nr. 130/131
-	T-geld u.Arbeitsprämienordnung i.Erz.heimen	Caritas-Nachrichten Nr. 2
-	Jugend u. Drogen Sozialisierung nicht Kriminalisierung	DBJR - Info Nr. 3/4
Dehn	Offene erzieherische Hilfen Club K 91	Bl.d.Wohlfahrtspflege Nr. 2
Denninger	Jugendfürsorge u. Grundgesetz	Mitglieder-Rundbrief d.AFET Nr. 1/2
Deym	Herabsetzung d.Volljhk. u.Auswirkung auf die Arbeit im Jugendwohnheim	Jgd.-Beruf-Gesellschaft Nr. 3
Dürr	Kleine Heime denken nach	Unsere Jugend Nr. 5
Dunovsky	Die Fürsorge f. außerhalb ihrer Familien aufgewachsene Kinder i.d.CSSR	Heilpäd.Forschung Nr. 3
Endres	Antiautoritäre oder nicht-autoritäre Heimerziehung	Päd.Rundbrief Nr. 4
Eyferth	Heimerziehung i. Bayern	Neue Praxis Nr. 1
Falt	Aufgabe d.Heilpädagogik i.progressiver Heimerziehung	Heilpädagogik Nr.1
Federn	Drogenmißbrauch b.Jgdl. aus einer sozialpäd. Sicht	Praxis d.Kinderpsych-u.psychiatrie Nr. 6
Fiedler	Neue Wege d.Heimerziehung	Päd.Rundschau Nr. 3

Fichtner	Heimerziehung i.Konzept einer neuen Jugendpolitik	Bulletin d.BReg. Nr. 102
Flosdorf	Gesellschaftl.Aspekte der Heimerziehung	Jugendwohl Nr. 7/8 Sozialarbeit Nr.7/8 NDV Nr. 8
Flosdorf	Kath.Heimerziehung	Jugendwohl Nr. 9
Frankhauser	Erfahrungen m.Drogenkonsumenten i. einem Erziehungsheim	Kindergarten Nr. 10
Frommann	Konflikt i. Heim	Neue Praxis Nr. 1
Frommann	Das Kind zw.Heim, Elternhaus u.Verwaltung	Sozialpädagogik Nr. 6
Grams	Berechnung d.Heimerzieherschlüssel in Heimen	Neuer Rundbrief Nr.1
Grauert	Rolle d.Psychologen im Kinderdorf	Bl.d.Wohlfahrtspflege Nr. 5
Grothe u.a.	Aus der Arbeit eines Planungsteams	Neuer Rundbrief Nr.1
Harder	Jugendfürsorgerische Arbeit mit einem 16 j. Verwahrlosten	Praxis d.Kinderpsych.-u.psychiatrie Nr. 1
-	Lehrlinge - Stiefkinder d. Nation	Hess.Jugend Nr. 2
Hillig/Weitz	Zur Leiterfunktion A.S.Makarenkos i.d. Dzerzinsky-Kommune	Bildung u.Erziehung Nr. 1
Höhne	Zur Rolle d.Leistungsmotivation im Arbeitsverhalten dissozialer Jugendl.	Unsere Jugend Nr.4
Hörrmann	Hochspezial.Heimerziehung - viele Pflegestellen	Soziale Arbeit Nr.1
Holzer	Jugenddisozialität	Mt.schr.f.Krimin. u.Strafrechtsreform Nr. 5
Hornstein	D.Kind im Wandlungsprozess d.heutigen Gesellschaft	Welt d.Kindes Nr.5/6
Huber	Moderne Internatserziehung - gesellschaftl.Erziehung d.Jugend	Eltern-Forum Nr.1
Hübner	Nachgeh.Fürsorge f. heimentlassene Jugendliche	Sozialarbeit Nr.11
Huennekens	Drogenproblematik im Jugendalter	Unsere Jugend Nr.9
Huppertz	Heimkinder mögen wir nicht	Jugendwohl Nr. 3
-	Erhebung über evang.Kinder-u.Erziehungsheime i.d.BRD und West-Berlin	Innere Mission Nr.7
Iben/Klüwer	Zur Verwirklichung demokrat.Lebens-u.Erziehungsformen i.Einrichtungen d. Jugendhilfe:aus pädag.u. psychoanalyt.Sicht	Mitglieder-Rundbrief d. AFET Nr.5/6

Junge	Flucht v.d.Heimen	Jugendwohl Nr.4
Junge	Schweizer Kinderheim-Report	Jugendwohl Nr.7/8 Caritas Werkblatt 2
Just	Behandlung aggressiver Kinder	Jugendwohl Nr.3
Kern	Heimerziehung:Gedanken aus der Sicht d.Versorgers	Sozialarbeit Nr. 11
Kiehn	Das sozialpäd.Zentrum zur Durchführung öffentlicher Jugendhilfe	Jugendwohl Nr. 6
Kiphard	Erziehung zur sozialen Reife	Sozialpädagogik Nr.2
Klönne	Zur Klassenanalyse d. Subkultur	Deutsche Jugend Nr.6
Klüwer	Behandlung u.Maßnahmen f. jg.Menschen gegenüber Drogen	Neues Beginnen Nr.6
Kluge	Leistungsrückstände u. Lernversagen eine abhängige Variable v.Erziehungsschwierigkeiten u. Schwersterziehbarkeit	Die Rehabilitation Nr. 4
Koester	Das Kinderheim in rechtlicher u. ärztlicher Sicht	Deutsches Ärzteblatt Nr. 14 u. 17
Korff	SOS-Kinderdörfer in d. Welt	Prakt.Psychologie Nr. 9
Korte	Schwarze Schafe i. Heim	Unsere Jugend Nr.10
Korz	Verwaltete Jugend: Zu was erzieht die öffentl.Erziehung?	Gewerkschaftl. Monatshefte Nr. 11
Krappmann	Familienerziehung,Sozialschicht u.Schulerfolg	betrifft Erziehung Nr. 3
Kratzmeier	Antiautoritäre Erziehung Chaos oder Chance	Schule u.Psychologie Nr. 4
Krebs	Vorbereitung d. familiengelösten Jgdl.auf das selbständige Leben	Jugendhilfe Nr.9 (DDR)
Krusch	D.koordinierte Arbeit zu höherer Effektivität b.d. Erziehung gefährdeter Bürger	Jugendhilfe Nr. 10 (DDR)
Lander	Tanz unter heim-u.heilpäd. Aspekten	Päd.Rundbrief Nr.7/8
Lange	D.Elternrecht u.d.Wohl des fremdversorgten Kindes	Recht d.Jugend u. d.Bildungswesen Nr.12
Laubsch	Heimerziehung im Urteil der Betroffenen	Unsere Jugend Nr.5 Bl.d.Wohlfahrtspflege Nr. 5
Leber	Die Rolle sogen.Erziehungsheime in unserer Gesellschaft	Neue Praxis Nr.1
Leber	Von der FE zur Sozialtherapie	Archiv v.Wissenschaft u.Praxis d.soz.Arb.Nr.1

Lessing	Jugend i.d.Klassengesellschaft	Deutsche Jugend 3
Liebel	Überlegungen zum Praxisverständnis antikap. Jugendarbeit	Deutsche Jugend 1
Liebel	Erfahrungen mit Jugendwohnkollektiven	Links - Soz.Zeitung Nr. 6
Liegle	Kollektiverziehung: Kibbuz	betrifft Erziehung Nr. 1/2 u. Nr.4
Luecken	Jugendfürsorge u. Grundgesetz	Mitglieder-Rundbr. d.AFET Nr. 1/2
Maier	D.gegenwärtige FE und eine Alternative: d. Frankfurter Modell	Zeitschrift f.prakt. Psychologie Nr. 3
Marzahn	Entwicklungstendenzen i.d. öffentlichen Erziehung	Neuer Rundbrief Nr. 2
Marzahn	Zur Bedeutung d.revolutionären Pädagogen	Erziehung u.Klassenkampf Nr. 1
Marciniak	Heimerziehung darf nicht in die Sackgasse	Sozialpädagogik Nr.2
"	Ersatzdienstleistende als Helfer in der Heimerzieh.	Unsere Jugend Nr.5
"	Planung sozialpäd.Heime	Innere Mission Nr.4
Martin	Aus der Arbeit im Heilpäd.Kinderheim "Sonnenschein" - Versuch einer Situations-u.Bedarfsanalyse	Archiv f.angewandte Sozialpädagogik Nr.4
Mehringer	Heilen statt strafen - nicht leichter geworden	Unsere Jugend Nr.11
Metzger	Über die Auswirkung d. Verpflanzung eines Kindes in eine fremde Umgebung	Unsere Jugend Nr.4
Meves	Neurol.Verwahrlosung - Teilaspekt d.Jugendproblems	Zt.f.prakt.Psychologie Nr. 1/2
Meyer-Kulenkampff	Erziehungsplanung u.Heimerziehung	Unsere Jugend 1
-	Statistik über die Durchführung der FE/FEH	Mitglieder-Rundbr. d.AFET Nr. 3
Minz	Familienanaloge Heimerziehung Möglichkeiten u. Grenzen	Neuer Rundbrief Nr.1
Mollenhauer	Herabsetzung d.Volljk.alter Konsequenzen f.d.Gefährdetenhilfe	Neues Beginnen Nr.2
Moltke	Erläuterungen zum Kurs d. Akademie f.Jugendarbeit über die Leitung v.Erziehungsheimen	Archiv Nr. 1 f. angew. Sozialpädagogik
Müller-Schöll	Zur Lage der Heimerziehung	Diak. Werk Nr.4
-	Rauschmittelgefährdung der Jugend	Nachrichten d.Dt. Vereins Nr.11

-	Alternativen zur Heimerziehung	Neuer Rundbrief Nr.2
-	Heimerziehung in Theorie u. Praxis	Neuer Rundbrief Nr.1
Neill	Antropol.Grundlagen antiautoritärer Erziehungsmodelle	Bl.d.Pestalozzi-Fröbel-Verb.Nr.5
Neises	Das Kind zw.Heim,Elternhaus u. Verwaltung	DPWV-Nachrichten Nr.5
Neises	Das "nicht-gruppenhaft" organisierte Heim	Unsere Jugend Nr.10
Neuhofer	Wie können Heimerzieher den Status des Sozialpädagogen erwerben	Unsere Jugend Nr.6
-	Der alte u.neue Erzieher im Heim	Prakt.Psychologie Nr. 10
Räber	Erziehungserfolg i.Internat	Heim u.Anstalt Nr.4
Ramb	Die Grenzen d.Erziehbarkeit aus medizin.Gründen	Archiv f.angewandte Sozialpäd.Nr.2
Rave-Schwenk	Gruppengespräche mit Jgdl. u.Erziehern in einem FE-Heim	Gruppendynamik Nr.4
Reather	Hat sich die FEH bewährt?	Zentralbl.f.Jugendrecht u.-wohlfahrt Nr. 1
Ringshausen	Der evang.Erzieher i.Wandel	Ev. Erzieher Nr.9
Rudolf	Erziehung zur Selbsterziehung	Jugendhilfe Nr. 10 (DDR)
Ruge	Brauchen wir die Theorie f.d.prakt.Realisierung d. Heimordnung	Jugendhilfe Nr. 5 (DDR)
Rutschmann u.a.	Planung sozialpäd.Heime	Sozialpädagogik Nr.4
Seibert	Jugendkollektiv u. FE	Deutsche Jugend Nr.3
Solar	Besuchspatenschaften - Faktor d.Heimerziehung	Zeitschr.f.Fürsorgewesen Nr.1
-	Öffentliche Erziehung u. Grundgesetz	Soziale Arbeit Nr.9
Schäfers	Heimerziehung i.gesell. polit.Wandel	Jugendwohl Nr. 9
Schaffner	Über einige aktuelle u. zukünftige Probleme in der Heimerziehung männl. Jugendlicher	Sozialarbeit Nr.11
Scherpner u.a.	Jugendhilfe u.Grundgesetz	Mitgliederbrief d. AFET Nr. 1/2
Scholz	Entwicklungschancen v.Kindern mit unterschiedl.Geschwisterzahl u. Sozialgruppenzugehörigkeit	Neuer Rundbrief Nr.4
Schmid	Heim u.Eltern als Partner	Unsere Jugend Nr.5 Bl.d.Wohlfahrtspflege Nr. 5

Schrämli	Sinnvolle Hilfe a.d. Erziehungsheime	Sozialarbeit Nr.11
Thiersch	Zur Situation d.Heimerziehung	Neues Beginnen Nr.5
Tamborini	Drogenmißbrauch i.Heim	Unsere Jugend Nr.2
Walther	Heimerziehung oder Wohngemeinschaft	Neuer Rundbrief Nr.2
Wendt	Pädagogik d.Emanzipation	Sozialpädagogik Nr.5
Wendt	Method. und organisatorische Veränderungen in der Heimerziehung	Blätter der Wohlfahrtspflege Nr. 5
Werkentin	Kriminalität u. Verwahrlosung in der Klassengesellschaft	Erziehung u. Klassenkampf Nr. 4
Weiland	Berufspäd.Förderungsmöglichkeiten im FEH/FE-Heim	Soziale Arbeit Nr.12
Widemann	Heimwechsel	Neuer Rundbrief Nr.1
Wintsch	Autorität i.d.Heimerziehung	Zentralbl.f.Jugendrecht Nr.5

Hinweise:

1. Eine Zeitschriftenbibliographie zum Thema "Heimerziehung" aus den Jahren 1965 bis 1970 ist erhältlich bei der "Internationalen Gesellschaft für Heimerziehung", 6 Frankfurt, Heinrich Hoffmann Straße.

2. Alle aufgeführten Artikel und Berichte können gegen eine kleine Gebühr beim "Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen", 1 Berlin 33, Miquelallee 83, entliehen werden.

Aufruf zur Mitarbeit im Knast!

Eine wesentliche Funktion des Info Sozialarbeit besteht in der Informationsweitergabe von Genossen an Genossen im Bereich der Sozialarbeit. Wir veröffentlichen deshalb auch den folgenden Aufruf, der uns eine im Knast arbeitende Genossin kurz vor Fertigstellung des Info zuschickte, ohne daß er im Redaktionskollektiv ausführlich diskutiert werden konnte. (Red.)

Karola Pirl
Kommt in den Knast

"Klassenjustiz", "Anpassungsinstitution", "Ausbeuterbetriebe", "pädagogisches Personal als Feigenblatt", "Jobs für gescheiterte Existenzen, die ihre Machttriebe austoben wollen", "Alibifunktion für die Gesamtgesellschaft"...
So und ähnlich tönt es, wenn Genossen über die Zustände in den bundesrepublikanischen Gefängnissen diskutieren. Und die Folgen solcher Empörung? Es werden z.B. Flugblätter gegen die Behandlung einiger prominenter, politischer Gefangener verteilt. Gut - die Linke der ganzen Welt hat Angela Davis befreit - na und? Was ist aus ihren unbekannten Freunden geworden, die immer noch "sitzen"? Glauben wir wirklich, z.B. an Ulrike Meinhof die Fragwürdigkeiten der Justiz nachweisen zu können? Sie ist privilegiert und macht Schlagzeilen in jeder Zeitung, wenn ihr Unrecht geschieht. Sicher sollten wir zu diesen Vorgängen nicht schweigen. Aber es wird Zeit, daß wir begreifen, daß ca. 90 % aller Gefangenen in der BRD auf Grund ihrer sozialen Herkunft und der damit verbundenen miesen Bildungs- und Ausbildungssituation die politischen Gefangenen sind, die auf unsere Solidarität und unsere konkrete Hilfe angewiesen sind. Sie haben keine Staranwälte sondern Pflichtverteidiger, die meist - Ausnahmen gibt es selten - eine halbe Stunde vor Prozeßbeginn die Akten flüchtig durchblättern. Wenn körperlich, geistig und sozial Kranke in den Knast kommen, weil es kaum Alternativen gibt, gibt es keine Pressekonferenz. Wer sollte die Fehlurteile anklagen? Gefangene, die nie gelernt haben, ihre Rechte zu erkennen und durchzusetzen?
Unsere Analysen und Parolen, Protestmärsche und Aufrufe können an der Gesamtsituation in den Gefängnissen kaum etwas ändern. Sie gehen von gesellschaftlichen Zusammenhängen aus, die in der Subkultur der untersten Unterschicht genauso wenig verwandt werden können, wie man jemanden, der Hungers stirbt durch Kaviar helfen kann. Z.B. genügt es nicht, eine Zusammenstellung der faschistischen Literatur in den Gefängnis-

bibliotheken zu machen. Effektiv für die Gefangenen, jetzt und heute, kann dies nur dann werden, wenn Bibliothekare auf BAT II verzichten und in den Gefängnisbüchereien arbeiten. Menschen, die nur gelernt haben, Unterhaltungskitsch zu konsumieren, müssen erst einmal die Chance bekommen, erkennen zu können, daß Bücher eine Möglichkeit sind, sich mit der eigenen Situation auseinanderzusetzen. Das heißt konkret: Es muß erst einmal eine unterschichts-spezifische Bildung, die zur Selbsthilfe führt, entwickelt werden. Außer Paulo Freire, einem katholischen Priester in Lateinamerika, der eine politische Alphabetisierungs-Methode entwickelt hat und mit Erfolg praktiziert, gibt es kaum entsprechende Ansätze. Diesen weißen Fleck können wir nicht mit unseren eigenen Bedürfnissen übertünchen.
Aber, argumentieren die Genossen: die Zustände in den Gefängnissen und Obdachlosensiedlungen, Fürsorge-Erziehungs-Heimen und Landeskrankenhäusern sind ja nur ein Nebenwiderspruch innerhalb des Hauptwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit. Wenn erst die Produktionsmittel verstaatlicht sind ... Gegenfrage: Soll bis zu diesem Tag X an den Bedürfnissen der Minderheiten, die insgesamt eine Mehrheit sind, vorbeigegangen werden? Wenn die Betroffenen, die Experten, nicht selbst die Fragwürdigkeiten unseres Gesellschaftssystems erkennen und mit ihren Bündnispartnern verändern, werden sie an der Unmenschlichkeit ihrer Situation kaputt gehen. Sie werden in einem anderen Gesellschaftssystem wieder die Nachhut bilden, wenn wir ihnen nicht heute helfen, sich selbst zu helfen.

Wir können und dürfen die sozialen Strafeinrichtungen, z.B. die Gefängnisse, nicht auf Dauer Funktionsträgern überlassen, die aus Angst vor Neuerungen am Alten festhalten. Nutzen wir die ersten Schritte der Verbesserung, Veränderung und Infragestellung der vorgegebenen Situation in den Justizvollzugs-Anstalten. Sie können auch deshalb nicht durchgesetzt werden, weil eine ständige Überforderung aller Mitarbeiter auf Grund von Personalmangel besteht. Und schließlich haben Beamte und Angestellte zwar gelernt, für ihre Gehälter zu kämpfen, aber noch nicht für die Interessen derer, für die sie da sein sollen. Wenn es mehr Engagierte in den "Erziehungs"-Institutionen der Unterschicht gäbe, hätten wir dort die Chance, Alternativen zu entwickeln und durchzusetzen, ein Gegengewicht zu werden und die Wenigen zu unterstützen, die bereits auf diesem Weg sind.
Wenn wir in die Gefängnisse gehen, werden wir uns zunächst an vorgegebene Spielregeln halten müssen, um überhaupt etwas erreichen zu können. Aber selbst, wenn wir gängige Verhaltensweisen zum Teil übernehmen müssen, werden wir auf dem Hintergrund einer politischen Analyse arbeiten und daran ständig unsere Arbeit messen können. Nutzen wir den Freiraum, den uns die bestehenden Verordnungen bieten und der bis jetzt kaum ausgeschöpft ist.
Überwindet die Angst! Planstellen gibt es genug für: Aufsichtsbeamte (Handwerker, Facharbeiter), Ärzte, Lehrer, Psychologen und Sozialarbeiter.

Wer an einer Zusammenarbeit und einem Erfahrungsaustausch interessiert ist, schreibt an Karola Pirl, c/o Redaktion Info Sozialarbeit, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

Berufsverbot

Kommentarlos drucken wir hier die Antwortschreiben des Evangelischen Mädchenheimes Ratingen und der Katholischen Fachschule für Sozialpädagogik Köln auf eine Bewerbung ab. Die Bewerberin bat um Nichtveröffentlichung ihres Namens, was bei der derzeit stattfindenden Kampagne gegen fortschrittliche Arbeiter, Lehrer und Sozialarbeiter etc. zu verstehen ist.

Düsselthaler Anstalten (Graf v.d. Recke-Stiftung)
Mädchenheim Ratingen, 403 Ratingen, Düsseldorfer Str. 130-134
5.3.73

Betrifft: Bewerbung - Ihr Schreiben vom 25.2. -

Sehr geehrtes Fräulein...!
Aufgrund Ihres obigen Schreibens müssen wir Ihnen mitteilen, daß wir keine Mitarbeiter einstellen, die konfessionslos sind.

Mit freundlichem Gruß!

Kath. Fachschule für Sozialpädagogik
Fachrichtung Jugend- und Heimerziehung . staatlich anerkannt
5 Köln 41, Klosterstraße 79, Telefon 41 45 66 29.3.73

Sehr geehrtes Fräulein....!
Wir danken für Ihr Schreiben vom 15.3.1973 und möchten Ihnen dazu mitteilen, daß unsere Fachschule bemüht ist, in der Ausbildung die christlichen Erziehungsziele aufzuzeigen; deshalb ist es fraglich, ob Sie als Konfessionslose damit übereinstimmen können.

Mit freundlichem Gruß!

Kath. Fachschule für Sozialpädagogik
Fachrichtung Jugend- und Heimerziehung . staatlich anerkannt
5 Köln 41, Klosterstraße 79, Telefon 41 45 66 25.5.1973

Sehr geehrtes Fräulein....!
Auf Ihr Schreiben vom 14.5.73 müssen wir Ihnen mitteilen, dass inzwischen beide Kurse besetzt sind. Deshalb erübrigt sich es wohl auch, auf die Frage nach den christlichen Erziehungszielen einzugehen.

Mit freundlichem Grüßen!

INFORMATIONSDIENST des Sozialistischen Lehrerbundes

Sozialistische Lehrer arbeiten heute vereinzelt, in kleinen oder größeren Orten, an Grund-, Haupt-, Real- und Berufsschulen, an Gymnasien und Gesamtschulen ohne ausreichenden Kontakt untereinander. Sie werden oft konfrontiert mit Problemen und Konflikten, mit denen andere Gruppen schon ihre Erfahrungen gesammelt haben. Für diese Genossen und Gruppen reicht der bisherige informelle Erfahrungsaustausch nicht mehr aus.

Um diese Lücke zu schließen, geben der SOZIALISTISCHE LEHRERBUND (SLB) und das Sozialistische Büro gemeinsam den INFORMATIONSDIENST des SOZIALISTISCHEN LEHRERBUNDES heraus.

Der SLB-INFO soll der Information und Kooperation zwischen sozialistischen Lehrern und deren Organisierung dienen. Er behandelt auf ca. 60 Seiten je ein bestimmtes Schwerpunktthema und enthält aktuelle Nachrichten, Materialien, Berichte über Schulkonflikte usw. . . .

Der INFO erscheint viermal im Jahr und kostet im Abonnement DM 10.—, Einzelheft DM 3.—, Probeheft Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591 (nur gegen Bezahlung, DM 3.— in Briefmarken beilegen oder wir schicken eine Voraus-Rechnung).

Kleinanzeigen

Sozialarbeiter Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg e.V. sucht dringend 1 oder 2 Sozialarbeiter für Stadtteil/Gemeinwesenarbeit im Waldtal, Marburg. Weitere Informationen und Bewerbungen: AKSB, 355 Marburg, Ginseldorfer Weg 28, Tel. (06421) 6 41 25.

Jugendbildungsreferent Jugendverband in Baden-Württemberg sucht einen Jugendbildungsreferenten. Der Bewerber sollte einen Abschluß als Dipl. Soziologe, -Politologe o.ä. besitzen und in der Lage sein, die Arbeit eines Teams inhaltlich anzuleiten und zu koordinieren. Vergütung nach BAT. Bewerbungen an: Hans Baab, 6751 Gonbach, Im Vogelsang 5.

Gruppenbetreuer (Sozialarbeiter oder -pädagoge) gesucht für eine Gruppe von 15-20 Zivildienstleistenden. Aufgabe u.a. praxisbezogene pädagogische Reflexion mit der Gruppe. Viel Eigeninitiative, da Modellcharakter. Bezahlung nach BAT 5b/4b und andere Leistungen. Kontaktadresse: Gruppe der ZDL, 35 Kassel, Goethestr. 96, Tel. (0561) 3 60 15.

Sozialarbeiter/Sozialpädagoge für die Arbeit in einem Jugendzentrum "Haus der offenen Tür" in Saarbrücken-Burbach gesucht. Beschäftigung mit ca. 200 Besuchern pro Abend, auch Straffällige. Bezahlung nach BAT mit zusätzlichen Sozialleistungen. c/o Josef Mittmann, 66 Saarbrücken 5, Bergstr. 58

Sozialarbeiter mit staatlicher Anerkennung für die pädagogische Betreuung eines Wohnkollektivs gesucht. Erfahrung in der Arbeit mit proletarischen Jugendlichen erwünscht. Bezahlung nach BAT 4a und Fahrgeld. Ab sofort oder später. Verein für Soziale Jugendarbeit, 463 Bochum, Lennershofstr. 66

Buchladenkollektiv sucht ab sofort undogmatische(n) Genossen(in) für verbindliche Mitarbeit für mindestens ein Jahr im Kollektiv. Näheres: Buchladen Roter Stern, 355 Marburg, Am Grün 28.

Sozialpädagogin mit Vordiplom möchte ab Oktober/November ein halbes Jahr in einem Wohnkollektiv für ehemalige Heimjugendliche arbeiten: Anna Wild, 7415 Wannweil, Hauptstr. 27.

Initiativgruppe sucht Sozialpädagogin/Sozialarbeiterin für Projekt Kinderarbeit in Notunterkünften in Frankfurt. Anfrage sobald wie möglich über Telefon 0611/441522.

Jugendzentrum Dokumentation über die Auseinandersetzungen um das Jugendzentrum Siegen. Hausbesetzung, Demonstration, Straßentheater, Unterschriftenaktion, Verhandlungen usw. sowie Analyse. 64 Seiten mit Fotos, Karikaturen, Dokumenten. Bezug (DM 2.50 in Briefmarken beifügen) über E.W. Birkenstock, 59 Siegen, Fürst-Moritz-Str. 1, Telefon 0271/52566

Wohngemeinschaft in München (Stadtrand, S.-Bahnanschluß, Garten) sucht möglichst politisch engagierte Leute, 2 zusammenhängende Zimmer, vielleicht Paar oder Mutter mit Kind. Anfragen an Sozialistisches Büro, Chiffre WG.

Ersatzdienstleistende Die Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden möchte mal wieder auf ihren Info aufmerksam machen. Da wir EDL untereinander sehr isoliert sind, ist ein solcher Info wichtig. Wer sich den Info einmal anschauen möchte, schreibe an Selbstorganisation Regionalzentrale Frankfurt, Vertrieb EDL-Info, 6 Frankfurt, Oederweg 153.
Gesundheitspolitisches Forum Funktion der Zeitschrift soll sein, die Strategien der verschiedenen auf dem Gesundheitssektor arbeitenden Gruppen zu veröffentlichen und auf breitester Ebene zu diskutieren, um so zu für jeden einzelnen verwertbaren Ergebnissen zu kommen. Probeexemplar (DM 1.- in Briefmarken beilegen) über Vertrieb Gesundheitspolitisches Forum, c/o Fachschaft Pharmazie, 355 Marburg, Marbacher Weg 6.
Volkspreisheft "Was hat der Arbeiter von der sozialen Marktwirtschaft". Einzelexemplar DM -.50 (zuzüglich Porto und Verpackung bis 10 Stück DM 1.-), ab 10 Exemplare je DM -.40 (plus Porto und Verpackung DM 1.50, 30-50 Stück DM 2.-), ab 50 Exemplare je DM -.30 (plus Verpackung DM 2.-). Bestellungen an: Betrieb, 5 Köln 60, Merkenicher Str. 99. Vorauszahlung auf Postscheckkonto Köln 282870-504.
Ersatzdienst KdVer sucht einen Ersatzdienstplatz, der als sozialpädagogische Arbeit anerkannt wird (für Diplom als erstes Staatsexamen für das Lehramt an berufsbildenden Schulen sozialpädagogischer Fachrichtung). ED-Gruppen bzw. ED-Stellen, die einen solchen Ersatzdienstplatz vermitteln können, schreiben bitte an Sozialistisches Büro, Chiffre ED.
Jugendarbeit Wir suchen einen engagierten Mitarbeiter für die Kinder- und Jugendarbeit im Raum Herford. Spätere Weiterarbeit im Jugendzentrum ist gegeben. Möglichst sofort. Kontaktadresse: Hermann Strohmeier, 48 Bielefeld, Im Balgenstück 19.
Emanzipation und politische Arbeit Protokoll und Kritik des Frankfurter Seminars vom 27./28.4.73 (siehe "links" Nr. 45). Bezug(DM 1.50 in Briefmarken beilegen) über Heinz Funke, 6 Frankfurt, Marquartstr. 6
Knast-Hilfe Wer kann mich unterstützen? Ich brauche juristische Studiumliteratur (3. und 4. Semester), Schreibzeug aller Art, Farbband, einen Parker und eine Jeans (Gr. 48). Meine Adresse: Harry Eisermann, 31 Celle, Justizvollzugsanstalt, Postfach 910.
Spanienhilfe Die Kommission zur Hilfe für die politischen und sozialen Gefangenen in Spanien bemüht sich angesichts der Entwicklung in Spanien noch intensiver als bisher, den spanischen Unterdrückten die Hilfe und Unterstützung internationaler Solidarität zuteil werden zu lassen. Wer bei dieser Solidarität helfen will, fordere bitte Informationsmaterial an über Hannelore Koob, 8 München 50, Dachauer Str. 288 a/1 (bitte DM 2.-- in Briefmarken beilegen).
Spielstraße Darstellung eines Experimentes Bauspielplatz/Spielstraße in "Politische Bildung und sozialistische Erziehung" 3/73, herausgegeben vom Referenten für politische Bildung, SJD "Die Falken", LV Hessen, 6233 Kelkheim, Hauptstr. 12
Wohnungssituation Im Obdachlosenbereich arbeitende Projektgruppe sucht dringend eine ausführliche Analyse zur Wohnungssituation der arbeitenden Bevölkerung in der BRD. Wer hat schon eine derartige Analyse erarbeitet und stellt sie uns zur Verfügung? Adresse: Projektgruppe Bellenäcker der ESG Karlsruhe, 75 Karlsruhel, Gartenstraße 29 a.
Mitarbeiter in der Jugendarbeit Wir suchen Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Lehrer, Diplompädagogen oder Bewerber mit anderen vergleichbaren Abschlüssen in pädagogischen/politischen Fachgebieten als Referent in der Jugendbildungsarbeit, als Referent für Pädagogik und als Referent für Öffentlichkeitsarbeit. Weitere Informationen: Sozialistische Jugend Deutschland "Die Falken", Landesverband NRW, 465 Gelsenkirchen, Bahnhofstr. 74-76.
Arbeiterbroschüre Was hat der Arbeiter von der sozialen Marktwirtschaft? Aus dem Inhalt: Arbeitsbelastung, Arbeitsunfälle, Profit, Preise, Löhne, Einkommensverteilung, Vermögensverteilung, Nacht- und Schichtarbeit, Grund und Boden, Wohnen, Angaben weiterführender Literatur. Volkspreisheft, 24 Seiten, Stück 50 Pfennig, 10 Stück DM 2.50 und Porto. Bezug: Plakat, c/o Peter Grohmann, 7 Stuttgart 1, Kernerstr. 31.
Reader: Jugendwohnkollektive Die Entwicklung der Jugendwohnkollektive wird in ihrem politischen Zusammenhang dargestellt, neue Tendenzen werden herausgearbeitet. Dabei wird gezeigt, daß eine wirksame Hilfe auch in Jugendwohnkollektiven nicht möglich ist, solange nicht inhaltlich und methodisch an der gesamten Lebenssituation Jugendlicher angesetzt wird. Der Reader enthält eine Reihe bisher schwer zugänglicher Texte sowie eine ausführliche Literaturliste. Preis DM 8.-, Bezug über Victor Gollancz-Stiftung e.V., 6 Frankfurt, Wilhelm-Leuscher-Str. 25.
Stadtteilarbeit Als Ergebnis der letzten Plenen des SZ Stuttgart hat sich ein AK Stadtteilarbeit gebildet. Er will in möglichst enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des parteifreien linken Bündnisses im Stuttgarter Kommunalparlament (Gruppe Eugen Eberle) vor allem jene Genossen in die Arbeit einbeziehen, die im Reproduktionsbereich tätig sind. Der AK wird zusammen mit der "Plakat"-Betriebsgruppe bei Daimler-Benz ab Herbst 1973 eine Zeitung "stuttgart-plakat" herausgeben. Die erste Nummer (Zeitungsformat 4 Seiten) erscheint zum Schwäbischen Sonntag (2. September). "stuttgart-plakat" soll monatlich herauskommen, im Straßenverkauf vertrieben werden und Probleme der Produktion mit solchen des Reproduktionssektors verbinden. Die wichtigsten Themen der ersten Ausgabe: Organisierte Mieter; Sanierung in Bad Cannstatt; Ausländer in Stuttgart; Bürgerinitiative Karl-Olga-Krankenhaus; Bürgerhausinitiative; Teuerungswelle u.a.
Adresse: AK Stadtarbeit im Sozialistischen Zentrum Stuttgart, 7 Stuttgart 1, Hasenbergstr. 95a.
Kontakt gesucht FHS-Studenten suchen Kontakte zu GWA- u. Stadtteilgruppen und Material zum Thema "Stadtsanierung, Probleme und Einwirkungsmöglichkeiten für soziale Arbeit."
Burkhard Maus, 506 Bensberg-Refrath, Neuer Traßweg 36.
Material gesucht Erfahrungsberichte/Materialien zum Thema "Sozialarbeit während und nach dem Jugendstrafvollzug" gesucht: Klaus Pöhlmann, 5 Köln 41, Luxemburger Str. 154.
Studiumsinformationen Fachoberschülerin sucht Informationen und Kontakte zu Fachhochschulen (Nürnberg, Würzburg, Regensburg, Frankfurt oder Darmstadt) zwecks späteren Studiums: Birgit Bautz, 54 Koblenz, Emserstr. 9.
Raum Aachen Wir suchen dringend Leute, die zu politischem Engagement in einer Obdachlosensiedlung in Stolberg, bes. Gruppenarbeit mit Sonderschulkindern, bereit sind.
Auskunft: Ingrid Lüke, 51 Aachen-Brand, An der Rennbahn 6, Tel.56 603.
Initiativgruppe Gefangenenarbeit Holger Horst, 78 Freiburg, Haslacherstr. 176 a sucht Kontakte zu Gruppen, die im Resozialisierungsbereich arbeiten.
Suche Materialien, Erfahrungsberichte, Konzeptionen für den Aufbau einer Arbeit in einer Obdachlosensiedlung - Ulrich Ernst, 433 Mülheim, Bruchstr. 97.

Sozialarbeiterin sucht für ihre Graduierungsarbeit zum Thema Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter entspr. Literaturangaben, Arbeitspapiere, Gerichtsurteile, Rechtsverordnungen etc. Ansprechen möchte sie auch das Theologen, Ärzte, Juristen und Journalisten zugestandene Aussageverweigerungsrecht. Wer kann mir Hinweise aus diesen Bereichen geben, wer kennt Sozialarbeiter, denen aufgrund ihrer Aussageverweigerung Gerichtsverfahren angedroht wurde?
Elfi Thurow-Linzer, 5 Köln 41, Siebengebirgsallee 108

Pädagogisch-soziale Aktionsgemeinschaft sucht politisch engagierten Sozialarbeiter (in) für die Arbeit in einem Saarbrückener Obdachlosenghetto. Das Projekt "Vorschul- und Erwachsenenarbeit" wird wissenschaftlich begleitet. Vergütung BAT IVb. Päd. SAK e.V., 66 Saarbrücken, Feldmannstr. 92

Sozialpädagoge gesucht für die Arbeit in unserem Jugendzentrum. Nähere Informationen: Verein Jugendarbeit e.V., Thomas Schenk , 5608 Radevormwald, Ritter von Halt Str. 40

Wir suchen zum 1.11.1973 oder später einen

SOZIALARBEITER(IN)

für die Leitung unserer im Frühjahr 1974 anlaufenden "Offenen-Tür-Arbeit" in

Hannover.

Wir arbeiten im Team. Zum Team gehören weiter ein Jugendleiter und ehrenamtliche Mitarbeiter.

Wir erwarten Ideen und Eigeninitiative für eine neu zu konzipierende offene Jugendarbeit, organisatorisches Geschick, Kontaktfreudigkeit und nach Möglichkeit praktische Erfahrung in der "Offenen-Tür-Arbeit".

Wir bieten Bezahlung nach BAT, 13. Monatsgehalt, 4 Wochen Mindesturlaub, Bildungsurlaub und Fortbildungsmöglichkeiten.

Bewerbungen mit üblichen Unterlagen sind zu richten an:

Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken -
Unterbezirk Hannover, 3 Hannover, Maschstr.22-24
Telefon 0511/883244

Zum Thema "Jugendarbeit" sind zwei Hefte erschienen:
Krit. Blätter aus Westfalen - AMOS -
Redaktion: Bochum, Lennershofstr. 66

Materialien zur Heimerziehung Nr. 1: Dokumentation Hauptpflegeheim Ollenhauerstr. - zu beziehen bei HEZ 1 Berlin 61, Urbanstr. 126 - Laden

Im Deutschen Jugendinstitut erschien jetzt ein Forschungsbericht von Günter Steinvorth "Diagnose Verwahrlosung" - eine psychologische Analyse von Jugendamtsakten aus Nordrhein-Westfalen und Bayern. Sie gibt Auskunft darüber, wie die Jugendämter Verwahrlosung diagnostizieren, welche Kriterien eine Rolle spielen und wie sich diese Kriterien zu den von der wissenschaftlichen Forschung herausgearbeiteten Erkenntnissen über Genese u. Problematik der Verwahrlosung verhalten.

In ihrer Reihe"Politische Bildung Sozialistische Erziehung" Nr. 3 haben die Falken - Sozialistische Jugend Deutschland - Landesverband Hessen, 6233 Kelkheim, Hauptstr. 13 HH Informationen, Seminarberichte und Anregungen zum Thema "Spielstrasse u. Bauspielplatz" veröffentlicht.

Mit theoretischen und praktischen Fragen der politischen Jugendbildungsarbeit beschäftigen sich die "Emlichheimer Blätter" herausgegeben von der Jugendbildungsstätte Emlichheim, 4459 Emlichheim, Postfach 1220. Bisher sind 5 Nummern erschienen einschließlich eines Sonderdruckes "Die gesellschaftliche Funktion der Gruppendynamik" (Zur Analyse und Kritik sozialpsychologischer Erziehungstheorien).

Eine Sammlung verschiedenster Entwürfe, Stellungnahmen und Resolutionen zum Berufspraktikum (x vom Verband der Praxisberater bis zur ÖTV x) hat der SVS-Bundesverband in einer Sonderausgabe der Zeitschrift "Unruhe Nr. 2/73" herausgebracht. Anschrift der Redaktion: Klaus Burianski 28, Bremen 1, Am Dobben 69.

Eine Dokumentation zur 27. o. Mitgliederversammlung des SVI, der u.a. die Sozialarbeiterstudenten an den Fachhochschulen vertritt, vom April 1973 hat der SVI in seiner Nummer "SVI-Aktuell" herausgegeben. Die Dokumentation gibt Auskunft über die Auseinandersetzung des SVI mit den MSB und SHB (MF)-Asten. Weitere Broschüren beschäftigen sich mit der Wissenschafts- und Bildungspolitik sowie der Berufsperspektivendiskussion von Sozialarbeiter und Sozialpädagogen.
Anschrift: SVI 56 Wuppertal 2, Fr.-Engels-Allee 164 a

In Frankfurt erschien die 2. Nummer "Die LOG-Zeitung" u.a. mit einem Artikel über Selbstmord und über innere Berufsverbote bei SPD-Organisation: "Das Herz der Arbeiterwohlfahrt schlägt auf dem rechten Fleck". Redaktion: Rieta Hau, 6234 Hattersheim, Lindenstr. 26.

Reihe Internationale Solidarität, Heft 7
Dokumente zur Entwicklung in Chile

Solidarität mit dem chilenischen Volk zu praktizieren kann nicht nur heißen, dessen Kampf gegen die Militärdiktatur und für den Sozialismus politisch und materiell zu unterstützen, sondern muß zugleich bedeuten, in allen Teilen der Bevölkerung der BRD und Westberlins eine breite Diskussion über die Klassenkämpfe in Chile einzuleiten. Diese Diskussion, in der es darum geht, die chilenischen Erfahrungen kritisch zu hinterfragen und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Klassenkämpfe in Westeuropa zu untersuchen, bedarf zunächst einmal der umfassenden und gründlichen Information über die tatsächlichen Ereignisse, Bedingungen und Widersprüche des revolutionären Prozesses, der 1970 mit dem Wahlsieg der Unidad Popular in Gang gesetzt wurde. Die "Dokumente zur Entwicklung in Chile" sollen dazu Materialien liefern. In den vier Kapiteln (Chile 1970 - 1973, Volksmacht in Chile, Das Militär in Chile, Hintergründe und Verlauf des Putsches) werden vorwiegend Texte aus Chile selbst veröffentlicht, und zwar deshalb, weil wir meinen, daß die Diskussion sich vor allem an den konkreten Kampferfahrungen der chilenischen Arbeiter und Bauern und an den verschiedenen politisch-strategischen Positionen, wie sie innerhalb der Linken in Chile bestanden und weiterhin bestehen, orientieren sollte. Für diejenigen, die den revolutionären Umwandlungsprozeß kapitalistischer Gesellschaft nur als einen heroischen Kraftakt der Arbeiterklasse bzw. ihrer Avantgarde begreifen können, muß die chilenische Erfahrung unverdaulich bleiben, läßt sich doch an der Entwicklung der Rolle von Poder Popular, d. h. der autonomen, von der Regierung unabhängigen und dem bürgerlichen Staat entgegenstehenden Volksmacht, erkennen, daß die Einheit der Arbeiterklasse, das Bewußtsein und die Einsicht in die Notwendigkeit einer radikalen Umwälzung Ergebnis eines revolutionären Prozesses sind und nicht dessen Voraussetzung. Erst in dem Maße, wie die Politik radikaler Reformen, die die revolutionären Aktionen der Arbeiter und Bauern sichern und erweitern soll, an die Grenze stößt, die ihr von der kapitalistischen Gesellschaftsform gesetzt sind, gelangen die Arbeiter als Klasse zu Einsichten in den Klassencharakter des bürgerlichen Staates. In diesem Zusammenhang ist der qualitative Sprung, den die Herausbildung einer autonomen Bewegung der chilenischen Arbeiterklasse darstellt, einerseits ein Resultat des von der Unidad Popular verwirklichten sozio-ökonomischen Reformprogramms und bedeutet andererseits dessen revolutionäre Aufhebung in Richtung auf einen Kampf, der die tatsächliche Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse zum Ziel hat. Aus dieser Dialektik von Reform und Revolution, durch die der Klassenkampf in Chile exemplarisch geprägt ist, gilt es zu lernen.

112 Seiten, broschiert, DM 5.--
Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

Redaktionsmitteilung

Auf der 5. Redaktionskonferenz am 7.7.73 in Bochum wurde für die Info-Reihe folgende vorläufige Planung vorgenommen:

1973

Info Nr. 5
Thema: Arbeit mit Psychisch Kranken
Der Info wird zusammengestellt von SPAK-Gruppen
Koordination: Hans Groffebert, 78 Freiburg, Gerberau 28 a

1974

Thema: Jugendhilferecht/Vorbereitung auf den Jugendhilfetag im Herbst 1974
Koordination: Aktiv R 16 W. Herrmann, 5 Köln, Weinsbergerstr. 126

Thema: Zur Organisationsfrage von politischen Sozialarbeitergruppen (Verarbeitung der Diskussionsergebnisse vom Februar 73 und Oktober 73)
Koordination: Sozialistisches Büro, Offenbach

Thema: Jugendclubarbeit/Jugendzentren
Koordination: AKSp Düsseldorf, Gerd Rieger, 4 Düsseldorf, Oberkasseler Str. 7

Thema: Außerinstitutionelle Sozialarbeit/Stadtteilarbeit/Rote Hilfe
Koordination: Verein Soziale Jugendarbeit, 463 Bochum, Lennershofstr.66

Thema: Forschungsprojekte im Sozialbereich
Koordination: KKS Bielefeld, Friedhelm Peters, 48 Bielefeld, Karl-Eilers-Str. 8

Wir bitten alle interessierten Sozialarbeiter/Sozialpädagogen etc. und Arbeitsgruppen, die zu diesen oder anderenThemen Material gesammelt haben bzw. bereit sind mitzuarbeiten, sich an die jeweilige Koordinationsadressen zu wenden,damit wir mit der Erarbeitung rechtzeitig beginnen und eine intensive Diskussion stattfinden kann. Trotz der thematischen Vorplanung werden wir natürlich nicht auf aktuelle Berichte verzichten; bitte sendet Eure Mitteilungen und Berichte an das Sozialistische Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591 - die Redaktionskonferenz, zu der die jeweiligen Verfasser und ca. 20 Gruppen eingeladen werden, diskutiert und entscheidet über den jeweiligen Abdruck.
Der Info Sozialarbeit kann nur dann seine Funktion erfüllen, wenn sich viele Gruppen und Einzelne aus dem Sozialbereich an der Diskussion und Herausgabe beteiligen.

Geschichte und Funktion der Sozialarbeit

Auszüge aus Vorwort und Inhaltsverzeichnis

Das vorliegende Papier, der Versuch einer materialistischen historischen "Analyse" und Funktionsbestimmung der Sozialarbeit ist ein Novum in ihrer Geschichte - zumindest seit der offenbar zur Vergessenheit gewordenen Auseinandersetzung um eine "Fürsorge"-Selbstorganisation der Arbeiter nach dem 1. Weltkrieg. Damals standen sich revolutionäre Kräfte,z.B. Clara Zetkin, die das Konzept der "Roten Arbeiterhilfe", eine Organisation praktischer Selbsthilfe und Solidarität im alltäglichen Klassenkampf, vertraten, und Revisionisten in der SPD um die spätere AWO-Begründerin Marie Juchacz gegenüber, die aus humanistischer Gesinnung die schlimmsten Auswirkungen kapitalistischer Ausbeutung mit Hilfe einer caritativen Wohlfahrtsorganisation verhindern wollte.

Das vorliegende Papier zeigt, daß diese historisch zurückliegende Alternative auch heute nicht an Aktualität eingebüßt hat; es stellt sich dar als ein Arbeitsergebnis einer immer größer werdenden Zahl von Sozialarbeitern, die begreifen, daß sie bisher bewußtlos und ohnmächtig an den Symptomen eines Ausbeutungssystems, der kapitalistischen Gesellschaft, kuriert haben und die begriffen haben, daß die Vernachlässigung ihres Arbeitsfeldes (die vielfach beklagte Situation fehlender Mittel, fehlenden Personals und mangelhafter Ausbildung) strukturell bedingt ist in einem gesellschaftlichen System, in dem Profit und private Aneignung von Reichtum an erster Stelle und "Kosten" verursachende "soziale Fragen" an allerletzter Stelle rangieren.

Aus dem Inhalt: Zur gesellschaftlichen Situation der Armenpflege in der feudalen Gesellschaft - Sozialarbeit im Umbruch zur kapitalistischen Gesellschaft - Marx' Analyse der bürgerlichen Gesellschaft und ihre Bedeutung für eine Analyse der Sozialarbeit - Bismarck'sche Sozialpolitik und Sozialarbeit - Geschichte der Sozialarbeit 1880 - 1930 - Sozialarbeit im Faschismus 1933 - 1945 - Geschichte des Jugendhilferechts (das RJWG 1923, Jugendhilfe-Recht im Faschismus, Diskussion um die Novelle 1953, Diskussion um das JWG 1961) - Ausgewählte Literatur zur Sozialarbeit.

Ca. 7o Seiten, vervielfältigt mit festem Umschlag. DM 3.--
Bezug über AKS, c/o Günter Pabst, 6 Frankfurt, Hamburger Allee 47
Sozialistisches Büro, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT



aus CASE-CON, revolutionäres Magazin für Sozialarbeiter in England Heft Januar 1973 zum Thema Repression

Inhalt: Zur Organisierung - Funktion der Sozialarbeit - Disziplinierung in der Familienfürsorge Neukölln - 6 Fälle von Disziplinierung - Hinweise

5 Offenbach, Dezember 1973/Januar 1974
Doppelnummer, Preis DM 5.--